

K. Carstensen, W. Nierhaus, O. Hülsewig, K. Abberger, Chr. Breuer, T. Büttner, S. Elstner, S. Henzel, R. Hild, J. Mayr, W. Meister und T. Wollmershäuser

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem massiven Abschwung. Die schwere Krise an den internationalen Finanzmärkten, die in den USA mit dem Zusammenbruch des Subprime-Hypothekenmarkts 2007 begonnen hatte, hat inzwischen auf alle Wirtschaftsbereiche übergreifen. Für Unternehmen und private Haushalte haben sich die Finanzierungsbedingungen verschlechtert, zudem dämpfen Vermögensverluste und eingetrübte Ertragsaussichten. In vielen Ländern sind kontraktive Multiplikatorprozesse angestoßen worden. Entlastend wirkte zuletzt lediglich der starke Rückgang der Rohölpreise, was den Zentralbanken Spielräume eröffnete, die Leitzinsen herabzuschleusen. Das im Rahmen des Ifo World Economic Survey erhobene Weltwirtschaftsklima ist im vierten Quartal 2008 auf den niedrigsten Stand seit mehr als 20 Jahren gesunken. Der Rückgang des Indikators resultiert aus der abermals ungünstigeren Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, aber auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich weiter eingetrübt. Die Abkühlung des Weltwirtschaftsklimas betraf dieses Mal nicht nur die großen Wirtschaftsregionen Nordamerika, Westeuropa und Asien, sondern auch Mittel- und Osteuropa, Russland, Lateinamerika und Australien. Alles in allem deutet diese Datenkonstellation auf eine globale Rezession im Jahr 2009 hin.

In Deutschland ist die Konjunktur seit der Jahresmitte 2008 deutlich abwärts gerichtet. In der ersten Jahreshälfte hatte die Wirtschaft noch einmal ein kräftiges Zwischenhoch durchlaufen. Seit dem Sommer kam dann aber die massive Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds mehr und mehr zur Wirkung; zudem verschärfte sich die Finanzkrise außerordentlich. Die Wertschöpfung in Deutschland ist im dritten Vierteljahr erstmals deutlich gesunken. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad – zieht man die Ifo Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe als Proxy heran –, lag dabei aber immer noch deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Auch die Arbeitsmarktentwicklung blieb bis zuletzt außerordentlich robust. Hierzu trugen die flexible Inanspruchnahme von Leiharbeit und der Ausgleich von Arbeitszeitkonten bei. Allerdings hat inzwischen das Stellenangebot abgenommen und die Meldungen für Kurzarbeit sind spürbar gestiegen. Insgesamt sprechen die verfügbaren Konjunkturindikatoren dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt im Jahresendquartal 2008 stark beschleunigt gesunken ist; die laufende Jahresrate dürfte – 3¹/₂% betragen haben. Den vergleichbaren Vorjahresstand unterschritt die Produktion um 0,4% (kalenderbereinigt: – 0,5%). Zugleich ist der Auslastungsgrad im Verlauf des vierten Quartals unter den langjährigen Durchschnittswert gefallen. Die deutsche Wirtschaft ist damit in der Rezession. Im Jahresdurchschnitt 2008 dürfte damit das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,5% expandiert haben, nach 2,5% im Vorjahr. 2009 wird das reale Bruttoinlandsprodukt dem Ursprungswert nach wie auch kalenderbereinigt um 2,2% abnehmen. Erst im Jahr 2010 ist mit dem allmählichen Abebben der Finanzkrise und der leichten Besserung des internationalen Umfelds eine Stabilisierung zu erwarten. Aufgrund des Unterhangs wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2010 jedoch immer noch um 0,2% sinken.

1. Überblick

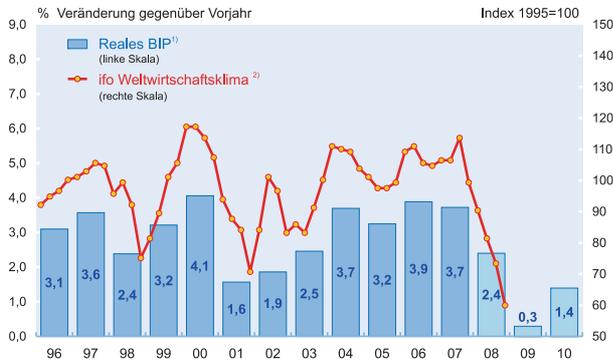
Die Expansion der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2008 stark verlangsamt. Das Bruttoinlandsprodukt legte mit einer Rate von 2,4% unterdurchschnittlich zu (vgl. Abb. 1.1).¹ Die schwere Krise an den internationalen Finanzmärkten, die in den USA mit dem Zusammenbruch des Subprime-Hypothekenmarkts 2007 begonnen hatte, hat inzwischen auf alle Wirtschaftsbereiche übergreifen. Für Unter-

nehmen und private Haushalte haben sich die Finanzierungsbedingungen deutlich verschlechtert, zudem dämpfen Vermö-

¹ Die Berechnung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts stützt sich auf den gewichteten Durchschnitt aus den Ländern der EU-27, der Schweiz, Norwegen, den USA, Japan und Kanada sowie China inklusive Hongkong, Russland, Ostasien (Südkorea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen) und Lateinamerika (Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien und Chile). Die jährlichen Wachstumsraten der einzelnen Länder wurden mit dem entsprechenden jährlichen Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar gewichtet.

Abb. 1.1

Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



1) Gewichteter Durchschnitt aus: West- und Mitteleuropa (EU27, Schweiz, Norwegen), USA, Japan, Kanada, Russland, China und Hongkong, Indien, Ostasien (Südkorea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen), Lateinamerika (Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile), Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2007 in US-Dollar.
 2) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
 Quelle: OECD; IWF; Ifo World Economic Survey (WES) IV/2008; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2008: Prognose des ifo Instituts.

gensverluste und eingetrübte Ertragsaussichten. In vielen Ländern sind kontraktive Multiplikatorprozesse angestoßen worden. Entlastend wirkte lediglich der starke Rückgang der Rohölpreise, der den Notenbanken erlaubte, die Leitzinsen zu senken. Das im Rahmen des Ifo World Economic Survey erhobene Weltwirtschaftsklima ist im vierten Quartal 2008 auf den niedrigsten Stand seit mehr als 20 Jahren gesunken. Der Rückgang des Indikators resultiert aus der abermals ungünstigeren Einschätzung der wirtschaftlichen Lage; es haben sich aber auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate weiter eingetrübt (vgl. Abb. 1.2).

Die Abkühlung des Weltwirtschaftsklimas betraf dieses Mal nicht nur die großen Wirtschaftsregionen Nordamerika, Westeuropa und Asien, sondern auch Mittel- und Osteuropa, Russland und Lateinamerika. Alles in allem deutet diese Datenkonstellation auf eine globale Rezession im Jahr 2009 hin (vgl. Kasten: Zum Rezessionsbegriff).

In den USA ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2008 mit einer laufenden Jahresrate von -0,5%

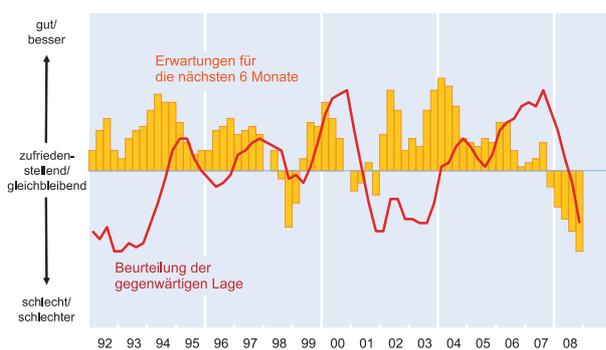
gesunken, nachdem sie im ersten Halbjahr aufgrund massiver staatlicher Stützungsmaßnahmen noch gestiegen war. Maßgeblich für den Rückgang war die negative Entwicklung des privaten Konsums (-3,7%), der zum ersten Mal seit 1991 schrumpfte. Die Bauinvestitionen sanken im Gefolge der Immobilienkrise zudem weiter kräftig. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie lag zuletzt um 4 1/2 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Zahl der Beschäftigten ist seit Jahresanfang saisonbereinigt um mehr als 1,8 Mill. gesunken, zugleich stieg die Arbeitslosenquote auf 6,7%. Die US-Wirtschaft befindet sich – nach Definition des NBER seit dem ersten Quartal 2008 – in der Rezession. In Japan hat sich der konjunkturelle Abschwung fortgesetzt; im dritten Quartal sank die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,9%, zuvor war sie sogar um 3,8% zurückgegangen. Dämpfend wirkte vor allem der Außenbeitrag. Auch in China hat sich die wirtschaftliche Expansion spürbar verlangsamt. Das reale Bruttoinlandsprodukt lag in den ersten drei Quartalen nur um 9,9% über dem vergleichbaren Vorjahreswert; das sind 2,3 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr über den gleichen Zeitraum hin registriert wurden.

Auch die Volkswirtschaften der Europäischen Währungsunion (EWU) sind in den Abschwung geraten. Im dritten Quartal 2008 sank die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 0,8%, nachdem die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr im Durchschnitt noch merklich zugenommen hatte. Maßgeblich für das negative Ergebnis war der spürbare Rückgang der Industrieproduktion, aber auch die Bauproduktion dürfte saisonbereinigt gesunken sein. Vom Einzelhandel dürften keine Impulse ausgegangen sein; ebenso ist die Zahl der Pkw-Neuzulassungen weiter deutlich zurückgegangen. Das Preisklima in der EWU hat sich zuletzt infolge der Entspannung bei den Öl- und Kraftstoffpreisen wieder verbessert. Die Inflationsrate (HVPI) betrug im Oktober im Vorjahresvergleich 3,0%, nach 4,0% im Juli. Die Kerninflation (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag zuletzt bei 2,4%. Die Arbeitslosenquote ist im Sommerhalbjahr leicht gestiegen, im September betrug sie saisonbereinigt 7,5%.

In Deutschland ist das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2008 ebenfalls gesunken. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts ging das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) saisonbereinigt im Vergleich zum Vorquartal um 0,5% zurück (laufende Jahresrate: -2,1%). Im Vorjahresvergleich ergab sich für die gesamtwirtschaftliche Produktion ein Plus von 1,3% (kalenderbereinigt: 0,8%). In den ersten beiden Quartalen 2008 war die Produktion zusammengenommen noch um 2,7% gestiegen. Positive Impulse gingen im dritten Quartal lediglich von der Inlandsverwendung aus. Der reale private Konsum nahm saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,3% zu, der staatliche Konsum um 0,8%. Die Anlageinvestitionen

Abb. 1.2

ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2008.

Kasten Zum Rezessionsbegriff

Von Konjunkturanalysten wird der Begriff Rezession generell auf wirtschaftliche Schwächephasen angewendet, deren Dauer, Tiefe und Verbreitung über das übliche Maß hinausgeht.^{a)} Das *Business Cycle Dating Committee* am *National Bureau of Economic Research* (NBER), das in den USA mit der amtlichen Datierung des US-Konjunkturzyklus betraut ist, konkretisiert den Rezessionsbegriff folgendermaßen: »A recession is a significant decline in economic activity spread across the economy, lasting more than a few months, normally visible in real GDP, real income, employment, industrial production, and wholesale-retail sales.«^{b)} Da ein Urteil nach diesen Maßstäben die Analyse umfangreicher Datensätze erfordert, veröffentlicht das NBER die offiziellen Rezessionsdatierungen für die US-Wirtschaft mit erheblichen Zeitverzögerungen von oftmals über einem Jahr.

Daher hat sich in den USA und auch in Deutschland eine andere Definition etabliert, der zufolge eine Rezession technisch definiert wird als ein Rückgang des saisonbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in mindestens zwei aufeinander folgenden Quartalen. Da das Bruttoinlandsprodukt der umfassendste Indikator für die wirtschaftliche Aktivität ist und die kritische Zeitspanne für eine Rezession wenigstens sechs Monate beträgt, wird mit dieser Daumenregel den beiden Kriterien Verbreitung und Dauer zugleich Rechnung getragen. Nachteilig ist allerdings, dass die Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts das Vorzeichen bei Datenrevisionen zuweilen recht erratisch wechseln können.

Um die Position der Wirtschaft im Konjunkturzyklus angemessen zu bestimmen, sollte deshalb zusätzlich die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten berücksichtigt werden. Eine Rezession liegt nach unserer Definition erst dann vor, wenn bei deutlich rückläufiger saison- und kalenderbereinigter Produktion (in mindestens zwei aufeinander folgenden Quartalen) der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad gleichzeitig deutlich unter das langjährige durchschnittliche Niveau fällt.

Für die gesamte Weltwirtschaft lässt sich diese Rezessionsdefinition dagegen nicht anwenden, denn das reale Bruttoinlandsprodukt der Welt ist in den vergangenen vier Jahrzehnten im Jahresdurchschnitt fortlaufend gestiegen, was auf das höhere Trendwachstum in den Emerging Markets zurückzuführen ist. Allgemein anerkannte Regeln zur Definition einer Weltrezession gibt es deshalb nicht. Nach dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gab es seit 1970 drei umfassende Wachstumsrezessionen, und zwar in den Jahren 1975, 1982 und 1991, in denen das globale Wirtschaftswachstum zwar positiv, aber unter der 2-Prozentmarke blieb. Bereinigt um den Anstieg der Weltbevölkerung war die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1982 und 1991 sogar negativ. Zum einen fokussiert der IWF heute bei der Identifikation globaler Rezessionen – ähnlich wie das NBER – auf eine Reihe weltweit monatlich verfügbarer Indikatoren, z.B. die Weltindustrieproduktion oder das Welthandelsvolumen.^{c)} Zum anderen wird aber auch eine definitive Wachstumsschwelle von +3% genannt, bei deren Unterschreiten nach Ansicht des IWF eine globale Rezession herrscht.^{d)} Unter diese neue IWF-Regel fallen, fokussiert man auf die letzten drei Jahrzehnte, die Jahresergebnisse für 1980 bis 1983, 1990 bis 1993, 1998 sowie 2001 und 2002.

^{a)} Vgl. K. Abberger und W. Nierhaus (2008), »Was ist eine Rezession?«, *ifo Schnelldienst* 61(14), 44–45.

^{b)} <http://www.nber.org/cycles/recessions.html>.

^{c)} Vgl. Internationaler Währungsfonds (2002), *World Economic Outlook*, April, Washington, hier: 10–12.

^{d)} Internationaler Währungsfonds (2008), *World Economic Outlook*, April, Washington, hier: 31.

verzeichneten ein leichtes Plus von 0,1%, was überwiegend auf den Anstieg der Bauinvestitionen in Höhe von 0,3% zurückzuführen ist. Die Ausrüstungsinvestitionen sind dagegen um 0,5% gesunken. Schließlich sind die Lagerbestände erheblich aufgestockt worden. Der insgesamt mäßigen Ausweitung der inländischen Verwendung stand jedoch ein stark sinkender Außenbeitrag gegenüber: Die Exporte gingen im Gefolge der Abschwächung der Weltkonjunktur um 0,4% zurück, während die Importe dagegen kräftig, nämlich um 3,8%, ausgeweitet wurden.

Der Abschwung hat sich am konjunkturell nachlaufenden **Arbeitsmarkt** noch nicht nennenswert ausgewirkt: Die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept²⁾) ist in den ersten drei Quartalen 2008 saisonbereinigt um 415 000 gestiegen. Insgesamt waren im dritten Vierteljahr rund 40,5 Mill. Personen erwerbstätig, das sind 582 000 Personen oder 1,5% mehr als ein Jahr zuvor. Dabei entfällt weiterhin der

Großteil des Beschäftigungsplus auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen. Die anderen Formen der Erwerbstätigkeit haben sich im Vorjahresvergleich jeweils nur wenig verändert. Die Arbeitslosigkeit ist das ganze Jahr gesunken, wenngleich zuletzt merklich verlangsamt. Im November belief sich die Arbeitslosenzahl dem Ursprungswert nach auf 2 988 Millionen, das sind 390 000 weniger als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Zum anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit hat einmal der kräftige Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beigetragen. Positiv wirkten überdies die Arbeitsmarktreformen sowie das rückläufige Arbeitskräfteangebot.

Die **Lebenshaltungskosten** wurden im Jahr 2008 von der Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe dominiert. In den Sommermonaten hatte die Inflationsrate im Gefolge des Höhenflugs der Rohölnotierungen in der Spitze bei 3,3% gelegen. Im November sank sie – der Ölpreis war inzwischen, nach historischem Höchststand im Juli, wieder auf 50 US-Dollar je Barrel gefallen – auf 1,4%. Im Jahresdurchschnitt 2008 dürfte die Preissteigerungsrate 2,6% betragen haben.

Die weltweite Finanzkrise hat sich im Jahr 2008 noch einmal deutlich verschärft. Nachdem sich die Verwerfungen lan-

² Die Erwerbstätigkeit nach dem *Inlands*konzept hat im Vergleich zum alternativen *Inländer*konzept eine engere Anbindung an die Konjunktur und zur Arbeitskräftenachfrage. Im Inlandskonzept gehören Einpendler, die in Deutschland arbeiten, ihren Wohnsitz aber im Ausland haben, zu den Erwerbstätigen, während Auspendler, die im Inland wohnen, aber im Ausland arbeiten, nicht mitgezählt werden. Beim Inländerkonzept ist es genau umgekehrt.

ge Zeit auf Liquiditätsengpässe beschränkten, die aus der mangelnden Bereitschaft der Banken resultierte, sich untereinander kurzfristig Geld zu leihen, spitzte sich die Lage nach der Insolvenz einiger großer Finanzinstitute zu. Um einen Zusammenbruch des globalen Finanzsystems zu verhindern, griff der Staat in nahezu allen Industrieländern durch großvolumige Rettungsmaßnahmen massiv ins Wirtschaftsgeschehen ein. Dennoch hinterlassen die Turbulenzen auf den Finanzmärkten mittlerweile weltweit deutliche Bremsspuren. Im Laufe des Jahres verschärften die Banken in nahezu allen Industrieländern ihre Kreditvergaberichtlinien deutlich. Die von den Banken bereitgestellten Kreditvolumina an Unternehmen dehnten sich im Euroraum und in den USA zwar noch mit zweistelligen Zuwachsraten aus, seit Jahresmitte schwächte sich die Dynamik allerdings merklich ab. Die Risikoprämien, die insbesondere für Unternehmensanleihen und Staatsanleihen minderer Bonität bezahlt werden müssen, stiegen seit Oktober noch einmal spürbar an.

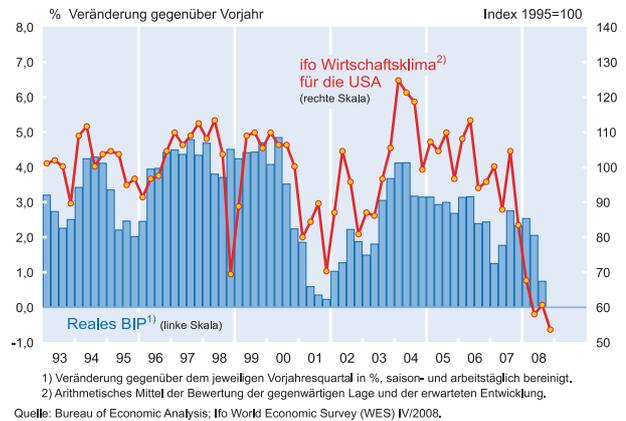
Die Notenbanken in den Industrieländern haben ihren geldpolitischen Kurs angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs ausnahmslos expansiver gestaltet. Die Federal Reserve Bank senkte ihren Leitzins – gemessen an der Zielrate der Federal Funds – in mehreren Schritten von 3 auf 1%. Auch die Europäische Zentralbank ist mittlerweile dazu übergegangen, ihre Leitzinsen deutlich herabzusetzen. Nachdem sie den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte noch im Juli um 25 Basispunkte auf 4,25% erhöhte, reduzierte sie ihn zwischen Oktober und Dezember um insgesamt 175 Basispunkte auf zuletzt 2,5%. Zusätzlich wurde das geldpolitische Instrumentarium so geändert, dass eine längerfristige Liquiditätsversorgung der Banken im Rahmen der Hauptrefinanzierungsgeschäfte ermöglicht wurde. Die Bank of Japan senkte ihren Leitzins im Oktober auf 0,3%, nachdem sie diesen über einen längeren Zeitraum hin bei 0,5% belassen hatte.

Die Entwicklung der Aktienmärkte wurde maßgeblich durch die Schwäche der Weltwirtschaft geprägt. In den großen Finanzzentren sind die Aktienkurse seit Jahresbeginn stark gefallen. Die Langfristzinsen auf Staatsanleihen setzten ihre rückläufige Tendenz nahezu unvermindert fort. Auch die Immobilienpreise befinden sich infolge der Krise auf den Immobilienmärkten weiter im Sinkflug. Vor allem in den USA, aber auch in Großbritannien und Spanien fielen sie massiv.

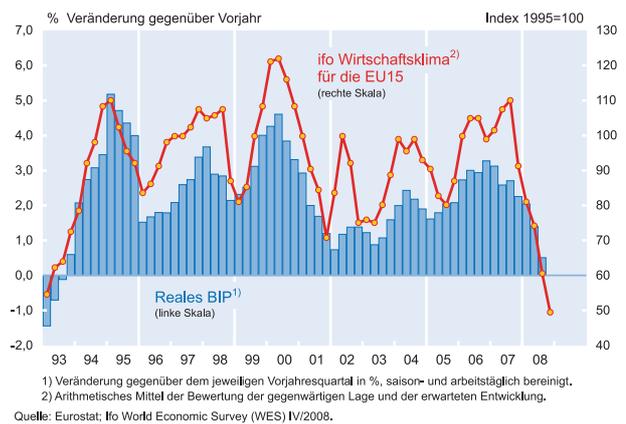
Ausblick

Die Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum in eine Rezession geraten. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts wird sich stark abflachen. Vor allem die ungünstigen Ertragsaussichten der Unternehmen, die Krise im Finanzsektor, deren Bewältigung nur schwer absehbar ist, die restriktivere Kreditvergabe seitens der Banken, die mit deutlich straffe-

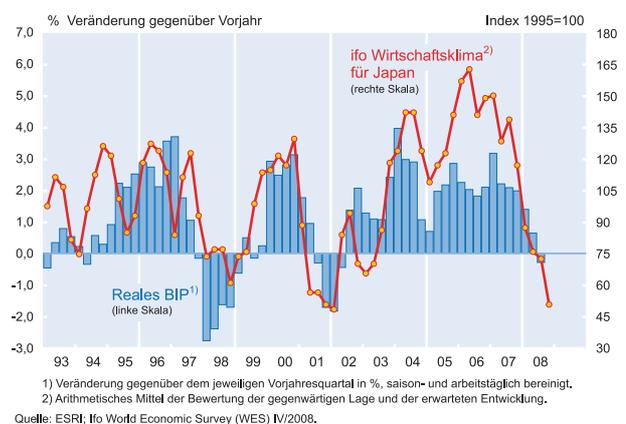
Abb. 1.3
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für die Vereinigten Staaten



Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für die EU15



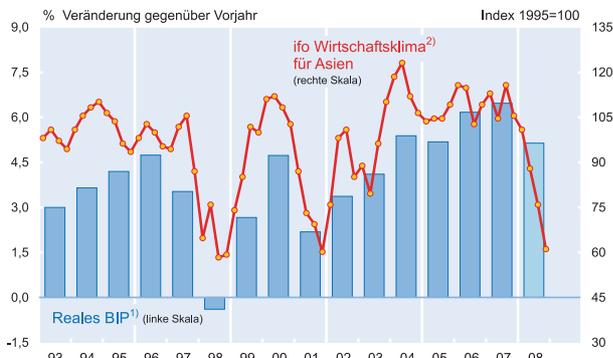
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Japan



ren Kreditkonditionen verbunden ist, sowie die Vermögensverluste durch nachlassende Immobilienpreise werden spürbar belastend sein. Allein die Entspannung bei den Ölpreisen dürfte stützend wirken. Mit einer raschen Erholung der Weltwirtschaft ist nicht zu rechnen. Das ifo Wirtschaftsklima für die einzelnen Regionen deutet an, dass die konjunkturelle Dynamik auch in den kommenden Quartalen spürbar nachlassen wird (vgl. Abb. 1.3 und Abb. 1.4).

Abb. 1.4

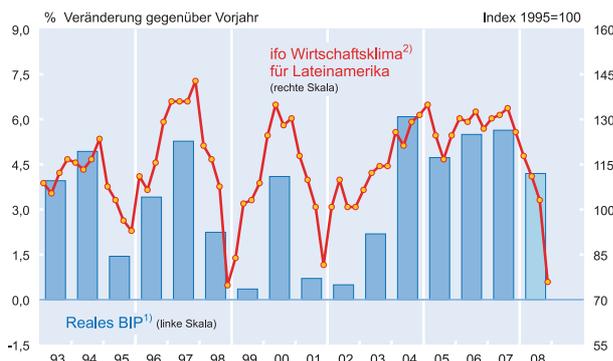
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Asien



1) Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %.
 2) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Database Oktober 2008; Ifo World Economic Survey (WES) IV/2008; Berechnungen des ifo Instituts.

Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Lateinamerika



1) Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %.
 2) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Database Oktober 2008, Update November 2008; Ifo World Economic Survey (WES) IV/2008; BIP 2008: Prognose des ifo Instituts.

Die Rezession in den USA wird nachhaltig andauern. Die Korrektur des Konsums dürfte sich verschärfen, nicht zuletzt auch weil die verfügbaren Einkommen angesichts der schlechteren Lage am Arbeitsmarkt stagnieren. Die Investitionen dürften rückläufig sein. Eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität wird sich erst gegen Ende 2010 einstellen. Vor allem der expansive Kurs der Geldpolitik dürfte dann stimulierend wirken. In Japan wird sich die wirtschaftliche Entwicklung stark abkühlen. Es droht eine Deflation. Die Binnennachfrage wird nur mäßig expandieren. Vom Außenhandel werden keine Wachstumsimpulse kommen, da die schwache konjunkturelle Dynamik der wichtigsten Handelspartner sichtbar bremsend wirkt. Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wird vorübergehend stärker sinken. Der Konsum wird unter der eintretenden Schwäche des Arbeitsmarkts leiden. Die Investitionen werden stark rückläufig sein. Der Beitrag des Außenhandels zum Wirtschaftswachstum wird negativ sein.

In den Schwellenländern wird die konjunkturelle Dynamik ebenfalls nachlassen, jedoch vergleichsweise solide bleiben. Vor allem in China wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts verhaltener ausfallen, insbesondere weil die ge-

sunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit sowie die schwache Entwicklung wichtiger Absatzmärkte die Exportaussichten merklich eintrüben. Auch in den übrigen Ländern Ostasiens, ebenso wie in Indien und Lateinamerika, wird sich die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts abflachen. Zwar ist damit zu rechnen, dass die Binnennachfrage weiterhin robust expandiert, die schlechteren außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürften jedoch spürbar bremsend wirken. Einige Länder Ostasiens – z.B. Südkorea – werden zudem unter den Folgen der Krise auf den Finanzmärkten stärker leiden.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahr 2009 um 0,3% und im Jahr 2010 um 1,4% steigen (vgl. Tab. 1.1). Der Anstieg der Preise wird sich weltweit stark abflachen. Die Arbeitslosenquoten dürften infolge der schwachen konjunkturellen Dynamik deutlich zunehmen.

Die Prognose stützt sich auf die technische Annahme, dass der Preis für Rohöl der Sorte Brent im Prognosezeitraum bei 50 US-Dollar liegen wird und dass der Wechselkurs des Euro um 1,30 US-Dollar schwankt. Der Welthandel wird – gemessen an den seitens der OECD veröffentlichten Daten – erheblich schwächer expandieren. Nachdem er sich 2008 um 3,2% erhöhte, wird er 2009 um 0,5% und 2010 um 1,5% zunehmen.

Die Regierungen zahlreicher Länder haben mittlerweile zum Teil sehr umfangreiche Konjunkturpakete aufgelegt. Zur Stützung der wirtschaftlichen Aktivität sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen, die Steuererleichterungen, Garantierklärungen sowohl für den Finanzsektor als auch für kleine und mittlere Unternehmen, staatliche Bauvorhaben, sowie die Subventionierung einzelner Branchen, wie z.B. der Bau- und Automobilbranche, beinhalten. Die Stützungsmaßnahmen dürften angesichts der weltweit desolaten konjunkturellen Lage die wirtschaftliche Talfahrt nur etwas bremsen.

Chancen und Risiken

Für die Prognose der Entwicklung der Weltwirtschaft wird davon ausgegangen, dass sich die Neukreditvergabe der Banken im Prognosezeitraum infolge der konjunkturellen Abschwächung und der damit verbundenen Verschlechterung der Kreditrisiken deutlich verlangsamen wird. Die Kreditzinsen werden im kommenden Jahr infolge der Zinssenkungen der Notenbanken weiter sinken, aber nur sehr langsam und mit erheblicher zeitlicher Verzögerung. Die stark gestiegenen Risikoprämien für Unternehmensanleihen werden auf hohem Niveau verharren und die Finanzierung über den Kapitalmarkt erschweren.

Es besteht aber das Risiko einer breit angelegten Kreditklemme, insbesondere dann, wenn das Misstrauen zwischen

Tab. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						2008	2009	2010
		2008	2009	2010	2008	2009	2010			
Industrieländer										
EU-27	34,6	1,2	- 1,1	0,5	3,6	1,6	1,9	6,9	7,9	8,4
Schweiz	0,9	1,9	- 0,3	1,0	2,5	0,9	1,1	3,5	4,0	3,9
Norwegen	0,8	2,6	1,0	1,2	3,6	2,2	2,2	2,6	2,9	2,8
West- und Mitteleuropa	36,2	1,2	- 1,0	0,5	3,6	1,6	1,9	6,8	7,8	8,3
USA	28,4	1,4	- 1,0	0,0	4,3	0,3	1,3	5,7	7,0	7,0
Japan	9,0	0,2	- 0,8	0,4	1,4	0,0	0,1	4,0	4,7	4,5
Kanada	2,9	0,7	- 0,3	1,1	2,5	1,3	1,6	6,1	7,0	6,8
Industrieländer insg.	76,6	1,2	- 1,0	0,3	3,6	0,9	1,4	6,1	7,1	7,3
Schwellenländer										
Russland	2,6	6,3	2,0	3,5						
China und Hongkong	7,1	9,4	7,5	7,5						
Indien	2,3	7,0	6,0	6,2						
Ostasien ohne China ^{a)}	5,2	4,5	3,0	3,2						
Lateinamerika ^{b)}	6,2	4,2	3,1	3,3						
Schwellenländer insg.	23,4	6,4	4,6	4,9						
Insgesamt^{c)}	100,0	2,4	0,3	1,4						
<i>Nachrichtlich:</i>										
Welthandel, real		3,2	0,5	1,5						

^{a)} Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2007 in US-Dollar. – ^{b)} Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2007 in US-Dollar. – ^{c)} Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2007 in US-Dollar.

Quelle: OECD; IWF; Berechnungen der Institute; 2008, 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

den Banken z.B. aufgrund neuer Hiobsbotschaften von den Finanzmärkten weiter zunehmen würde. So besteht nach wie vor die Gefahr, dass weitere Vermögenstitel wie Kreditkartenforderungen oder Credit Default Swaps einer Wertberichtigung unterzogen werden. Dann könnte der Anpassungsbedarf in den Bankbilanzen noch einmal sprunghaft ansteigen und die für die Kreditvergabe notwendige Eigenkapitalbasis schmälern.

Allerdings besteht auch die Chance, dass die Einschränkung der Kreditvergabe weniger restriktiv ausfallen wird und dass die Banken die Kreditzinsen schneller und stärker senken werden als erwartet. Hierfür sprechen insbesondere zwei Gründe. Zum einen erfolgen die Zinssenkungen der Notenbanken – zumindest aus europäischer Perspektive – in außergewöhnlich großen Schritten und in sehr kurzen Abständen. Auch die Umstellung des Instrumentariums der Notenbanken auf eine unbegrenzte Bereitstellung von Zentralbankgeld könnte langsam Wirkung zeigen. Zum zweiten könnten die staatlichen Garantieerklärungen das Liquiditätsproblem der Banken im Prognosezeitraum entschärfen. Wenn es gelänge, das Misstrauen der Banken untereinander zu verringern, würden sowohl die derzeit mit hohen Risikoaufschlägen versehenen Refinanzierungskosten am Interbankengeldmarkt gesenkt, als auch die kostspielige Praxis der Banken beendet, Zentralbankgeld zu horten bzw. zu niedrigen Zinsen bei der Notenbank anzulegen.

Ein Risiko speziell für die Prognose der wirtschaftlichen Expansion in den USA liegt in dem anhaltend hohen Leitungs-

bilanzdefizit, welches im Jahresdurchschnitt 2008 etwas mehr als 5% des Bruttoinlandsprodukts betrug. Wenn die ausländischen Investoren ihre Risikoeinschätzung bezüglich des US-Kapitalmarkts oder des US-Wechselkurses drastisch erhöhen, könnten sie sich entschließen, kein weiteres Kapital in den USA anzulegen oder sogar Kapital abzuziehen. Dies könnte zu einem erheblichen Anstieg der Zinsen führen. Dadurch würden sowohl der private Verbrauch als auch die Investitionen zusätzlich belastet und die prognostizierte Schwäche der Binnennachfrage nochmals deutlich verschärft. Auch ein Verfall des US-Dollar mit erheblichen Konsequenzen für die Weltwirtschaft ist dann nicht ausgeschlossen.

2. Zur Lage der Weltwirtschaft in ausgewählten Ländern und Regionen

Vereinigte Staaten

Nachdem sich die amerikanische Wirtschaft im ersten Halbjahr noch überraschend robust entwickelt hat, ist das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2008 um annualisiert 0,5% gegenüber dem Vorquartal geschrumpft. Verantwortlich für den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität war insbesondere der Einbruch der privaten Konsumausgaben um 3,7%, die sich zu ersten Mal seit 17 Jahren verringerten. Vor allem die Ausgaben für dauerhafte Gü-

Kasten
Aktueller Stand im Konjunkturzyklus

Aktuell zeigt eine mit Hilfe eines Strukturellen Zeitreihenmodells erstellte Trend-Zyklus-Zerlegung des realen Bruttoinlandsprodukts sowie der Ausrüstungsinvestitionen für beide Zeitreihen eine gerade geschlossene Zykluskomponente die sich bis Ende 2009 deutlich negativ öffnen wird (vgl. Abb. 2.1). Aufgrund der Regelmäßigkeit und der ausgeprägten Amplitude ihrer zyklischen Schwankungen bilden die Ausrüstungsinvestitionen die Antriebskraft für den dargestellten Konjunkturzyklus des amerikanischen Bruttoinlandsproduktes. Die Trendwachstumsrate des BIP hat dabei seit dem Jahr 2000 kontinuierlich abgenommen und wird aktuell auf weniger als 2% geschätzt. Die Schätzung ist allerdings mit einer hohen Unsicherheit behaftet, da es die strukturellen Verwerfungen der US-Ökonomie erschweren, zwischen zyklischen und trendmäßigen Veränderungen zu unterscheiden.

ter wurden deutlich eingeschränkt. Belastend für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkte zudem eine geringere Investitionstätigkeit. So sanken die Ausrüstungsinvestitionen bereits das dritte Quartal in Folge. Eine Trend-Zyklus-Zerlegung der Zeitreihe zeigt, dass der Rückgang bisher primär durch das Auslaufen des aktuellen Investitionszyklus erklärt werden kann (vgl. Kasten: Aktueller Stand im Konjunkturzyklus).

Zudem hält der Einbruch der Wohnungsbauinvestitionen bisher unvermindert an. Lediglich die gewerblichen Bauinvestitionen zeigten im dritten Quartal erneut einen positiven Wachstumsbeitrag. Während die Exporte trotz der verschlechterten preislichen Wettbewerbsfähigkeit leicht zulegen, sanken die Importe das vierte Quartal in Folge (vgl. Abb. 2.2). Insgesamt steuerte der Außenhandel rund 1 Prozentpunkt zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts bei.

Der Einbruch der konjunkturellen Entwicklung zeigt sich auch am Arbeitsmarkt. So sind seit Jahresbeginn bereits mehr als 1,8 Mill. Arbeitsplätze verlorengegangen. Der Rückgang der Beschäftigung erstreckt sich dabei bereits auf einen Großteil der Sektoren, insbesondere auf die Bauwirtschaft, das

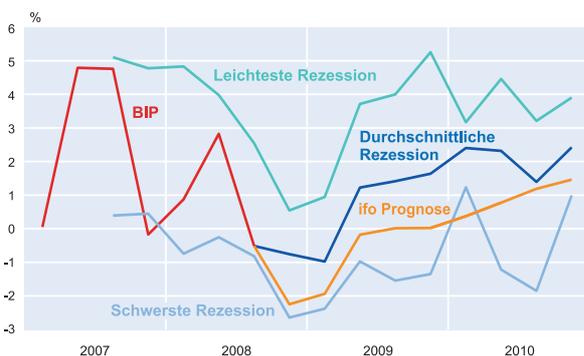
verarbeitende Gewerbe sowie den Transportsektor. Als Folge ist die Arbeitslosenquote im November auf 6,7% angestiegen, das höchste Niveau seit 14 Jahren.

Trotz der starken Eintrübung der Lage am Arbeitsmarkt zeigen die Nominallöhne bisher eine erstaunlich robuste Entwicklung. So sind die durchschnittlichen Stundenlöhne für die Gesamtwirtschaft (ohne den Bereich Landwirtschaft) im November um rund 3,6% im Vorjahresvergleich gestiegen. Als Ergebnis hat sich das real verfügbare Einkommen der Haushalte, welches die wichtigste Determinante der privaten Konsumausgaben bildet, zwar spürbar langsamer ausgeweitet; es ist jedoch bisher nicht rückläufig. Nachdem die Sparquote im zweiten Quartal primär aufgrund fiskalpolitischer Impulse merklich angestiegen war, lag sie auch im Oktober mit 2,4% deutlich über dem Niveau der vergangenen Jahre.³

Die Situation an den Finanz- und Immobilienmärkten hat sich weiter verschlechtert. Die Aktienkurse sind seit Jahresbeginn um rund 30% gefallen, und die landesweiten Hauspreisindizes haben sich seit ihren Höchstständen im Sommer 2006 um rund 20% verringert (vgl. Abb. 2.3). Eine Verringerung der Abwärtsdynamik ist bisher nicht zu erkennen. Gemessen an den gehandelten Future-Kontrakten erwarten die Marktteilnehmer einen weiteren Rückgang der Immobilienpreise um rund 15% und erst im weiteren Verlauf des Jahres 2010 eine Bodenbildung. Analog dazu ist eine zeitnahe Erholung der privaten Wohnungsbauinvestitionen nicht zu erwarten. So sind sämtliche Indikatoren für die private Bautätigkeit wie Hausverkäufe, Baugenehmigungen und Baubeginne weiterhin stark abwärts gerichtet und liegen bereits nahe ihrer historischen Tiefststände zu Beginn der achtziger Jahre.

Als Reaktion auf die anhaltende Krise des Banken- und Finanzsystems hat die amerikanische Regierung ein umfangreiches Rettungspaket beschlossen. Im Rahmen des Troubled Asset Relief Program (TARP) sollen bis Ende 2009 rund 700 Mrd. US-Dollar zur Gewährung von Haftungsgarantien für Finanzinstitute sowie zum Ankauf von notleidenden Krediten und Kreditderivaten aufgewendet werden. Ziel ist es, die Restrukturierung der Bankbilanzen zu erleichtern und das Vertrauen innerhalb des Bankensektors zu stärken. Durch eine Verringerung der Zinsbelastung und der Schuldensumme sollen zudem Hausbesitzer unterstützt werden, die durch Hypothekarkredite verschuldet sind.

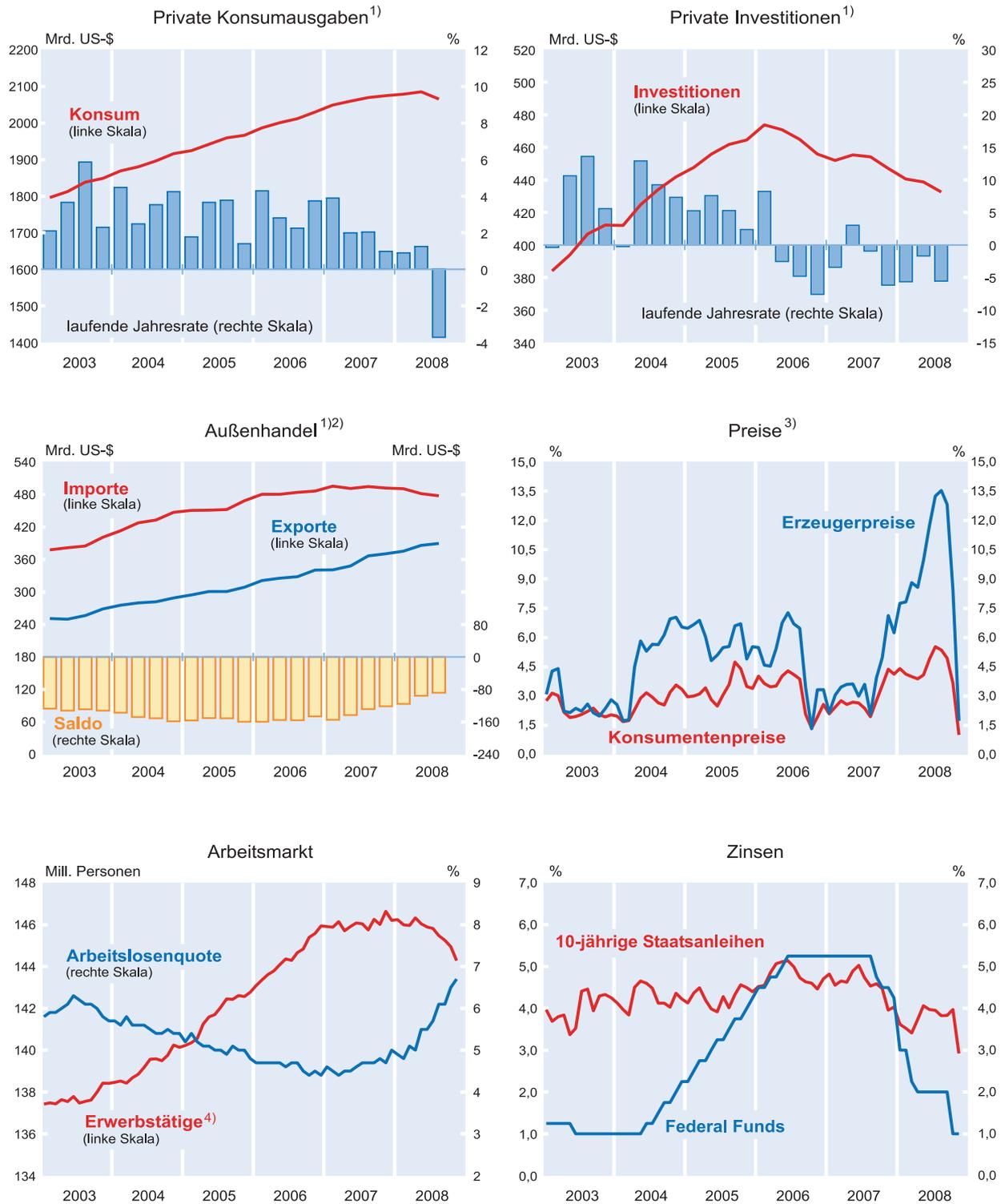
Abb. 2.1
BIP-Prognose für die USA im Vergleich zu früheren NBER-datierten Rezessionen (annualisierte trendadjustierte Quartalswachstumsraten)



Quelle: NBER; Berechnungen des ifo Instituts.

³ Die verfügbaren Einkommen wurden im zweiten Quartal durch Steuerrück-erstattungen in Höhe von 100 Mrd. US-Dollar gestützt. Gemessen an dem kräftigen Anstieg der Sparquote haben die privaten Haushalte rund 90% der ausgezahlten Steuergutschriften zur Bedienung ihres Schuldendienstes und lediglich rund 10% für Konsumausgaben aufgewendet, was aber dennoch einem Konsumimpuls von 1 1/2% im zweiten Quartal entspricht. Die Verschuldung der amerikanischen Haushalte liegt aktuell bei rund 130% ihres verfügbaren Einkommens.

Abb. 2.2
Konjunkturelle Entwicklung in den USA seit 2003

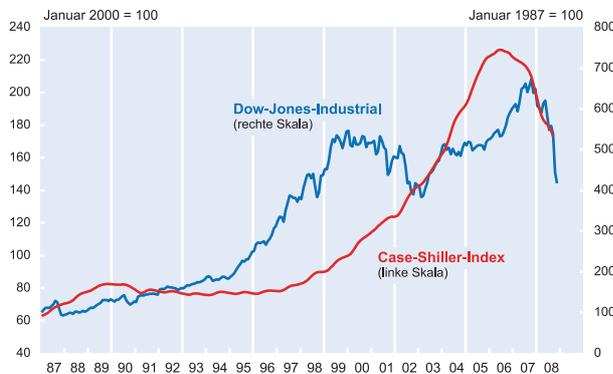


1) Real, saisonbereinigte Werte.
 2) Waren und Dienstleistungen.
 3) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
 4) Zivile Erwerbstätige insgesamt, saisonbereinigt.

Quelle: Bureau of Labor Statistics; Federal Reserve; U.S. Department of Commerce; Berechnungen des ifo Instituts.

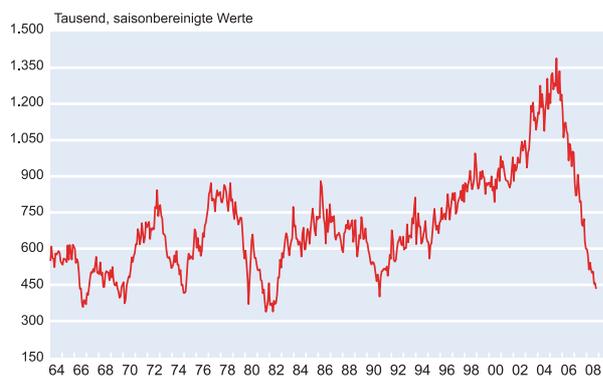
Abb. 2.3

Case-Shiller-Hauspreisindex für die USA und Dow-Jones-Aktienindex



Quelle: Standard & Poor Case-Shiller, composite index; Dow Jones & Company, Inc.

Verkauf von Einfamilienhäusern in den USA



Quelle: U.S. Department of Commerce: Census Bureau.

Trotz dieser umfassenden Maßnahmen greift die Finanzmarktkrise immer mehr auf die anderen Wirtschaftsbereiche über. Als Folge sinkender Eigenkapitalquoten und zur Gewährleistung einer ausreichenden Risikovorsorge verschärfen die Banken zunehmend die Konditionen der Kreditvergabe sowohl für Haushalte als auch für Unternehmen (vgl. Exkurs zur Kreditvergabe). Die Verschärfung der Kreditvergabestandards wird im Prognosezeitraum mit einer Verzögerung zu einer schwächeren Dynamik der Kreditentwicklung und somit der Investitionstätigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen führen, die sich traditionell in stärkerem Umfang über Kredite finanzieren als Großunternehmen.

Nachdem die Inflationsrate im Zuge des starken Anstiegs der Energiepreise im Sommer das höchste Niveau seit Anfang der 1990er Jahre erreicht hatte, ist sie seitdem merklich gesunken und lag im Oktober bei 3,7%. Die Kernrate des Konsumdeflatoren – das bevorzugte Inflationsmaß der Fed – lag mit 2,1% nur knapp über einem Niveau, das die Notenbank für akzeptabel hält. Die längerfristigen Inflationserwartungen scheinen nach einem leichten Anstieg wieder bei rund 2% verankert zu sein.

Als Reaktion auf die anhaltende Finanzkrise hat die amerikanische Notenbank die Leitzinsen seit Jahresbeginn in meh-

rerer großen Schritten auf aktuell 1% gesenkt. Angesichts des starken Rückgangs der Energiepreise und des ausgeprägten konjunkturellen Einbruchs wird sie den Zielsatz der Federal Funds im Dezember erneut um 50 Basispunkte auf ein Allzeit-Tief von 0,5% senken.

Das Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte ist im Fiskaljahr 2008, das am 30. September 2008 endete, auf 455 Mrd. US-Dollar (3,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) gestiegen. Verantwortlich hierfür zeichnete sowohl ein Rückgang der Einnahmen als auch ein Anstieg der Ausgaben. Den stärksten Rückgang auf der Einnahmenseite verbuchte dabei die Körperschaftsteuer als Folge geringerer Unternehmensgewinne. Der Anstieg der Ausgaben erreichte mit 9% den höchsten Wert seit 1990. Neben stark gestiegenen Ausgaben für die Kriegseinsätze im Irak und in Afghanistan belasteten das Staatsbudget insbesondere die Ausgaben für Steuerrückerstattungen zur Unterstützung des privaten Verbrauchs sowie der Ankauf von Anteilen an acht großen Banken im Rahmen des TARP. Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum weiterhin stark expansiv ausgerichtet sein. So implizieren die bisher im Economic Recovery Act beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Finanzkrise im Fiskaljahr 2009 bereits zusätzliche Ausgaben in Höhe von rund 50 Mrd. US-Dollar und geringere Einnahmen durch Steuererleichterungen beim Kauf von Autos. Das Budgetdefizit dürfte dann auf rund 4% des nominalen Bruttoinlandsproduktes ansteigen.

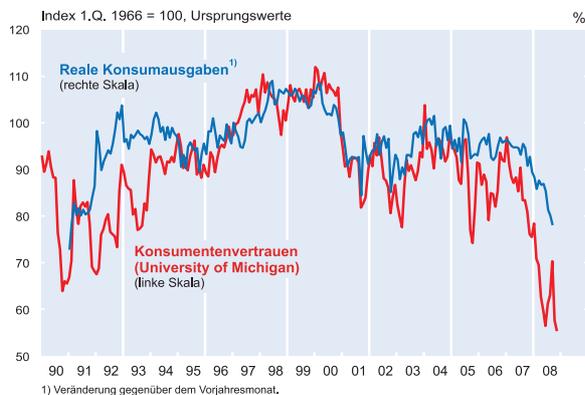
Wichtige Frühindikatoren zeigen für das laufende Quartal eine äußerst schwache Entwicklung. Umfragen zum Geschäftsklima und zum Verbrauchervertrauen sind auf historische Tiefststände gefallen und lassen eine weiterhin stark rückläufige Entwicklung der Produktion sowie der Konsumausgaben erwarten (vgl. Abb. 2.4). Die binnenwirtschaftliche Aktivität wird sich dementsprechend stark verringern.

Auch im weiteren Prognosezeitraum wird die Produktion zunächst rückläufig bleiben. Das anhaltende Sinken der Hauspreise und der damit verbundene Rückgang der Immobilienvermögen sowie ein sich weiter merklich eintrübender Arbeitsmarkt und die damit einhergehende schwächere Entwicklung der verfügbaren Einkommen werden den Rückgang der privaten Konsumausgaben zunächst beschleunigen.

Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen werden zunehmend durch restriktivere Kreditvergabekonditionen sowie durch schlechte Absatz- und Ertragsaussichten gebremst. Der Wirtschaftsbau, bis dato eine wichtige Stütze der konjunkturellen Entwicklung, dürfte sich im Prognosezeitraum ebenso abschwächen. Erst im Verlauf des Jahres 2010, mit Erreichen des zyklischen Tiefpunkts der Ausrüstungsinvestitionen sowie einer Bodenbildung am Markt für

Abb. 2.4

Index des Konsumentenvertrauens für die USA



Quelle: University of Michigan; U.S. Department of Commerce.

Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe in den USA



Quelle: ISM-Institute for Supply Management; Federal Reserve.

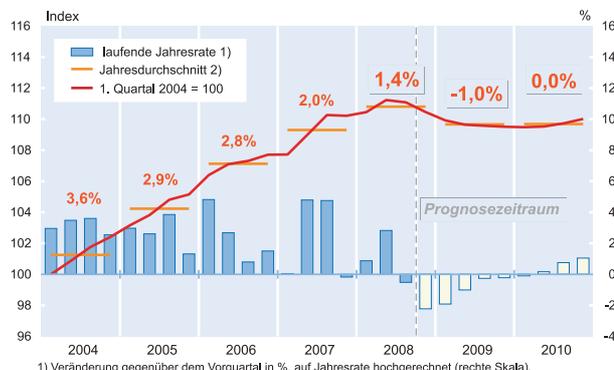
Wohnimmobilien, dürfte die Investitionstätigkeit wieder positiv zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen.

Positive Wachstumsbeiträge sind hingegen vom Außenhandel zu erwarten. Zwar wird sich die Dynamik der Exporte angesichts der eingetrübten Wachstumsaussichten in wichtigen Absatzmärkten merklich verringern. Jedoch wird die, durch die Schwäche der Binnenkonjunktur bedingte, rückläufige Entwicklung der Importe die schwächere Entwicklung der Ausfuhren überkompensieren. Insgesamt wird die amerikanische Wirtschaft im

⁴ Bei der Berechnung des durchschnittlichen Rezessionsverlaufs wurden alle vom NBER datierten Rezessionen seit 1947 berücksichtigt. Um sie mit der heutigen Situation vergleichbar zu machen, wurde die mit Hilfe eines Filterverfahrens konstruierte Trendrate herausgerechnet und die verbleibende zyklische Komponente auf den gegenwärtigen Trendverlauf projiziert. Zudem wurde – abweichend von der Datierung durch das NBER – das dritte Quartal 2008 als Beginn der aktuellen Rezession verwendet, weil die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2008 durch fiskalpolitische Maßnahmen nach oben verzerrt ist.

Abb. 2.5

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

Jahresdurchschnitt 2009 um 1% schrumpfen und 2010 stagnieren (vgl. Abb. 2.5).

Die Inflation wird infolge der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik sowie der gesunkenen Energiepreise weiter spürbar zurückgehen und in den Jahren 2009 und 2010 durchschnittlich 0,3% bzw. 1,3% betragen (vgl. Tab. 2.1). Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich weiter verschlechtern. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010 bei jeweils 7% liegen.

Gemäß der Datierung des NBER befindet sich die amerikanische Wirtschaft seit dem ersten Quartal 2008 in der Rezession. Ein Vergleich der prognostizierten Entwicklung mit historischen Rezessionsverläufen zeigt, dass die aktuelle Abwärtsbewegung kräftiger ausfallen wird als im Durchschnitt (vgl. Abb. 2.6).⁴ Insbesondere wird die Schwächephase der

Tab. 2.1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2007	2008	2009	2010
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,4	-1,0	0,0
Privater Konsum	2,8	0,3	-1,7	0,0
Staatskonsum und -investitionen	2,1	2,8	1,9	2,0
Private Bruttoanlageinvestitionen	-3,1	-4,2	-7,2	-3,4
Inländische Verwendung	1,8	0,1	-1,8	-0,1
Exporte	8,4	8,2	2,6	0,9
Importe	2,2	-2,5	-2,3	-0,1
Außenbeitrag ^{a)}	0,6	1,4	0,7	0,1
Verbraucherpreise	2,9	4,3	0,3	1,3
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{b)}	-1,2	-3,2	-4,0	-3,5
Leistungsbilanzsaldo	-5,3	-4,9	-4,5	-4,4
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,6	5,7	7,0	7,0

^{a)} Wachstumsbeitrag. – ^{b)} Gesamtstaatlich.

Quelle: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; U.S. Department of Labor; Bureau of Labor Statistics; Berechnungen des ifo Instituts; 2008, 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

amerikanischen Wirtschaft als sehr persistent eingeschätzt. Grund hierfür sind die strukturellen Fehlentwicklungen in der US-Ökonomie, die nun schmerzhaft korrigiert werden.

Ausgangspunkt der Probleme war die jahrelange Ausweitung des privaten Konsums auf Kosten der Ersparnis. Die Haushalte konnten dies durch die übermäßige Aufnahme von Krediten finanzieren, die aufgrund der lockeren Geldpolitik mit niedrigen Zinsen ausgestattet waren und letztlich durch ausländische Kapitalimporte gedeckt wurden. So stieg das Leistungsbilanzdefizit der USA auf bis zu 6% des Bruttoinlandsprodukts. Spiegelbildlich nahmen die Nettoimporte zu.

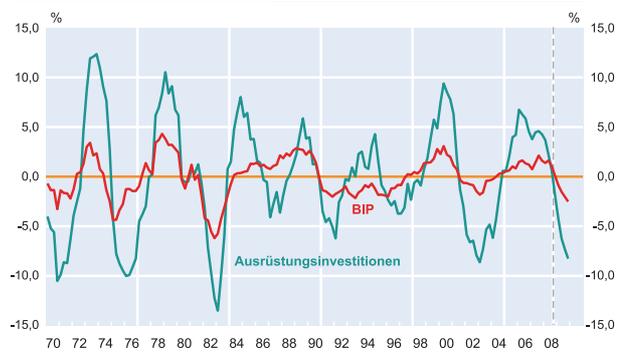
Am US-Immobilienmarkt entstand infolge der niedrigen Zinsen und der leicht verfügbaren Kredite eine Preisblase, deren fehlende Nachhaltigkeit spätestens mit dem Zusammenbruch des Subprime-Segments im US-Hypothekenmarkt Mitte 2007 offenbar wurde. Mittlerweile wurden die Hauspreise schon erheblich nach unten korrigiert, dennoch ist ein Ende der Talfahrt nicht in Sicht.

Die Situation wurde verschlimmert durch die infolge der Hauspreissrückgänge vom US-Immobilienmarkt ausgehende Krise an den internationalen Finanzmärkten, die zu enormen Abschreibungen und Wertberichtigungen in den Bankbilanzen geführt hat und möglicherweise weiter führen wird. Zwar konnte ein Kollaps des Bankensystems durch staatliche Interventionen verhindert werden. Die Preise vieler Finanztitel, insbesondere von Aktien, sind jedoch dramatisch gefallen, und es ist nicht davon auszugehen, dass sie sich schnell erholen werden.⁵

All dies impliziert, dass der private Konsum in den kommenden Jahren schwer belastet wird. Eine geschätzte langfristige Konsumfunktion⁶ für die USA legt nahe, dass die starken Steigerungen des Finanz- und Immobilienvermögens es den Haushalten erlaubt haben, die Konsumausgaben schneller auszuweiten als die verfügbaren Einkommen (vgl. Abb. 2.6). Im Zuge des schon erfolgten und noch ausstehenden Korrekturbedarfs beim Finanz- und Immobilienvermögen werden die Konsumausgaben – auch aufgrund von Anpassungsverzögerungen – über einen längeren Zeitraum zurückgehen oder mit Wachstumsraten unterhalb ihres längerfristigen Trends expandieren. Diese Entwicklung wird den seit Mitte der achtziger Jahre gestiegenen Konsumanteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt von rund 70% schrittweise zurückführen. Dadurch kann die Importnachfrage gedämpft und die Neuverschuldung gegenüber dem Ausland verringert werden. Allerdings dürfte dieser Anpassungspro-

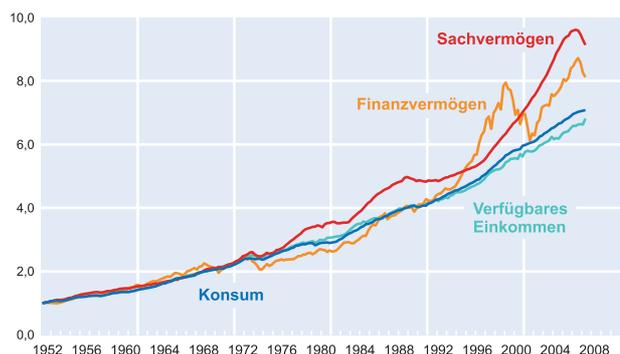
Abb. 2.6

Zyklische Komponente des BIP und der Ausrüstungsinvestitionen in den USA



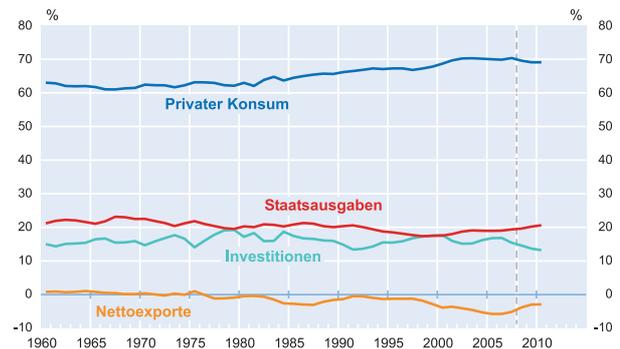
Quelle: U.S. Department of Commerce; Berechnungen des ifo Instituts.

Der Konsum und seine Determinanten in den USA 1952-Q1 bis 2008-Q2
Reale Größen, 1952-Q1 = 1



Quelle: U.S. Department of Commerce; Federal Reserve.

Verhältnis von privatem Konsum, Investitionen, Staatsausgaben und Nettoexporten zum Bruttoinlandsprodukt



Quelle: U.S. Department of Commerce; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2008 Prognosen des ifo Instituts.

zess auch 2010 noch nicht abgeschlossen sein. Dies wird die weltwirtschaftliche Erholung in den kommenden Jahren nachhaltig behindern.

Exkurs zur Kreditvergabe

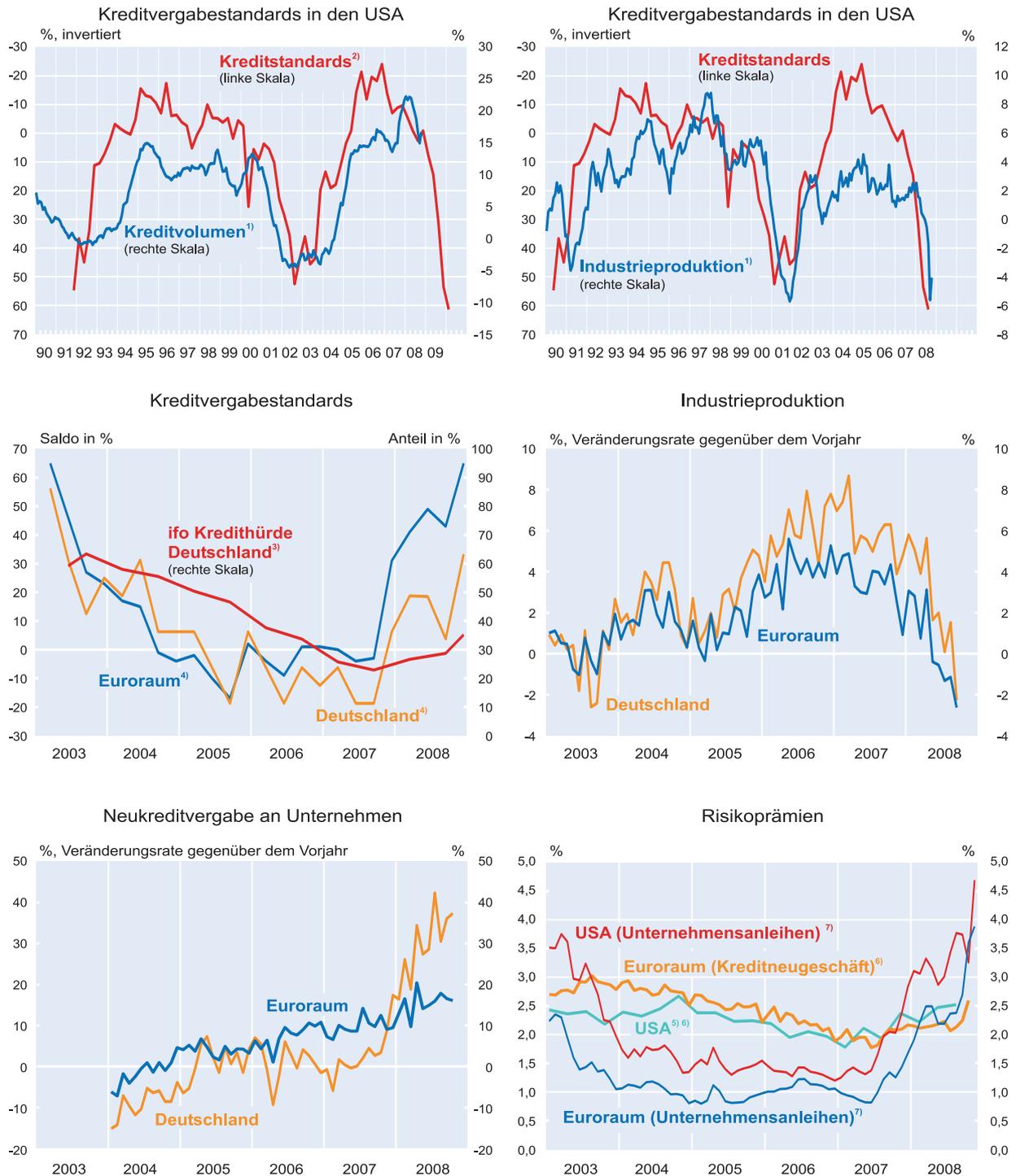
Die amerikanischen Banken haben angesichts sinkender Eigenkapitalquoten die Kreditstandards im Verlauf des Jahres 2008 merklich verschärft. So ist der Nettoprozentsatz

⁵ Vgl. C.D. Carroll (2008), »Recent Stock Declines: Panic or the Purge of Irrational Exuberance?«, *The Economists' Voice* 5(7), Article 6.

⁶ Vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, K. Abberger, S. Elstner, S. Henzel, O. Hülseswig, J. Mayr, W. Meister, D. Ulbricht und T. Wollmershäuser (2008), »ifo Konjunkturprognose 2008/2009: Aufschwung geht zu Ende«, *ifo Schnelldienst* 61(12), 2008, 9–54, hier: 17.

Abb. 2.7

Kreditvergabe in den USA, dem Euroraum und Deutschland



1) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

2) Um 18 Monate verzögert.

3) Prozentanteile der Unternehmen, die angaben, die Kreditvergabe sei restriktiv.

4) Veränderung der Richtlinien für die Gewährung von Krediten an Unternehmen (linke Skala).

5) Durchschnittliche Zinsen für Unternehmenskredite.

6) Abstand zwischen den Zinsen für Unternehmenskredite und den Refinanzierungssätzen bei der Notenbank.

7) Risikoprämie für Unternehmensanleihen (BBB) gegenüber Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit.

Quelle: Eurostat; Europäische Zentralbank; Federal Reserve; Reuters EcoWin; ifo Institut; Berechnungen des ifo Instituts.

der Kreditinstitute, die angeben, ihre Standards für Unternehmenskredite im abgelaufenen Quartal verschärft zu haben, auf rund 80% gestiegen. Dies ist der höchste Wert seit Bestehen der Umfrage. Eine Analyse der Kreuzkorrelationen zwischen Kreditstandards und jährlichen Veränderungsraten von Unternehmenskrediten lässt erwarten, dass die Verschärfung der Kreditkonditionen mit einer zeitlichen Verzögerung von bis zu 18 Monaten eine Verringerung des Kreditvolumens und somit eine schwächere Dynamik der Investitionstätigkeit nach sich zieht. Aktuell liegt das Kreditvolumen jedoch weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. So wurden im Oktober 2008 rund 15% mehr Kredite vergeben als im Vorjahresmonat. Aus der Verschärfung der Kreditvergabestandards durch die Banken kann nicht zwingend auf eine Kreditrationierung geschlossen werden, da ein starker Zusammenhang mit der konjunkturellen Lage der Unternehmen besteht. So zeigen die jährlichen Veränderungsraten der Industrieproduktion einen hohen Gleichlauf mit den Kreditvergabekonditionen und erklären somit zu einem großen Teil den Anstieg der Kreditstandards am aktuellen Rand.

Die Situation im Euroraum stellt sich ähnlich dar. Auch hier wurden die Kreditvergaberichtlinien der Banken kontinuierlich seit Ausbruch der Finanzmarktkrise verschärft. Die deutschen Banken verhielten sich allerdings vergleichsweise weniger restriktiv; hier war der Nettoprozentsatz der Kreditinstitute, die ihre Standards im vierten Quartal verschärften, mit etwas mehr als 30% nur halb so hoch wie im Euroraum insgesamt. Auch aus Sicht deutscher Unternehmen stellt sich die Kreditvergabe der Banken zunehmend restriktiver dar. Die vom ifo Institut erhobene Kredithürde für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands hat sich im November im Vergleich zum August deutlich erhöht und zeigt an, dass mehr als ein Drittel der etwa 4 000 befragten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Groß- und Einzelhandels die Kreditvergabe der Banken als zurückhaltend einstufen. Seit ihrem Tiefpunkt im Sommer des Jahres 2007 wurde die Kredithürde beständig angehoben, wobei zuletzt eine Beschleunigung erkennbar ist, insbesondere für große Unternehmen. Insgesamt wurden die Kreditbedingungen für die deutsche Wirtschaft im November fast so restriktiv empfunden wie zum Ende der Wirtschaftslaute im Frühsommer des Jahres 2005.

Auch in Europa scheint ein sehr enger Zusammenhang der Kreditbedingungen mit der konjunkturellen Lage der Unternehmen – gemessen an der Veränderungsrate der Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr – zu bestehen. Mit welcher zeitlichen Verzögerung auf eine Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien bzw. auf einen Anstieg der Kredithürde eine deutliche Abschwächung bei der Ausweitung des Kreditvolumens zu erwarten ist, lässt sich anhand der eingeschränkten Datenlage – der Bank Lending Survey und die ifo Kreditumfrage wurden erstmals im Jahr 2003 durchge-

führt – nicht genau beurteilen. Im Euroraum insgesamt zeichnet sich bereits seit März 2008 eine Verlangsamung des Wachstums der Kreditbestände ab, wenngleich der Zuwachs im Oktober immer noch 12% gegenüber dem Vorjahr betrug (vgl. Abb. 2.12). Die Dynamik der Neukreditvergabe lässt noch keinerlei Bremsspuren erkennen. Die Kreditvergabe der deutschen Banken beschleunigte sich erst mit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise.

Auch bei den durchschnittlichen Zinsen für Kreditneugeschäfte im Euroraum halten sich die Auswirkungen der Finanzmarktkrise bislang in Grenzen. Zwar erhöhte sich der Abstand zum Hauptrefinanzierungssatz der EZB von Mitte 2007 bis Oktober 2008 (letzter verfügbarer Wert für Kreditzinsen) um etwa 80 auf 260 Basispunkte. Der sprunghafte Anstieg im Oktober ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Senkung des EZB-Leitzinses um 50 Basispunkte Anfang Oktober bislang nur teilweise (10 Prozentpunkte) von den Banken weitergegeben wurde. Eine solche verzögerte Anpassung der Kreditzinsen an geänderte Refinanzierungskosten ist nicht ungewöhnlich⁷ und muss nicht notwendigerweise als Konsequenz der Finanzmarktkrise interpretiert werden.

Auch in den USA hat sich der Abstand zwischen den durchschnittlichen Kreditzinsen und dem Zielsatz der Federal Funds von Anfang 2007 bis zum dritten Quartal 2008 (letzter verfügbarer Wert für Kreditzinsen) um rund 75 auf 250 Basispunkte erhöht. Auch hier ist ein solcher Anstieg im Verlauf einer Zinssenkungsphase nicht ungewöhnlich⁸ und kann als verzögerte Weitergabe veränderter Refinanzierungskosten seitens der Kreditinstitute interpretiert werden.

Im Gegensatz dazu fällt der Anstieg der Risikoprämie von Unternehmensanleihen sowohl in den USA als auch im Euroraum viel stärker aus. Die Risikoprämie, die für Unternehmensanleihen mittlerer Bonität von den Finanzmärkten als Aufschlag auf sichere Staatsanleihen gleicher Laufzeit gefordert wird, stieg bereits seit Ausbruch der Finanzmarktkrise bis September 2008 um 150 Basispunkte an und schnellte anschließend zwischen September und November um nochmals 150 Basispunkte nach oben.

Im Prognosezeitraum ist im Zuge der rezessiven Entwicklung mit einer noch deutlich zurückhaltenderen Kreditvergabepraxis der Banken sowohl in den USA als auch im Euroraum zu rechnen. Zwar werden die Kreditzinsen infolge der Zinssenkungen durch die Zentralbanken langsam nachgeben; die Neukreditvergabe wird sich aber erheblich abschwä-

⁷ Im Verlauf des letzten Zinssenkungszyklus der EZB, bei dem sie den Hauptrefinanzierungssatz zwischen Mai 2001 und Juni 2003 von 4,75 auf 2% herunterschleuste, stieg der Abstand der Kreditzinsen bis August 2003 auf 3 Prozentpunkte an.

⁸ Beim letzten Zinssenkungszyklus der Federal Reserve, der Ende 2003 abgeschlossen war, stieg der Abstand der Kreditzinsen vom Leitzins bis Ende 2004 auf 2,7% an.

chen. Zudem werden die Risikoprämien für Unternehmensanleihen auf hohem Niveau verbleiben.

Japan

Die Wirtschaft in Japan ist im Sommerhalbjahr 2008 geschrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt fiel im dritten Quartal um 0,5%, nachdem es bereits im zweiten Quartal um 1% gesunken war. Der Konsum erhöhte sich nur leicht. Die Investitionen sackten spürbar ab. Belastend wirkte vor allem die Entwicklung des Außenhandels, der einen negativen Wachstumsbeitrag lieferte. Die Exporte legten deutlich schwächer als die Importe zu (vgl. Abb. 2.8).

Die Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben getrübt. Die Stimmung der Unternehmen hat sich infolge der düsteren globalen Wirtschaftsaussichten sichtlich verschlechtert. Das Vertrauen der Verbraucher ist kontinuierlich gesunken. Zudem wurde die Kreditvergabe seitens der Banken zuletzt wesentlich restriktiver gestaltet. Die Unsicherheit über die Auswirkungen der Krise auf den Finanzmärkten ist weiterhin hoch; die gegenwärtige konjunkturelle Flaute drückt die Risikobereitschaft der Banken. Das ifo Wirtschaftsklima ist zuletzt spürbar abgesackt, da sowohl die Einschätzungen zur gegenwärtigen Lage als auch die Erwartungen bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung deutlich pessimistischer ausfielen (vgl. Abb. 1.3).

Angesichts der schwachen Konjunktur hat die japanische Notenbank ihren Leitzins im Oktober 2008 auf 0,3% gesenkt. Die Teuerungsrate lag im Oktober zwar bei 1,7%, die Kerninflationsrate erreichte jedoch nur 0,2%. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich seit Beginn des Jahres 2008 et-

was eingetrübt. So war die Zahl der Erwerbstätigen rückläufig. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 3,7%. Die Löhne erhöhten sich nominal nur verhalten; real sind sie gefallen.

Für die japanische Regierung wird es aufgrund der wirtschaftlichen Krise zunehmend schwieriger, ihr Ziel zu verwirklichen, einen Überschuss im Primärhaushalt im Fiskaljahr 2011 zu erreichen. Die Höhe der Staatsverschuldung ist gegenwärtig noch beträchtlich. Gleichwohl beschloss die Regierung im Verlauf des Jahres mehrere Konjunkturprogramme, welche verschiedene Maßnahmen umfassen. So sind Kreditgarantien für mittelständische Unternehmen, eine Entlastung der Transportbranche, die Finanzierung öffentlicher Bauvorhaben, Steuerentlastungen, Auszahlungen an die privaten Haushalte in Form von Barschecks, die Subventionierung von Hauskäufen auf Kredit sowie umfangreiche Kapitalspritzen für Regionalbanken vorgesehen. Die Defizitquote dürfte in den beiden kommenden Jahren auf deutlich über 3% steigen.

Im Prognosezeitraum wird die ausgeprägte Schwäche der japanischen Wirtschaft anhalten (vgl. Abb. 2.9). Der Konsum dürfte sich angesichts der Zurückhaltung der Verbraucher sowie der mäßigen Lage auf dem Arbeitsmarkt vorübergehend verringern. Die Investitionen dürften weiter rückläufig sein, auch weil sich die Kreditkonditionen zunehmend verschärfen werden. Der Außenhandel wird aufgrund der düsteren globalen Wirtschaftsaussichten einen negativen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten (vgl. Tab. 2.2).

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in Japan im Jahr 2009 um 0,8% sinken und sich im Jahr 2010 leicht um 0,4% erhöhen. Die Preise werden rückläufig sein. Es droht die Gefahr einer ausgeprägten Deflation. Die Arbeitslosenquote dürfte 2009 spürbar steigen.

Tab. 2.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Japan

	2007	2008	2009	2010
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,4	0,2	-0,8	0,4
Privater Konsum	0,7	0,6	-0,5	0,2
Staatskonsum und -investitionen	2,0	0,4	1,5	1,7
Private Bruttoanlageinvestitionen	5,5	-2,5	-3,2	0,7
Inländische Verwendung	1,8	0,0	-0,6	0,6
Außenbeitrag ^{a)}	1,1	0,5	-0,2	-0,1
Verbraucherpreise	0,1	1,4	-0,2	0,0
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{b)}	-2,4	-1,5	-3,2	-3,7
Leistungsbilanzsaldo	4,8	3,5	4,2	4,0
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,9	4,0	4,7	4,5

^{a)} Wachstumsbeitrag. – ^{b)} Gesamtstaatlich.

Quelle: OECD; Cabinet Office; Berechnungen des ifo Instituts; 2008, 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

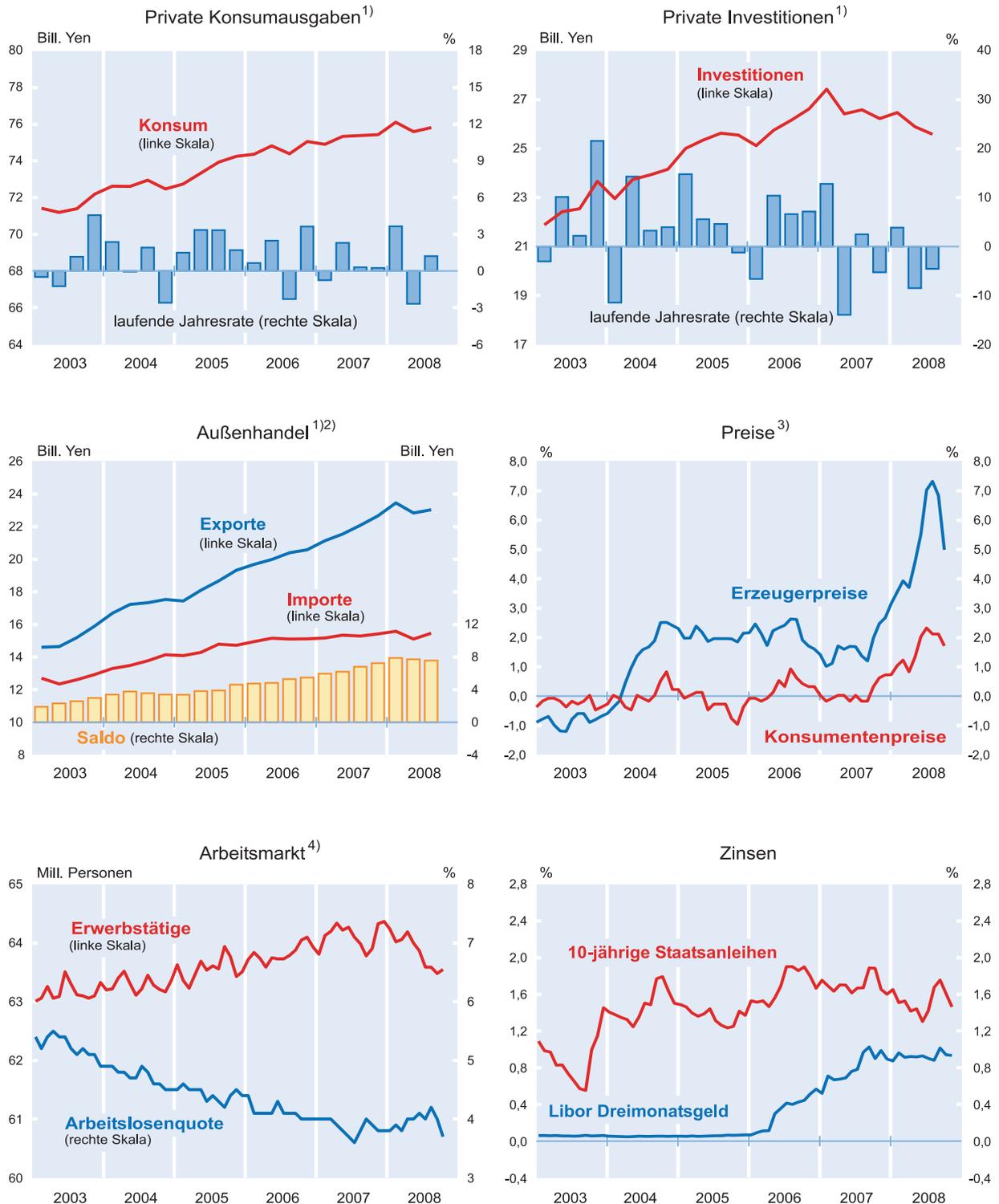
China

Die konjunkturelle Dynamik der chinesischen Volkswirtschaft hat sich im dritten Quartal 2008 merklich abgeschwächt. So legte das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahresquartal lediglich mit 9% zu und damit deutlich weniger als in den Vorquartalen.

Insbesondere die Industrieproduktion, die rund 50% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, zeigte eine spürbar schwächere Expansion. Verantwortlich hierfür war neben Produktionsstilllegungen während der Olympischen Spiele insbesondere eine schwächere Entwicklung der Exportaufträge im Zu-

Abb. 2.8

Konjunkturelle Entwicklung in Japan seit 2003



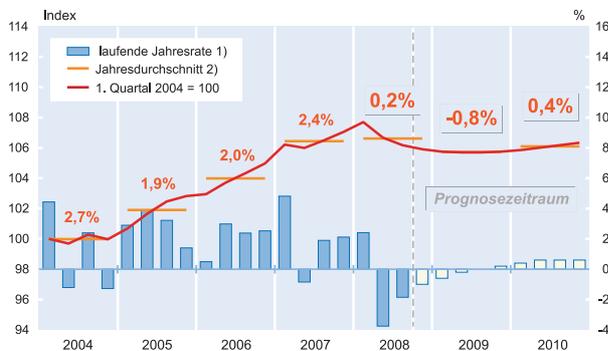
1) Real, saisonbereinigte Werte.

2) Waren und Dienstleistungen.

3) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

4) Saisonbereinigt.

Quelle: Bank of Japan; ESRI; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.9**Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan**
Saisonbereinigter Verlauf

1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: ESRI; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

ge der sich eintrübenden konjunkturellen Situation in wichtigen Absatzmärkten. Verstärkend wirkte zudem die sich weiter verschlechternde preisliche Wettbewerbsfähigkeit. So hat die chinesische Währung seit Jahresbeginn real effektiv um rund 15% aufgewertet. Die direkten Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf das chinesische Bankensystem sind bisher hingegen aufgrund des relativ geringen Engagements im US-Hypothekenmarkt sowie strenger staatlicher Finanzkontrollen begrenzt. Trotzdem sind die Aktienmärkte seit Jahresbeginn um rund 50% eingebrochen. Als Folge einer restriktiveren Geldpolitik hat die Investitionstätigkeit der Unternehmen 2008 insgesamt merklich an Dynamik verloren. Insbesondere der Immobilienmarkt, der bereits zu überhitzen drohte, hat sich merklich abgekühlt. So steigen die Hauspreise deutlich langsamer, und die Hausverkäufe sind rückläufig. Ein Einbruch des Immobilienmarktes könnte die chinesische Wirtschaft empfindlich treffen.

Die Inflationsrate, die Anfang des Jahres auf bis zu 9% angestiegen war, ist als Folge stark fallender Nahrungsmittel- und Energiepreise im Oktober auf 4% gesunken. Die Kernrate liegt weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Angesichts des geringeren Inflationsdrucks hat die chinesische Notenbank als Reaktion auf die sich abschwächende konjunkturelle Dynamik die Leitzinsen bereits spürbar gesenkt sowie die Mindestreservestandards gelockert. Um die nachlassende binnenwirtschaftliche Dynamik zu unterstützen, hat die chinesische Zentralregierung zudem ein Konjunkturprogramm in Höhe von 470 Mrd. Euro angekündigt, dessen Volumen durch die Zusagen von Provinzregierungen auf 1,2 Bill. Euro (rund 16% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) angewachsen ist. Im Rahmen dieses Paketes sollen insbesondere Investitionen in die Infrastruktur des Landes gefördert werden. Trotz dieser umfangreichen Maßnahmen wird sich die konjunkturelle Dynamik im Prognosezeitraum auf Grund der starken Exportabhängigkeit weiter schrittweise verlangsamen. Während die Ausgaben des Staates infolge des Konjunkturprogramms spürbar ausgeweitet werden, wird sich

der private Konsum angesichts geringerer Lohnsteigerungen und einer schwächeren Entwicklung des Arbeitsmarktes weniger dynamisch entwickeln. Aufgrund sinkender Rohstoffpreise wird sich der Leistungsbilanzüberschuss trotz der schwächeren Exportentwicklung im Prognosezeitraum weiter vergrößern. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2009 und 2010 um jeweils rund 7,5% expandieren, nach 9,4% in 2008.

Der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus wird sich 2009 auf 2% verlangsamen, nachdem die Inflationsrate im Durchschnitt des Jahres 2008 bei 6,5% lag.

Euroraum

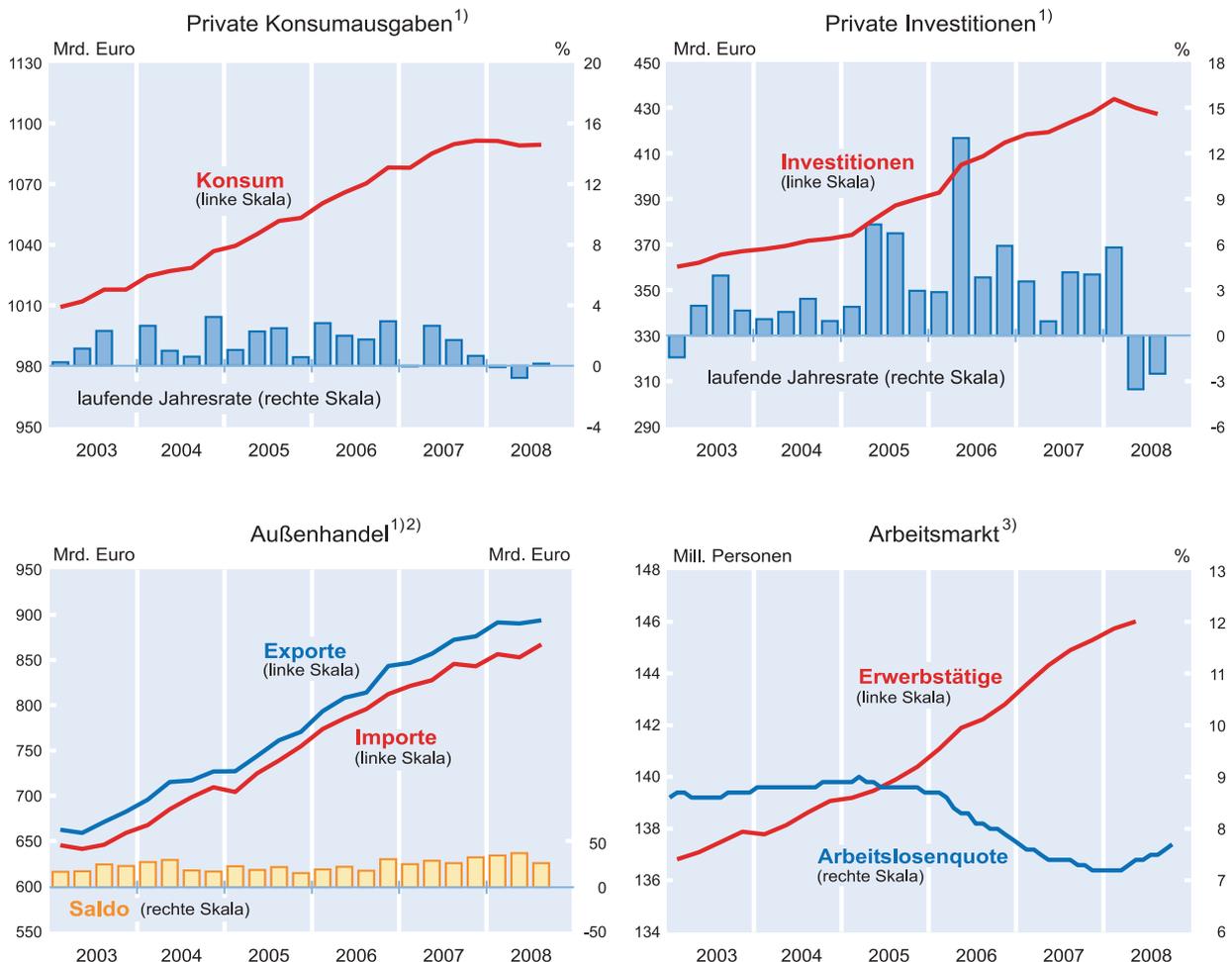
Die wirtschaftliche Lage im Euroraum hat sich im Herbst 2008 empfindlich eingetrübt. Das Bruttoinlandsprodukt fiel im dritten Quartal um 0,2%, nachdem es bereits im zweiten Quartal schon um 0,2% zurückgegangen war. Der Konsum stagnierte. Die Investitionen waren erneut rückläufig. Auch der Saldo im Außenhandel verschlechterte sich, da die Exporte wesentlich langsamer als die Importe stiegen (vgl. Abb. 2.10).

Der wirtschaftliche Abschwung in den großen Ländern des Euroraums hat sich verschärft. So ging das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, ebenso wie in Italien und Spanien, deutlich zurück, während es sich in Frankreich nur verhalten erhöhte. Die Eintrübung zeichnete sich bereits im ifo Wirtschaftsklima ab, welches sich im vergangenen Quartal sehr deutlich verschlechtert hat (vgl. Abb. 2.11). Auch andere Konjunkturindikatoren setzten ihre Talfahrt fort. So sind die Auftragseingänge und die Industrieproduktion im verarbeitenden Gewerbe zuletzt dramatisch zurückgegangen. Auch die Umfragen zu den Ertragsaussichten der Unternehmen sackten weiter ab, und das Verbrauchervertrauen brach regelrecht ein. Die Erwartungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung bleiben pessimistisch, da die nachlassende Expansion der Weltwirtschaft, der Einbruch der Immobilienpreise in einigen Ländern der Region sowie die negativen Effekte der Krise auf den Finanzmärkten weiterhin stark belastend wirken werden.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich im ersten Halbjahr 2008 etwas verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um knapp 2,5%. Die Arbeitslosenquote blieb nahezu unverändert. Sie lag bei durchschnittlich 7,3%; zuletzt erhöhte sie sich jedoch im Oktober auf 7,6%. Die Zunahme der Löhne beschleunigte sich. Die Entgelte der Arbeitnehmer legten nominal – im Vergleich zum ersten Halbjahr 2007 – um 3,3% zu. Die Reallöhne hingegen gingen zurück.

Der Anstieg der Preise hat sich im Verlauf des Jahres 2008 vorübergehend merklich beschleunigt. Die Inflationsrate er-

Abb. 2.10
Konjunkturelle Entwicklung im Euroraum seit 2003



1) Real, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte.
2) Waren und Dienstleistungen.
3) Saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

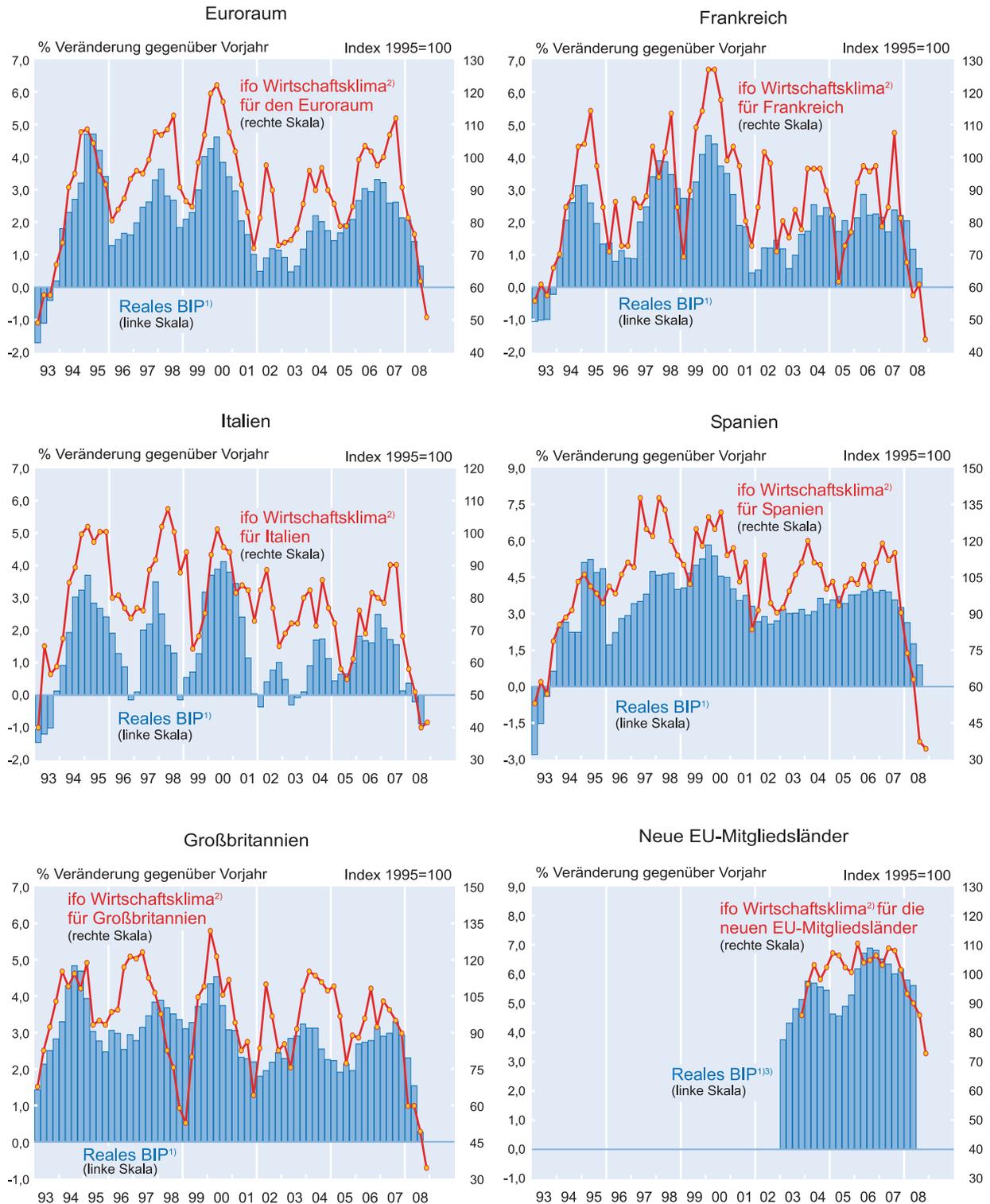
höhte sich – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex – von 3,2% im Januar auf 4% im Juni. Dies lag vor allem an dem kräftigen Anstieg der Ölpreise, der im ersten Halbjahr zu beobachten war. Im November ging die Inflationsrate auf 2,1% zurück, nach 3,2% im Oktober. Dies war maßgeblich dem starken Rückgang der Ölpreise geschuldet, der Mitte Juli einsetzte. Die Kerninflation erhöhte sich dagegen im Jahresverlauf stetig, wenngleich weniger dynamisch. Sie betrug im Oktober 2,7%.

Die Europäische Zentralbank schlug im Oktober einen deutlichen Kurswechsel ein. Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise und den sich abzeichnenden konjunkturellen Einbruch senkte sie den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis Anfang Dezember in drei Schritten von 4,25 auf 2,5%. Zudem stellte sie das Zuteilungsverfahren ihrer Offenmarkt-

geschäfte auf einen Mengentender mit unbegrenzter Zuteilung um und dehnte die Versorgung mit längerfristigem Zentralbankgeld weiter aus. Der Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) sank in der Folge von 5,1% im Oktober auf zuletzt 3,4%; aufgrund der weiteren Zuspitzung der Finanzkrise erhöhte sich jedoch zeitgleich mit dem geldpolitischen Kurswechsel der Risikoaufschlag auf besicherte Interbankenkredite (Eurepo) derselben Laufzeit von durchschnittlich 0,6 Prozentpunkten in den Monaten Juli bis September auf zuletzt 1,3 Prozentpunkte. Auch bei der Rendite für Unternehmensanleihen kam es jüngst zu einem weiteren Anstieg der Risikoprämien. Während die zehnjährige Rendite deutscher Staatsanleihen deutlich auf 3,2% (von 4,6% im Juni) gefallen ist, stieg die Verzinsung von Unternehmensanleihen mittlerer Bonität (BBB) im selben Zeitraum von 6,7 auf 7,2%. Die durchschnittlichen Zinsen für beste-

Abb. 2.11

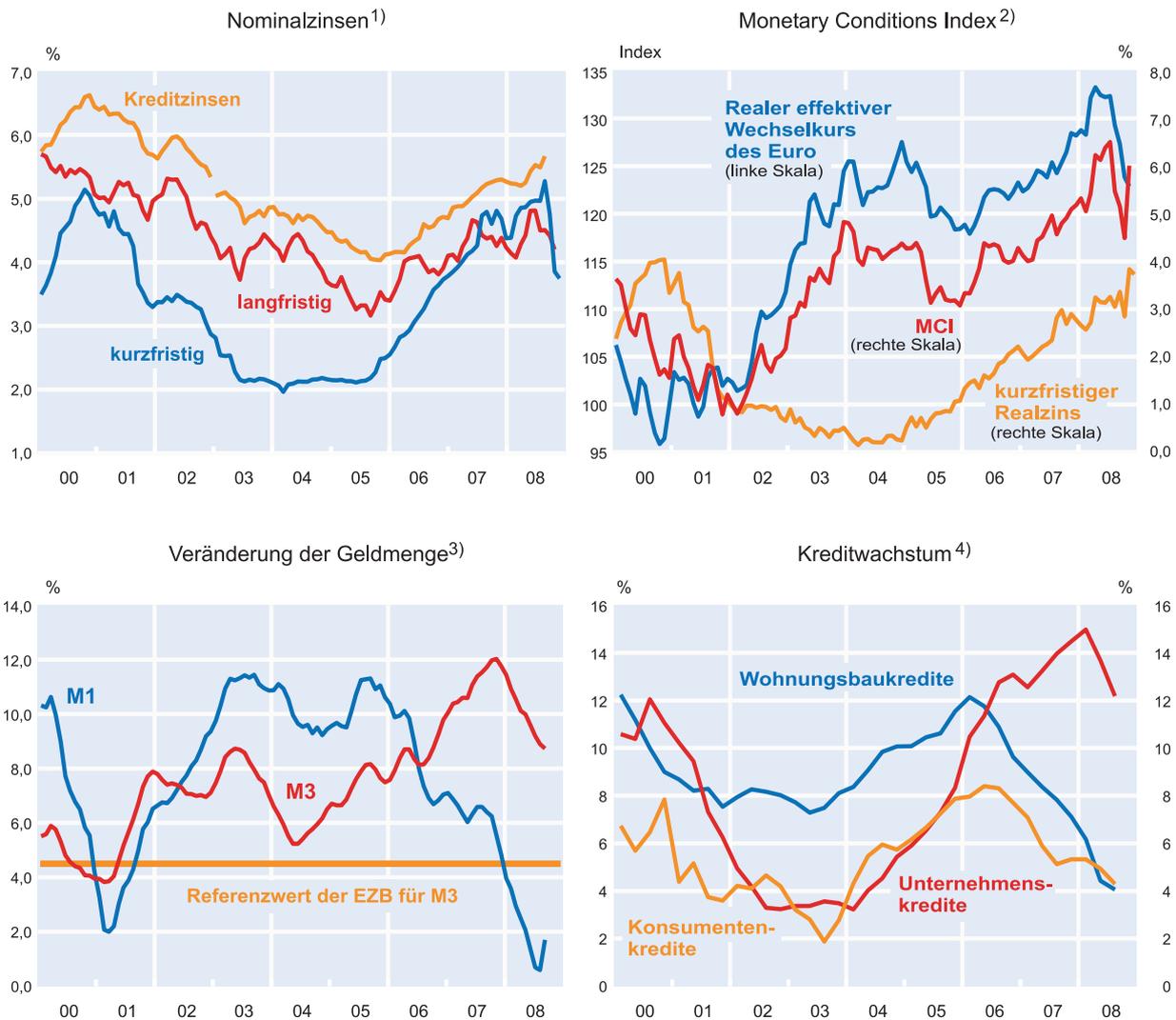
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für ausgewählte europäische Regionen und Länder



1) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %, saison- und arbeitstäglich bereinigt.
 2) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
 3) Berechnungen des ifo Instituts.

Quelle: Eurostat; Ifo World Economic Survey (WES) IV/2008.

Abb. 2.12
Zur monetären Lage im Euroraum



1) Kurzfristig = 3-Monats-Euribor, langfristig = zehnjährige Staatsanleihen; Kreditzinsen = vor 2003: Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr, seit 2003: Zinssatz für Kredite im Neugeschäft bis zu einer Mio. Euro an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit einer anfänglichen Laufzeit von mehr als 5 Jahren.- 2) Der MCI (Monetary Conditions Index) wurde gemäß folgender Formel berechnet: $MCI_t = (r_t - 2\%) + 1/6 (q_t - q_0)$. r_t bezeichnet den Realzins auf Basis der Kerninflationsrate, q_t den realen effektiven Wechselkurs des Euro (weiter Länderkreis; Berechnung auf Basis der Konsumentenpreisindizes; Index, Durchschnitt Januar 1999 bis aktueller Rand = 100) und $q_0 = 100$. Die Gewichtung des realen effektiven Wechselkurses mit 1/6 wurde zur Analogie zum OECD Economic Outlook vorgenommen.- 3) M1 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen; M3 = M1 + Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, saisonbereinigt, zentrierter Dreimonatsdurchschnitt der Veränderungsrate in %.- 4) Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Unternehmenskredite = Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften; Wohnungsbaukredite = Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte.

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

hende Unternehmenskredite zogen ebenfalls weiter an auf 5,9% im Oktober von 5,7% im Juni; bei den durchschnittlichen Zinsen für Neukredite zeigte sich bereits ein geringfügiger Rückgang im Oktober.

Die sich seit Frühjahr abzeichnende Verlangsamung des Anstiegs der Unternehmenskredite setzte sich weiterhin fort, wengleich die Zuwachsrates im Oktober immer noch bei 11,9% lag. Der Anstieg des Kreditvolumens an private Haus-

halte verlief weit weniger dynamisch und betrug im Oktober lediglich 3,3%. Auch die Veränderungsrate der Geldmenge M3 schwächte sich im Oktober weiter auf 8,7% ab; die Ausweitung der Geldmenge M1 beschleunigte sich hingegen auf 3,7% (vgl. Abb. 2.12).

Der Wechselkurs des Euro setzte seine Abwertung gegenüber dem US-Dollar weiter fort und notierte zuletzt mit 1,30 USD/EUR rund 16% unter seinem durchschnittlichen

Kasten

Aktueller Stand im Konjunkturzyklus

Für den Euroraum zeigt ein strukturelles Zeitreihenmodell eine Produktionslücke, die im dritten Quartal 2008 beinahe geschlossen ist (vgl. Abb. 2.13). Die Zerlegung des Verlaufs des Bruttoinlandsprodukts in eine Trend- und eine Zykluskomponente, die auf den Ex-post-Werten der amtlichen Statistik, den Datensatz des Area-wide models (AWM) sowie der Quartalsprognose des ifo Instituts beruht, deutet zudem an, dass die Produktionslücke im Prognosezeitraum deutlich negativ sein wird. Sie wird ihren Tiefpunkt voraussichtlich Anfang 2010 erreichen. Das Modell weist dabei eine Trendwachstumsrate auf, die bei etwas über 1,5% liegt.

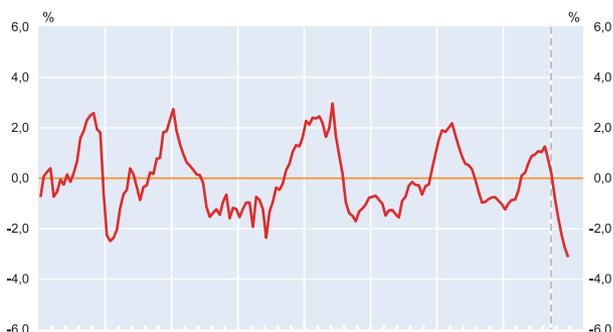
Wert vom Juni. Auch real effektiv wertete der Euro zwischen Juni und Oktober um knapp 7% ab.

Die Europäische Zentralbank wird im Prognosezeitraum weitere Zinssenkungen vornehmen. Sie wird dabei vor allem auf den konjunkturellen Einbruch reagieren, der sich als Folge der Finanzmarktkrise in den letzten Monaten erheblich verschärft (vgl. Kasten: Aktueller Stand im Konjunkturzyklus). Aber auch die spürbar verbesserten Inflationsaussichten, die sich insbesondere aufgrund der stark gesunkenen Weltmarktpreise für Rohöl und Nahrungsmittel ergeben, erleichtern es der EZB, im Verlauf des nächsten Jahres den Hauptrefinanzierungssatz in mehreren Schritten zu senken. Das Tempo und das Ausmaß der Zinssenkungen werden vor allem davon abhängen, in welchem Umfang das Bankensystem die verbilligten Refinanzierungskosten an Unternehmen und Haushalte weitergibt und es zu einer Rationierung des Kreditangebots kommt.

Die Lage der öffentlichen Haushalte im Euroraum hat sich im Jahr 2008 etwas verschlechtert. Die Staatsausgaben erhöhten sich – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – zwar insgesamt nur leicht, die Staatseinnahmen waren jedoch infolge des einsetzenden konjunkturellen Abschwungs rückläufig. Die Defizitquote auf aggregierter Ebene stieg von 0,6 auf rund 1,4%.

Abb. 2.13

Zyklische Komponente des BIP im Euroraum



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

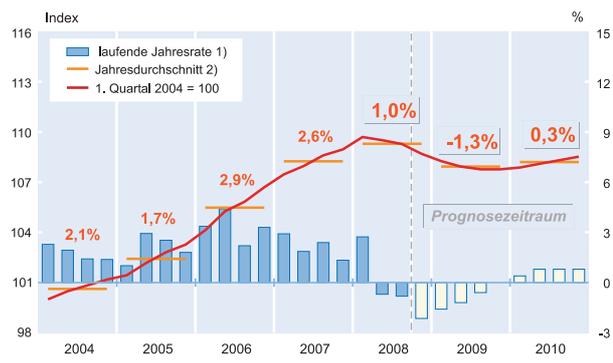
Die Finanzpolitik im Euroraum wird in den beiden kommenden Jahren stark expansiv ausgerichtet sein. Mit einem spürbaren Anstieg der Defizitquote ist in zahlreichen Ländern zu rechnen, da bereits in den vergangenen Monaten eine Reihe von die Konjunktur stützenden Maßnahmen beschlossen wurden, die neben Kreditgarantien und Steuererleichterungen auch Infrastrukturprojekte sowie Förderprogramme zur Unterstützung der Bau- und Automobilbranche vorsehen. Zudem peilt die Europäische Kommission ein milliardenschweres Konjunkturpaket an, welches sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzen soll. Diskutiert werden vorgezogene öffentliche Investitionen, eine befristete Erhöhung der Sozialtransfers, umfangreiche Garantien und Kreditsubventionen, gezielte Anreize, wie z.B. Steueranreize für energiesparende Gebäude, eine Senkung der Sozialabgaben, eine befristete Absenkung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes sowie zinsgünstige Kredite der Europäischen Investitionsbank. Angesichts der geplanten expansiven Maßnahmen dürfte sich die Defizitquote insgesamt auf etwa 3% erhöhen.

Im Euroraum wird sich die wirtschaftliche Flaute im Prognosezeitraum fortsetzen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2009 um 1,3% fallen und im Jahr 2010 um 0,3% steigen (vgl. Abb. 2.14). Der Konsum dürfte infolge der sich anbahnenden Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt nur mäßig expandieren. Die Investitionen dürften vorübergehend stark rückläufig sein, auch weil sich die Kreditkonditionen zunehmend verschärfen werden. Der Außenhandel wird einen negativen Wachstumsimpuls liefern, insbesondere weil die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung spürbar belastend wirkt (vgl. Tab. 2.3).

Die Zunahme der Preise wird sich abflachen. Die Inflationsrate dürfte im kommenden Jahr bei 1,2% und im folgenden Jahr bei 1,5% liegen. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich infolge der schwachen Konjunktur erheblich verschlechtern. Die Arbeitslosenquote dürfte 8,4% im Jahr 2009 und 9,1% im Jahr 2010 betragen.

Abb. 2.14

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

Tab. 2.3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2007	2008	2009	2010
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,0	-1,3	0,3
Privater Konsum	1,6	0,5	0,4	0,4
Öffentlicher Konsum	2,3	1,8	1,2	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	1,0	-5,5	0,5
Inländische Verwendung	2,4	0,8	-0,8	0,6
Exporte ^{a)}	5,9	3,1	-2,3	1,2
Importe ^{a)}	5,4	2,7	-1,3	1,7
Außenbeitrag ^{b)}	0,3	0,2	-0,5	-0,2
Verbraucherpreise ^{c)}	2,2	3,4	1,2	1,5
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{d)}	-0,6	-1,4	-2,7	-3,5
Leistungsbilanzsaldo	0,2	-0,3	-0,2	-0,2
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ^{e)}	7,4	7,4	8,4	9,1

^{a)} Einschließlich Intrahandel. – ^{b)} Wachstumsbeitrag. – ^{c)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{d)} Gesamtstaatlich. – ^{e)} Standardisiert.

Quelle: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des Instituts; 2008, 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Vor allem in Deutschland wird die Schwäche der Wirtschaft besonders ausgeprägt sein, da hier die Abhängigkeit der Konjunktur von der Entwicklung der Weltwirtschaft besonders hoch ist. So betrug der Wachstumsbeitrag des Außenhandels in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2007 1,1 Prozentpunkte, während er im Euroraum über den gleich Zeitraum hinweg durchschnittlich nur 0,1 Prozentpunkte erreichte. Die hohe Exportabhängigkeit Deutschlands erweist sich somit als stark belastender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung in einer weltweiten Rezession.

Frankreich

Die Wirtschaft in Frankreich hat im Sommer 2008 stagniert. Das Bruttoinlandsprodukt legte im dritten Quartal 2008 nur leicht um 0,1% zu, nachdem es im zweiten Quartal um 0,3% zurückgegangen war. Der Konsum erhöhte sich verhalten. Die Investitionen fielen hingegen erneut, wenngleich weit weniger kräftig als zuvor. Der Außenhandel lieferte einen negativen Beitrag zum Quartalswachstum (-0,1 Prozentpunkte).

Die französische Wirtschaft droht in eine Rezession abzugleiten. Die Ertragsaussichten der Unternehmen haben sich deutlich verschlechtert. Das Geschäftsklima brach im November regelrecht ein. Die Kreditvergabe der Banken gestaltete sich zuletzt zunehmend restriktiver. Die Zuversicht der Konsumenten sackte ab. Auch das ifo Wirtschaftsklima verzeichnete einen starken Rückgang, da sowohl die Lage- als auch die Erwartungskomponente nahezu kollabierten (vgl. Abb. 2.11).

Der Anstieg der Preise hat sich im Verlauf des Jahres 2008 etwas abgeschwächt. Die Inflationsrate lag im Oktober bei 3%. Die Lage am Arbeitsmarkt blieb trotz der drohenden wirtschaftlichen Krise bis zuletzt stabil. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich nur moderat. Sie betrug im Oktober 7,9%, nachdem sie im Januar bei 7,7% lag. Die Löhne legten nominal mäßig zu.

Die Finanzpolitik der Regierung war im Jahr 2008 expansiv ausgerichtet. Zwar stiegen die Staatsausgaben – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – nur leicht, die Staatseinnahmen waren jedoch auch infolge der Reform verschiedener Steuerarten – Einkommensteuer, Erbschaft- und Schenkungsteuer und Vermögensteuer – rückläufig. Die Defizitquote erhöhte sich von 2,7 auf 3%.

Die Finanzpolitik wird auch in den beiden kommenden Jahren expansiv ausgerichtet bleiben. So plant die Regierung, die Wirtschaft mit Hilfe eines umfangreichen Konjunkturpakets anzukurbeln. Das Paket umfasst Infrastrukturprojekte, wie den Aufbau der Infrastruktur für Elektroautos oder den Ausbau des Glasfasernetzes für das Internet, die Modernisierung des Bahnnetzes, Fördermaßnahmen für den Wohnungsbau sowie für die Entwicklung abgasarmer Autos und schließlich die Subventionierung des Kaufs von Kraftfahrzeugen mit geringen CO₂-Emissionen. Die Finanzierung des Konjunkturpakets dürfte zum Großteil über eine höhere Verschuldung erfolgen, da Maßnahmen zur Kürzung der Ausgaben oder zur Erhöhung der Steuereinnahmen nicht vorgesehen sind. Es ist damit zu rechnen, dass die Defizitquote in den beiden kommenden Jahren auf deutlich über 3% steigt.

In Frankreich wird die Schwäche der Wirtschaft im Prognosezeitraum anhalten. Der Anstieg des Konsums dürfte mäßig ausfallen. Die Investitionen dürften vorübergehend rückläufig sein. Auch der Außenbeitrag wird sich infolge der nachlassenden wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigsten Handelspartner kaum verbessern. Die Inflationsrate wird sich spürbar verringern. Die Arbeitslosenquote dürfte merklich steigen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 1% sinken und im Jahr 2009 um 0,3% steigen (vgl. Tab. 2.4).

Italien

Die Wirtschaft in Italien befindet sich in einer Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt ist im dritten Quartal 2008 um 0,5% geschrumpft, nachdem es im zweiten Quartal bereits um 0,4% zurückgegangen war.

Tab. 2.4
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa^{a)}

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ^{b)}			Arbeitslosenquote ^{c)} in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						2008	2009	2010
		2008	2009	2010	2008	2009	2010			
Deutschland	19,7	1,5	-2,2	-0,2	2,8	0,9	1,4	7,3	7,8	9,0
Frankreich	15,2	0,9	-1,0	0,3	3,3	1,0	1,5	7,8	8,4	9,3
Italien	12,5	-0,4	-1,5	0,2	3,6	1,3	1,3	6,8	7,8	8,2
Spanien	8,5	1,3	-1,3	0,3	4,4	1,8	1,8	10,7	14,0	14,5
Niederlande	4,6	2,2	-0,5	1,0	2,2	1,5	1,7	2,7	3,2	3,4
Belgien	2,7	1,4	-0,4	0,7	4,6	1,6	1,7	6,7	7,2	7,5
Österreich	2,2	1,7	-0,3	0,8	3,3	1,3	1,5	3,5	4,2	4,5
Griechenland	1,9	3,0	0,1	1,5	4,3	2,2	2,7	7,7	8,1	8,4
Finnland	1,5	2,2	0,0	1,3	3,9	2,0	2,1	6,4	7,0	7,1
Irland	1,5	-1,7	-1,7	1,5	3,3	1,1	1,8	5,7	7,8	7,8
Portugal	1,3	0,5	-0,6	0,5	2,8	1,2	1,5	7,5	8,6	8,9
Slowenien	0,3	4,2	1,0	1,8	6,1	2,0	2,8	4,4	5,0	5,2
Luxemburg	0,3	2,5	-0,4	1,7	4,5	1,8	2,1	4,1	4,7	4,9
Zypern	0,1	3,7	1,0	1,8	4,6	2,1	2,5	3,7	3,9	4,0
Malta	0,0	2,4	0,7	1,6	4,8	2,0	2,6	5,7	6,2	6,4
Euroraum ^{d)}	72,4	1,0	-1,3	0,3	3,4	1,2	1,5	7,4	8,4	9,1
Großbritannien	16,5	0,8	-1,5	0,3	3,7	2,1	2,2	5,5	7,2	7,5
Schweden	2,7	1,0	-0,3	1,4	3,4	1,7	1,9	6,1	6,8	7,0
Dänemark	1,9	0,2	-0,5	1,2	3,6	1,6	1,8	3,0	3,6	3,9
Polen	2,5	5,4	2,0	3,0	4,1	3,1	3,6	7,2	7,7	7,5
Tschechien	1,0	4,4	1,7	3,5	6,5	2,4	2,9	4,4	5,3	5,1
Rumänien	1,0	7,5	3,0	4,5	7,9	4,0	4,5	5,9	6,4	6,4
Ungarn	0,8	1,5	-1,0	1,0	6,3	3,6	4,0	7,8	9,0	9,5
Slowakei	0,4	7,0	3,2	4,5	4,0	2,8	3,7	10,2	11,5	11,3
Litauen	0,2	3,6	1,2	-1,0	11,4	8,5	7,7	4,7	5,9	6,7
Bulgarien	0,2	6,0	3,0	4,0	12,3	7,3	8,5	5,9	6,1	6,4
Lettland	0,2	-1,0	-3,0	1,0	16,8	12,4	11,9	6,4	8,2	8,8
Estland	0,1	-1,3	-1,9	1,2	11,1	8,8	8,3	4,1	6,5	7,0
EU-15 ^{d)}	93,0	0,9	-1,3	0,4	3,4	1,4	1,7	7,0	8,1	8,7
Osteuropäische EU-Mitgliedsländer	7,0	4,6	1,5	2,8	6,0	3,7	4,1	6,6	7,3	7,3
EU-27 ^{d)}	100,0	1,2	-1,1	0,5	3,6	1,6	1,9	6,9	7,9	8,4

a) Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – b) EU-15 Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – c) Standardisiert. – d) Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2007 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2007.

Quelle: Eurostat; IWF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2008, 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Die Eintrübung der italienischen Konjunktur ist breit angelegt. Der Konsum ist seit längerem rückläufig. Das Vertrauen der Verbraucher ist spürbar gesunken. Die Investitionen werden durch die mäßigen Ertragsaussichten der Unternehmen, verschärfte Kreditkonditionen sowie durch die schwächere Entwicklung der Bauwirtschaft, die auch unter der nachlassenden Dynamik der Immobilienpreise leidet, nachhaltig gebremst. Zudem wirkt die Flaute im Außenhandel belastend, die der starken Konkurrenz aus dem Ausland, der schlechten internationalen Wettbewerbsposition aufgrund des hohen Niveaus der Lohnstückkosten sowie der nachlassenden Nachfrage der wichtigsten Handelspartner geschuldet ist. Die Schwäche der italienischen Wirtschaft spiegelt sich auch im ifo Wirtschaftsklima wider, das zuletzt deutlich gesunken ist (vgl. Abb. 2.11).

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich seit Beginn des Jahres 2008 verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen war rück-

läufig. Die Arbeitslosenquote stieg an. Sie erhöhte sich im Juni auf 6,8%. Die Löhne legten dennoch stärker zu. Sie stiegen durchschnittlich um etwas mehr als 3%. Auch die Inflation zog deutlich an. Die Teuerungsrate erreichte im August einen Höchstwert von 4,2%, ehe sie im Oktober auf 3,6% zurückging.

Die Finanzpolitik der Regierung in Italien war im Jahr 2008 expansiv ausgerichtet. Die Staatsausgaben legten – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – spürbar zu, während die Staatseinnahmen auch aufgrund von Steuererleichterungen – insbesondere bei der Einkommen- und der Vermögensteuer – rückläufig waren. Die Defizitquote erhöhte sich von 1,6 auf etwa 2,5%.

Die Regierung hält an ihrem Plan nach wie vor fest, den öffentlichen Haushalt bis zum Jahr 2011 auszugleichen. So beabsichtigt sie, die Staatsausgaben – auch durch den Ab-

bau des Personalbestandes im öffentlichen Dienst – zurückzuführen. Allerdings kündigte sie zuletzt an, ein konjunkturelles Hilfspaket zur Ankurbelung der italienischen Wirtschaft in Höhe von rund 80 Mrd. Euro auflegen zu wollen. Das Paket sieht Investitionen in die Infrastruktur, Steuererleichterungen sowie Direkthilfen für Familien, Bauherren und Arbeitslose vor. Ferner sollen finanzielle Mittel zur Stützung des Finanzsektors bereitgestellt werden.

In Italien wird sich die markante Schwäche der Wirtschaft im Prognosezeitraum fortsetzen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 1,5% schrumpfen und im Jahr 2010 nur mäßig um 0,2% steigen.

Spanien

Das Bruttoinlandsprodukt in Spanien fiel im dritten Quartal 2008 um 0,2%, nachdem es im zweiten Quartal nur mäßig um 0,2% gestiegen war. Der Konsum brach regelrecht ein. Die Investitionen gingen merklich zurück, nachdem sie schon zuvor deutlich gesunken waren. Der Außenbeitrag fiel hingegen positiv aus, da die Exporte stiegen, während die Importe fielen.

Die Wirtschaft in Spanien gleitet in die Rezession. Die Expansion der Binnennachfrage wird vor allem durch den Einbruch am Immobilienmarkt stark belastet. Die Hauspreise sackten im Herbst, nachdem sie über einen längeren Zeitraum kräftig gestiegen waren, merklich ab. Die Schwäche des Immobilienmarktes wirkt über mehrere Transmissionskanäle dämpfend.⁹

Die Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte wird infolge sinkender Hauspreise gebremst, insbesondere weil die Schuldenlast aus Hypothekarkrediten nachhaltig ansteigt. Der Anstieg der Schuldenlast folgt zum einen aus verschärften Kreditkonditionen, da der Wert der gestellten Sicherheiten bei fallenden Hauspreisen sinkt, und zum anderen aus höheren Zinsen, da Hypothekarkredite vorwiegend zu variablen Zinskonditionen vergeben werden. Die Bereitschaft zur Kreditvergabe seitens der Banken hat sich infolge der gestiegenen Risiken bereits deutlich reduziert.

Die Entwicklung der Investitionen leidet vor allem unter dem Einbruch der Bauinvestitionen, der durch die nachlassenden Hauspreise verschärft wurde. Die Krise der Baukonjunktur spiegelt sich in der Lage am Arbeitsmarkt bereits wider, die sich deutlich verschlechtert hat. So stieg die Arbeitslosenquote im Oktober auf 11,9%, nachdem sie im Januar noch bei 9,1% lag. Auch hieraus ergeben sich negative Rückwirkungen auf den Konsum.

⁹ Vgl. K. Carstensen, O. Hülsewig und T. Wollmershäuser (2008), »Monetary Policy Transmission and House Price: European Cross-Country Evidence«, mimeo.

Die drohende Rezession zeichnete sich bereits in der Entwicklung des ifo Wirtschaftsklimas ab, das in den vergangenen Quartalen bereits mehrfach empfindlich gefallen ist (vgl. Abb. 2.11). Auch andere konjunkturelle Frühindikatoren brachen deutlich ein. Die Stimmung der spanischen Unternehmen verschlechterte sich angesichts sinkender Ertragsaussichten spürbar. Das Konsumentenvertrauen kollabierte nahezu.

Zur Abwehr der Krise richtete die Regierung ihre Finanzpolitik im Jahr 2008 zunehmend expansiv aus. Sie beschloss mehrere Maßnahmenpakete, welche Steuererleichterungen, Programme zur Förderung des Wohnungsbaus sowie die Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen vorsehen. Zudem legte sie eine Erhöhung der Investitionen in öffentliche Projekte, Unterstützungsmaßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Automobilssektors und höhere Ausgaben für den Umweltschutz sowie für Forschung und Entwicklung fest. Der Saldo im Haushalt fiel im laufenden Jahr defizitär aus, nachdem im vergangenen Jahr noch ein Überschuss erzielt wurde. Die Defizitquote lag bei – 1,6%.

Die Finanzpolitik wird auch in den kommenden Jahren expansiv ausgerichtet bleiben. Die Staatsausgaben dürften – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – steigen, während die Staatseinnahmen infolge steuerlicher Mindereinnahmen angesichts der wirtschaftlichen Krise rückläufig sein werden. Die Defizitquote dürfte sich insgesamt auf über 3% erhöhen.

Die Wirtschaft in Spanien wird im Prognosezeitraum zunächst stark schrumpfen. Mit einer raschen Bewältigung der Krise ist nicht zu rechnen. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2009 um 1,3% sinken und 2010 nur mäßig um 0,3% steigen.

Großbritannien

Die wirtschaftliche Lage in Großbritannien kühlte sich im Herbst 2008 drastisch ab. Das Bruttoinlandsprodukt fiel im dritten Quartal um 0,5%, nachdem es im zweiten Quartal stagnierte. Der Konsum war leicht rückläufig. Die Investitionen brachen ein. Auch der Saldo im Außenhandel verringerte sich, da die Exporte fielen, während die Importe – zumindest verhalten – stiegen.

Die Wirtschaft in Großbritannien befindet sich in einer schweren Krise. Die Ertragsaussichten der Unternehmen haben sich massiv verschlechtert. Die Zuversicht in den Umfragen nahm bedrohlich ab. Auch die Zurückhaltung der Verbraucher ist belastend. Das Sachvermögen hat sich aufgrund des Einbruchs der Immobilienpreise spürbar verringert. Die Sorge vor einer Zunahme der Arbeitslosigkeit wirkt zunehmend bedrückend. Zudem leiden die Banken unter den negativen Auswirkungen der Turbulenzen auf den Finanzmärkten.

ten, die unvermindert andauern. Die Zunahme der Kreditvergabe hat sich abgeflacht, nicht zuletzt auch weil sich die Risiken erhöhten. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen legte deutlich zu; die Kreditzinsen sind, wie auch die Zinsen auf Unternehmensanleihen, stark gestiegen. Die Bewilligungen von Hypothekenkrediten haben sich, auch infolge der kräftigen Korrektur am Immobilienmarkt, verringert. Zudem ist die Versorgung mit kurzfristiger Liquidität am Interbankenmarkt nach wie vor gestört.

Mittlerweile ist das Ausmaß der wirtschaftlichen Krise auch in der Industrie ersichtlich, die lange als unempfindlich gegenüber der Schwäche im Dienstleistungs- und Wohnungsbausektor galt. Die Produktion ist rückläufig. Die Auftrags-eingänge sind kontinuierlich abgesackt. Die Entwicklung des ifo Wirtschaftsklimas verdeutlicht, dass die rückläufige Tendenz der wirtschaftlichen Aktivität nachhaltig sein dürfte (vgl. Abb. 2.11). Der Indikator fiel zuletzt auf den niedrigsten Wert seit 1990.

Die Bank of England hat ihren geldpolitischen Kurs im Verlauf des Jahres 2008 zunehmend expansiv gestaltet. Sie senkte ihren Leitzins infolge der wirtschaftlichen Flaute mehrfach. Im Dezember lag der Leitzins bei 2%, dem niedrigsten Wert seit 1939, während er im Januar noch 5,5% betragen hatte. Die Inflation beschleunigte sich gleichzeitig empfindlich. Die Inflationsrate stieg – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex – im September auf 5,2%, nachdem sie im Januar noch bei 2,2% lag. Auch die Kerninflation erhöhte sich deutlich; sie erreichte im September 2,7%. Zudem wurden die Inflationserwartungen kräftig nach oben revidiert; in den Umfragen seitens der Notenbank stiegen sie zuletzt auf 4,4%. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich seit Beginn des Jahres 2008 verschlechtert. Zwar legte die Zahl der Erwerbstätigen etwas zu. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich jedoch merklich. Sie zog im August auf 5,7% an, nach 5,1% im Januar. Die Erhöhung der Nominallöhne blieb verhalten.

Die Regierung in Großbritannien hat ihre Fiskalpolitik im Jahr 2008 expansiv ausgerichtet. Die Staatsausgaben wurden kräftig erhöht, während die Staatseinnahmen konjunkturell bedingt deutlich schwächer zulegten. Die Defizitquote stieg von 2,8 auf rund 3,5%. Der Schuldenstand nahm relativ zum Bruttoinlandsprodukt spürbar zu.

Trotz der angespannten Haushaltslage beschloss die Regierung Brown, den Finanzsektor mit einem Rettungspaket in Höhe von mindestens 65 Mrd. Euro zu unterstützen. Zudem kündigte sie massive Maßnahmen zur Ankurbelung der angeschlagenen Wirtschaft an. So sind vorgezogene Ausgaben für den Straßenbau, für Schulen und neue Sozialwohnungen sowie Investitionen in die Energieeffizienz vorgesehen. Zudem wurde der Mehrwertsteuersatz zeitlich befristet von 17,5 auf 15% gesenkt. Zur Finanzierung der steigen-

den Staatsausgaben über eine höhere Neuverschuldung soll das Haushaltsgesetz, nach dem die Verschuldung unter 40% des Bruttoinlandsprodukts liegen sollte, gelockert werden. Die Defizitquote dürfte angesichts der bevorstehenden massiven Ausweitung der Neuverschuldung in den kommenden Jahren sehr kräftig ansteigen. Insgesamt dürfte sie bei deutlich über 6% liegen.

Die Dauer der wirtschaftlichen Krise in Großbritannien wird im Prognosezeitraum anhalten. Mit einer raschen Erholung ist nicht zu rechnen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2009 um 1,5% zurückgehen, ehe es im Jahr 2010 verhalten um 0,3% steigt. Der Anstieg der Preise wird sich abflachen. Die Arbeitslosenquote wird sich spürbar erhöhen.

Osteuropäische Mitgliedsländer der EU

In den osteuropäischen Mitgliedsländern der EU hat sich die wirtschaftliche Expansion im ersten Halbjahr 2008 etwas verlangsamt. Das Bruttoinlandsprodukt legte gegenüber dem Vorjahr um rund 5,5% zu. Der Konsum erhöhte sich lebhaft. Vor allem in Polen, Tschechien und der Slowakei stieg er beschleunigt. Auch die Investitionen expandierten in Polen und der Slowakei solide, während sie in Ungarn rückläufig waren. Der Saldo im Außenhandel verschlechterte sich hingegen insgesamt leicht.

Die Zentralbanken in den großen Ländern der Region richteten ihren geldpolitischen Kurs im Verlauf des Jahres 2008 unterschiedlich aus. In Polen wurde der Leitzins zunächst in mehreren Schritten von 5,25% auf 6% erhöht und schließlich auf 5,75% gesenkt. Auch in Tschechien stieg der Leitzins zunächst an, ehe er reduziert wurde; zuletzt lag er bei 2,75%. In Ungarn dagegen wurden die Zinsen kräftig angehoben, um den fortwährenden Attacken von Wechselkurs-Spekulanten auf den Forint entgegenzuwirken. Die Inflation in den einzelnen Ländern entwickelte sich seit Jahresbeginn uneinheitlich. Während die Inflationsraten in Polen und Tschechien von einem höheren Niveau aus stetig rückläufig waren, zog die Inflationsrate in der Slowakei spürbar an. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich insgesamt leicht verbessert. In Polen, Tschechien und Bulgarien sind die Arbeitslosenquoten gesunken; in Rumänien reduzierte sie sich leicht. In der Slowakei und Ungarn blieben die Arbeitslosenquoten hingegen nahezu unverändert hoch.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den osteuropäischen Mitgliedsländern der EU wird sich im Prognosezeitraum spürbar abkühlen, aber dennoch aufwärtsgerichtet bleiben. Die Verlangsamung deutet sich in der Entwicklung des ifo Wirtschaftsklimas für die Region an, das sich in den vergangenen Quartalen verschlechtert hat (vgl. Abb. 2.11). Eine rückläufige Produktion kann daraus aber nicht abgeleitet werden.

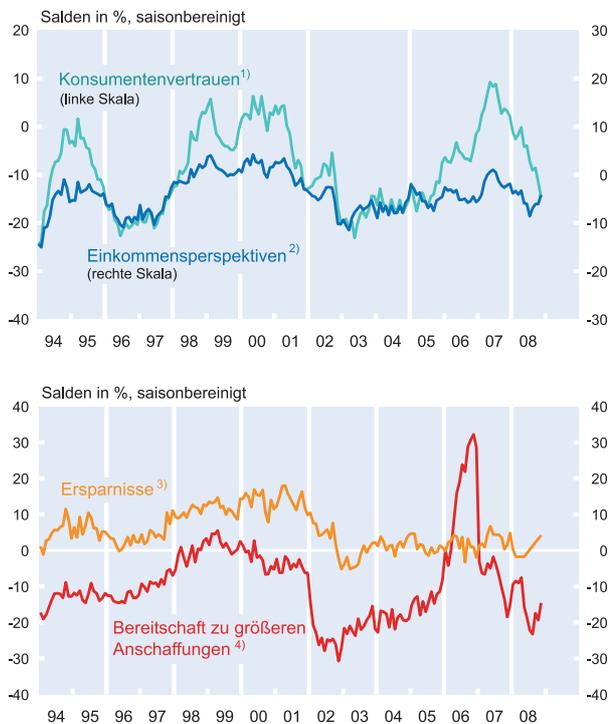
Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Region im Jahr 2009 um 1,5% und im Jahr 2010 um 2,8% steigen. Vor allem die Binnennachfrage dürfte weiterhin robust expandieren. Der Saldo im Außenhandel dürfte sich dagegen auch aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche im Euroraum verschlechtern. Der Anstieg der Preise wird sich abflachen. Die Arbeitslosenquoten werden insgesamt etwas zulegen.

3. Deutschland

Die Konjunktur in Deutschland ist seit der Jahresmitte 2008 deutlich abwärts gerichtet. In der ersten Jahreshälfte hatte die Wirtschaft noch einmal ein kräftiges Zwischenhoch durchlaufen; der Produktionszuwachs belief sich – auch von günstiger Witterung beeinflusst – saison- und kalenderbereinigt auf 2,7% (Ifd. Jahresrate). Seit dem Sommer kam dann aber die massive Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds mehr und mehr zur Wirkung; zudem verschärfte sich die Finanzkrise außerordentlich. Die Wertschöpfung in Deutschland ist im dritten Vierteljahr erstmals deutlich gesunken. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad – zieht man die Ifo Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe als Proxy heran – lag dabei aber immer noch deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Auch die Arbeitsmarktentwicklung blieb bis zuletzt außerordentlich robust. Hierzu trugen die flexible Inanspruchnahme von Leiharbeit und der Ausgleich von Arbeitszeitkonten bei. Allerdings hat inzwischen das Stellenangebot abgenommen, und die Meldungen für Kurzarbeit sind spürbar gestiegen.

Die konjunkturelle Abschwächung machte sich zuallererst bei den **Exporten** bemerkbar; diese sanken bereits seit dem Frühjahr spürbar. Im Jahresdurchschnitt 2008 dürfte sich aufgrund des großen Überhangs aber noch ein merklicher Anstieg ergeben haben. Die deutsche Wirtschaft ist von der internationalen Konjunkturschwäche besonders betroffen, weil vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern zurückgeht, die im deutschen Exportsortiment dominant sind. Die **Ausrüstungsinvestitionen** sind inzwischen ebenfalls rückläufig, das Vorjahresergebnis dürfte aber auch hier noch deutlich übertroffen worden sein. Der **private Konsum** trat im Jahresdurchschnitt 2008 auf der Stelle; der bis zum Herbst andauernde Höhenflug der Energie- und Kraftstoffpreise sowie die Teuerung bei Nahrungsmitteln schmälerten per saldo die Kaufkraft. Die Konsumentenstimmung hat sich das ganze Jahr hindurch massiv verschlechtert – und das bei weiter steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit. Die Bereitschaft der Verbraucher, größere Anschaffungen zu tätigen, war zuletzt nicht höher als zu Beginn des Aufschwungs im Jahr 2005. Gleichzeitig stieg die Neigung, Ersparnisse zu bilden (vgl. Abb. 3.1). Die Sparquote der privaten Haushalte ist gegenwärtig deutlich höher als ein Jahr zuvor.

Abb. 3.1
Indikatoren zur Konsumkonjunktur



1) Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden 12 Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden 12 Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden 12 Monaten).
2) Finanzielle Lage in den kommenden 12 Monaten.- 3) In den kommenden 12 Monaten.
4) Gegenwärtig.

Quelle: Europäische Kommission, November 2008.

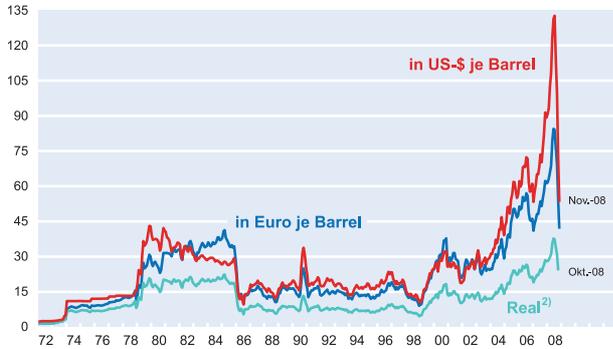
Die **Realeinkommensentwicklung** im Inland wurde im Verlauf des Jahres 2008 in beträchtlichem Ausmaß von der Berg- und Talfahrt der Ölpreise beeinflusst. Die Notierungen für Rohöl stiegen in den ersten sieben Monaten von knapp 95 US-Dollar je Barrel Brent auf Spitzenwerte bis zu 150 US-Dollar; in den Herbstmonaten fiel der Ölpreis dann im Gefolge der weltweiten Nachfrageschwäche wieder auf die 50-Dollarmarke (vgl. Abb. 3.2). Gemittelt über das ganze Jahr war der Rohölpreis auf Dollar-Basis um rund ein Drittel höher als 2007, was im Inland entsprechend Kaufkraft kostete. Der Realeinkommensverlust zugunsten des Auslands, und hier insbesondere zugunsten der ölexportierenden Länder, belief sich im Jahresdurchschnitt 2008 auf reichlich 1/2 Prozentpunkt des BIP; im vergangenen Jahr hatte sich hier aus Sicht des Inlands noch ein leichtes Plus ergeben (+ 0,2%).¹⁰

Die Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden Quartal erfolgt auf der Basis der amtlichen Früh-

¹⁰ Die Änderung des inländischen Realeinkommens aufgrund einer Änderung der Terms of Trade wird durch die Differenz zwischen der Veränderungsrate des realen BIP und der Veränderungsrate des Realwerts des BIP gemessen (nominales BIP deflationiert mit dem Preisindex für die inländische Verwendung). Zum Terms-of-Trade-Effekt vgl. W. Nierhaus (2000), »Realeinkommen im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen«, *ifo Schnelldienst* 53(4), 7–13.

Abb. 3.2

Nominaler und realer Rohölpreis¹⁾
in US-\$ bzw. in Euro je Barrel



1) Durchschnitt aus Brent, Dubai und WTI (-2) Rohölpreis in Euro deflationiert mit dem Preisindex deutscher Exporte (1972 = 100); ab 1991 einschließlich neue Bundesländer und Berlin-Ost.

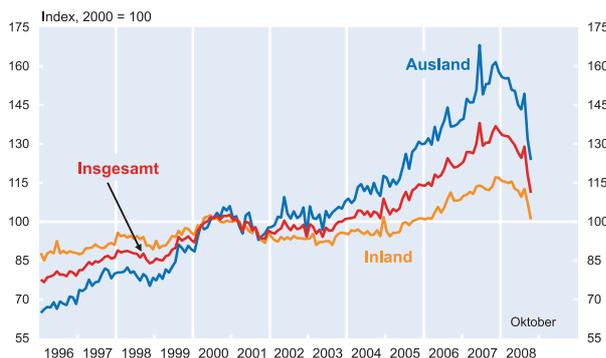
Quelle: HWWI; Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

indikatoren und der Ergebnisse des ifo Konjunkturtests. Der **Auftragseingang** ist im Oktober gegenüber September saisonbereinigt um 6,1% gesunken, nachdem er zuvor schon um 8,3% zurückgegangen war (vgl. Abb. 3.3). Im konjunkturell aussagekräftigeren, weil durch Sondereffekte weniger beeinflussten Zweimonatsvergleich (September/Oktober gegenüber Juli/August) ist die **Ordertätigkeit** zuletzt geradezu eingebrochen (-9,5%). Am stärksten betroffen waren die Hersteller von Investitionsgütern (-12,5%); bei den Vorleistungsproduzenten belief sich das Minus auf 7,5%. Die **Ordertätigkeit** bei den Herstellern von Konsumgütern sank dagegen nur um 2,0%. Während die **Inlandsbestellungen** im Zweimonatsdurchschnitt lediglich um 6,3% zurückgingen, sanken die **Auftragseingänge** aus dem Ausland sogar um 12,6%.

Parallel zur stark rückläufigen Bestelltätigkeit ist auch die **Industrieproduktion** im Oktober 2008 weiter deutlich gesunken; saison- und preisbereinigt beläuft sich der Rückgang auf 2,2%. Im September war die Produktion bereits um 3,3% geschrumpft. Im weniger schwankungsanfälligen Zweimonatsvergleich nahm die Erzeugung zuletzt um 3,1%

Abb. 3.3

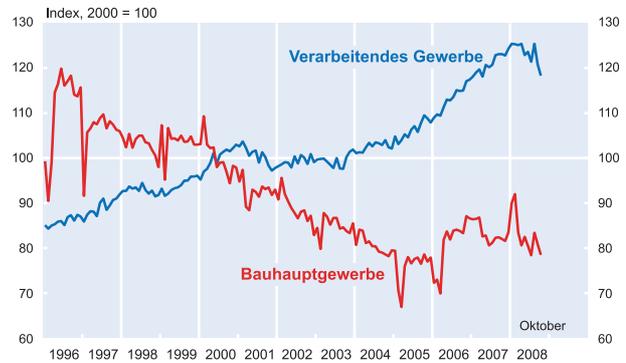
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
(Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

Abb. 3.4

Produktion im verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank.

ab. Besonders scharf wurde die Produktion bei den Herstellern von Vorleistungsgütern heruntergefahren (-4,3%). Bei den Investitionsgüterproduzenten wurde ein Minus von 2,9% verzeichnet und bei den Herstellern von Konsumgütern eine Reduktion um 0,9%. Alles in allem lag die **Industrieproduktion** im Oktober um 3,5% unter dem Durchschnittswert des dritten Quartals.

Auf einen weiteren Rückgang der **Industrieproduktion** deuten auch die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests hin. Das **Geschäftsklima** für das verarbeitende Gewerbe (einschließlich Ernährungsgewerbe) hat sich im November weiter beträchtlich abgekühlt. Die Unternehmen berichten von einer klar ungünstigeren Geschäftssituation. Hinsichtlich der **Geschäftsentwicklung** im kommenden halben Jahr sind sie zum wiederholten Male merklich skeptischer. Das **Exportgeschäft** wird sich ihrer Ansicht nach beschleunigt abschwächen, den **Personalbestand** wollen sie reduzieren (vgl. Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen).

Im **Bauhauptgewerbe** hat sich die Produktion im Oktober ebenfalls stark abgeschwächt, saison- und kalenderbereinigt belief sich der Rückgang auf 3,0%. Im Vergleich der Monate September/Oktober gegenüber Juli/August wurde die **Bautätigkeit** um 1,5% eingeschränkt. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich das **Geschäftsklima** in der Bauwirtschaft im November allerdings nur noch wenig verschlechtert. Die momentane Geschäftslage bewerten die Unternehmen geringfügig ungünstiger als im Oktober, ihre **Perspektiven** beurteilen sie etwas zurückhaltender.

Die aktuelle Entwicklung im **Handel** zeigt dagegen eine gewisse Stabilisierung. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind im **Großhandel** die realen Umsätze im Zweimonatsdurchschnitt September/Oktober gegenüber Juli/August saison- und kalenderbereinigt um 1,2% gestiegen. Dem ifo Konjunkturtest zufolge wird die Beurteilung der Geschäfts-

Kasten
Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

Das ifo Geschäftsklima^{a)} ist der Mittelwert aus den Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate« Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem Vier-Quadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Konjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen »gut« bzw. »schlecht«) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen »günstiger« bzw. »ungünstiger«). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 3.5).

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftsaussichten und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

^{a)} Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = [(GL + 200)(GE + 200)]^{1/2} - 200$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

lage im November allerdings deutlich negativer gesehen. Auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung im kommenden halben Jahr sind die Großhändler zurückhaltender. Im Einzelhandel (einschließlich Kfz und Tankstellen) sind die realen Umsätze im Zweimonatsvergleich saison- und kalenderbereinigt zuletzt dagegen schätzungsweise um 0,3% gesunken. Der Durchschnittswert des dritten Quartals wurde um 0,1% marginal übertroffen. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests waren die befragten Einzelhändler im November mit ihrer augenblicklichen Geschäftslage etwas unzufriedener als im Vormonat. Zudem wird mit einer deutlich negativeren Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten gerechnet. Alles in allem ist das Verbraucherver-

trauen im Zuge der Zuspitzung der Finanzkrise stark angeschlagen.

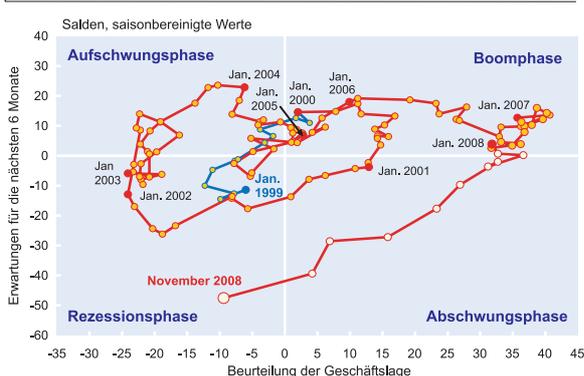
Insgesamt sprechen die verfügbaren Konjunkturindikatoren dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt im Jahresendquartal 2008 stark beschleunigt gesunken ist; die laufende Jahresrate dürfte $-3\frac{1}{2}\%$ betragen haben. Den vergleichbaren Vorjahresstand unterschritt die Produktion um 0,4% (kalenderbereinigt: $-0,5\%$). Zugleich ist der Auslastungsgrad im Verlauf des vierten Quartals unter den langjährigen Durchschnittswert gefallen. Die deutsche Wirtschaft ist damit in der Rezession.

Besonders stark betroffen ist das verarbeitende Gewerbe. Hier ist es im Gefolge der wegbrechenden Nachfrage aus dem In- und Ausland zu einem besonders kräftigen Minus gekommen. Bei Pkw-Herstellern gab es bereits Produktionsstilllegungen und bei Zulieferern Kurzarbeit (vgl. Exkurs: Zur Bedeutung der Automobilindustrie für die deutsche Konjunktur). Geringere Probleme zeigen sich

– den aktuellen Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zur aktuellen Geschäftslage zufolge – noch im Baugewerbe und im Einzelhandel. Im Jahresdurchschnitt 2008 hat das reale Bruttoinlandsprodukt noch um 1,5% expandiert, nach 2,5% im Vorjahr (vgl. Tab. 3.1). Allerdings gab es in diesem Jahr eine größere Zahl von Arbeitstagen als 2007, nach Ausschaltung dieser Kalenderschwankung beläuft sich die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts 2008 nur auf 1,2%.¹¹

Im kommenden Jahr stehen die Konjunkturampeln auf rot. Die deutsche Wirtschaft, die zuvor aufgrund ihrer außenwirtschaftlichen Ausrichtung in besonderem Maße von dem kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwung profitiert hat, gerät nun umgekehrt in besonderem Maße in den Abwärtssog, den die Finanzkrise weltweit auslöst. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird daher kräftig weiter sinken. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttoinlandsprodukt dem Ursprungswert nach wie auch kalenderbereinigt um 2,2% abnehmen (vgl. Abb. 3.6). Im Gefolge der Weltrezession werden die Exporte drastisch zurückgeschraubt. Die Investitionen in Ausrüstungen werden bei sinkender Kapazitätsauslastung, einbrechenden Ertragsaussichten und restriktiven Finanzierungsbedingungen scharf zurückgefahren werden. Auch der Bau rutscht mit Ausnahme des öffentlichen

Abb. 3.5
 ifo Konjunktur-Uhr¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe; Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.
 Quelle: ifo Konjunkturtest, Deutschland.

¹¹ Nach dem hier verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der größeren Zahl von Arbeitstagen im Jahr 2008 ein positiver Impuls auf das reale BIP von 0,3 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des BIP kann der kalendarische Einfluss größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner (privater und öffentlicher Konsum) sein.

Tab. 3.1
Zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2006	2007	2008 ^{a)}	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}
Statistischer Überhang ^{b)}	0,6	1,5	0,6	- 1,0	- 0,4
Jahresverlaufsrate ^{c)}	4,1	1,7	- 0,5	- 1,6	0,3
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	3,2	2,6	1,2	- 2,2	- 0,3
Kalendereffekt ^{d)}	- 0,2	- 0,1	0,3	0,0	0,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung	3,0	2,5	1,5	- 2,2	- 0,2

a) Schätzungen des ifo Instituts. – b) Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum saison- und kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – c) Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – d) In Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2008, 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Nichtwohnungsbaus ins Minus. Der private Konsum dürfte trotz steigender realer Durchschnittslöhne nur wenig vorkommen. Ausschlaggebend ist der deutliche Rückgang der Beschäftigung, zudem bleibt die Sparquote angesichts der Finanz- und Vertrauenskrise hoch.

Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2009 rund 1% betragen; in einzelnen Monaten werden die Raten sogar merklich unter dieser Marke liegen. Das staatliche Budget wird 2009 wieder deutlich ins Defizit gehen; die Einnahmensituation verschlechtert sich konjunkturbedingt, und zugleich steigen die Ausgaben wegen höherer Sozialleistungen beschleunigt. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ist der Finanzierungssaldo des Staates auf - 1,4% zu veranschlagen, nach einem marginalen Budgetüberschuss im laufenden Jahr (+ 0,1%).

Erst im Jahr 2010 ist mit dem allmählichen Abebben der Finanzkrise und der leichten Besserung des internationalen Umfelds eine Stabilisierung zu erwarten. Aufgrund des Unterhangs wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2010 jedoch immer noch um 0,2% sinken,

kalenderbereinigt um 0,3%. Bei alledem wird die Produktionslücke – bei einer auf 1 1/2% zu veranschlagenden Potentialrate – weiter zurückgehen (vgl. Abb. 3.7).

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekanntere Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit einschließen. Zur Berechnung der konkreten Intervalle für das Jahr 2009 werden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1990 bis 2007 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, ± 0,8 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktschätzung für die Zuwachsrates des BIP von - 2,2% reicht das Intervall von - 1,4 bis - 3,0% (vgl. Abb. 3.8). Die Punktprognose von - 2,2% stellt dabei den mittleren Wert dar, der bei Würdigung aller Fakten am ehesten erwartet werden kann. Das allgemeine Prognoserisiko wird derzeit überlagert von speziellen Abwärtsrisiken, die sich aus der weltweiten Finanzkrise ergeben.

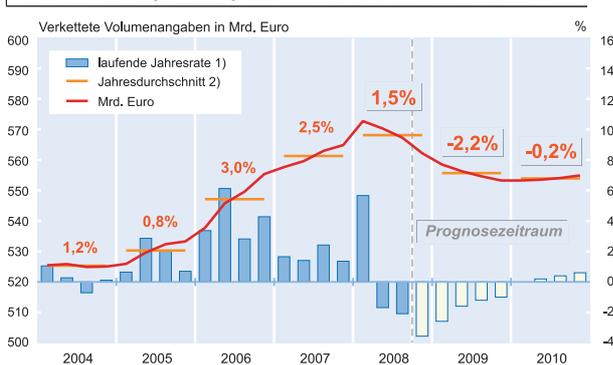
Gleichwohl gibt es auch *Aufwärtsrisiken*: So ist zum Prognosezeitpunkt noch unbekannt, ob und in welchem finanziellen Umfang weitere Konjunkturprogramme in Deutschland aufgelegt werden. Zudem könnte sich die Bankenkrise schneller als erwartet auflösen, auch aufgrund weiterer staatlicher Interventionen, z.B. am Interbankenmarkt. Dann könnte sich die Kreditvergabe weniger restriktiv entwickeln als unterstellt, und die Zinssenkungen der EZB würden voll auf die Kreditzinsen durchschlagen.

Die Automobilindustrie (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) ist wegen ihrer Größe von besonderer Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen rangiert sie mit einer Belegschaft von 761 700 Personen (2007, Statistik der Betriebe) auf Platz Nummer 2 in der Rangfolge der deutschen Industriegruppen (nach dem Maschinenbau mit 883 600 Beschäftigten).¹² Bezogen auf den Umsatz ist sie sogar mit deutlichem Ab-

Exkurs: Zur Bedeutung der Automobilindustrie für die deutsche Konjunktur

Die Automobilindustrie (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) ist wegen ihrer Größe von besonderer Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen rangiert sie mit einer Belegschaft von 761 700 Personen (2007, Statistik der Betriebe) auf Platz Nummer 2 in der Rangfolge der deutschen Industriegruppen (nach dem Maschinenbau mit 883 600 Beschäftigten).¹² Bezogen auf den Umsatz ist sie sogar mit deutlichem Ab-

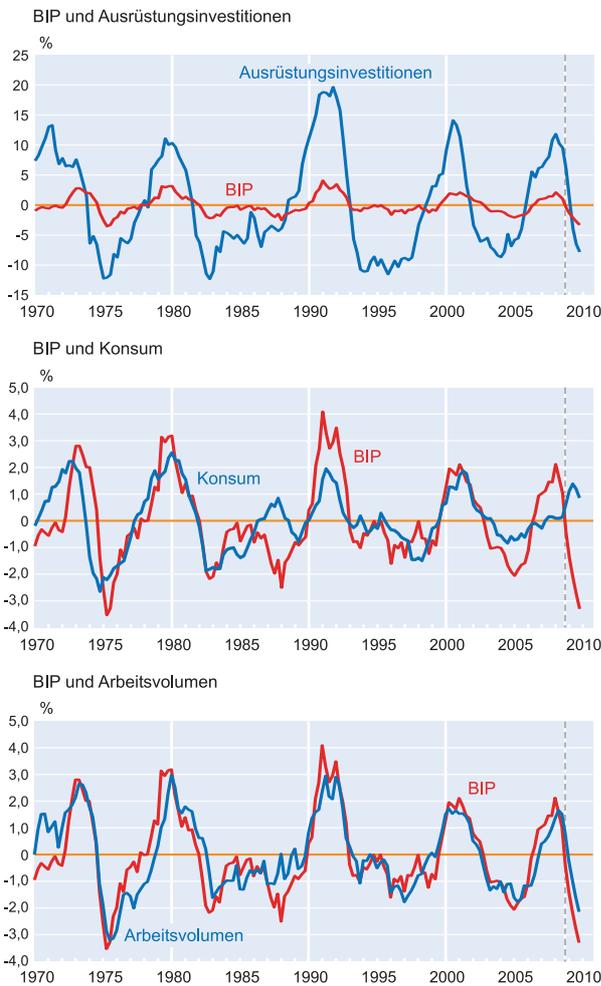
Abb. 3.6
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

¹² Je nach Zuordnungssystematik gibt es in der amtlichen Statistik des verarbeitenden Gewerbes unterschiedliche Angaben für die jeweils erhobenen statistischen Variablen: Für die schwerpunktmäßige Zuordnung nach fachlichen Betriebsteilen weist das Statistische Bundesamt 732 800 Beschäftigte für die Automobilindustrie im Jahr 2007 aus, in der Zuordnung nach Unternehmen sind es 832 900 (Angaben nach VDA, Tatsachen und Zahlen 2008). Für 2006 werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 836 000 Erwerbstätige und 833 000 Arbeitnehmer genannt.

Abb. 3.7
Zyklische Komponenten des BIP, der Ausrüstungsinvestitionen, des Konsums und des Arbeitsvolumens



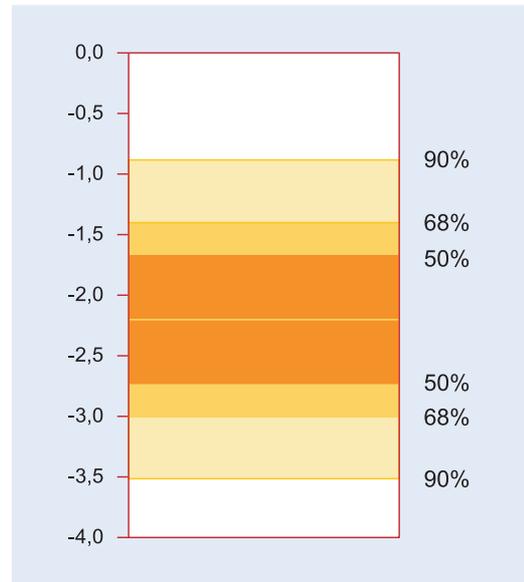
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

stand die Nummer 1 (334,2 Mrd. Euro). Die Anteile der Automobilindustrie am verarbeitenden Gewerbe insgesamt lagen 2007 bei 14,5% (Beschäftigte) bzw. 21,3% (Umsatz).¹³

Die Relevanz der Branche für die deutsche Konjunkturerwicklung wird auch anhand weiterer Merkmale deutlich. Erstens ist die Automobilindustrie durch eine ungewöhnlich hohe Exportquote gekennzeichnet. Lag der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im verarbeitenden Gewerbe insgesamt 2007 bei 45,1%, so waren es in der Automobilindustrie 61,8%. Das ist der höchste Exportanteil

¹³ Sachlich falsch ist allerdings die häufig bemühte saloppe Formulierung: »Jeder Siebte lebt von der Autoindustrie«. An der Gesamtwirtschaft hat die Automobilindustrie nur einen Beschäftigungsanteil von 2,1%. Selbst wenn man diese Größe wegen der vielschichtigen Wirkungen auf die diversen Vorleistungsstufen verdreifacht ansetzt – der inverse Koeffizient für die inländische Produktion lag in den Input-Output-Tabellen von 2005 bei 1,97 (alle Gütergruppen) – so sind bestenfalls 6,5% der Beschäftigten der Gesamtwirtschaft von der Produktion der Automobilindustrie abhängig. Das wäre dann jeder Fünfzehnte.

Abb. 3.8
Prognoseintervall für die Abnahme des Bruttoinlandsprodukts 2009



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

aller Industriegruppen. Im Teilbereich »Kraftwagenbau« entfielen sogar 68,1% des Umsatzes auf das Auslandsgeschäft. Der Außenhandelsüberschuss mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen machte dabei 105,2 Mrd. Euro aus, mehr als die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Saldos (195,3 Mrd. Euro). Daher geht der sich abzeichnende Produktionseinbruch in der Automobilbranche mit einem dramatischen Rückgang der deutschen Nettoexporte einher.

Zweitens bildete die Automobilindustrie in den letzten zwölf Jahren einen der wichtigsten Wachstumsträger der deutschen Wirtschaft. Bedingt durch eine sehr dynamische Exportentwicklung und einen starken Anstieg des realen Stückwerts der Fahrzeuge (Qualitätskomponente) kam es zu einem weit überdurchschnittlichen Umsatzwachstum im Zeitraum von 1995 bis 2007: Während das verarbeitende Gewerbe insgesamt um 4,0% pro Jahr expandierte, nahm der nominale Umsatz der Automobilindustrie um 8% p.a. zu.

Schließlich ist die Automobilindustrie weit überdurchschnittlich mit anderen Teilen des verarbeitenden Gewerbes und den übrigen Wirtschaftsbereichen vernetzt. Nach den Daten der amtlichen Input-Output-Tabellen von 2005 liegt die Wertschöpfungsquote – also der Anteil der Eigenleistung am Output – in der Automobilindustrie nur bei 19,9%. Rund vier Fünftel der automobilen Bruttoleistung wird also von anderen Wirtschaftseinheiten beigesteuert (einschließlich der sektorinternen Vernetzungen). Auch wenn davon wiederum rund ein Viertel (2005: 24,3%) auf Leistungen aus dem

Kasten**Annahmen der Prognose**

- Der Welthandel steigt im Jahr 2009 um 0,5% und im Jahr 2010 um 1,5%, nach 2,2% im laufenden Jahr.
- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum rund 50 US-Dollar pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010 bei 1,30 Dollar je Euro.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) schleust die Leitzinsen im Prognosezeitraum bis auf 1% herunter.
- Die tariflichen Stundenlöhne steigen im nächsten Jahr im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 2,6% und um ½% im Jahr 2010.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird wie beschlossen umgesetzt. Weitere stimulierende Maßnahmen, die gegenwärtig in der Öffentlichkeit diskutiert werden, sind in diese Prognose nicht eingestellt.

Ausland entfällt, so trägt die Automobilindustrie doch einen erheblichen Beitrag zum Auftragsvolumen der anderen Industrie- und sonstigen Wirtschaftsbereiche in Deutschland bei (2005: 82,9 Mrd. Euro, davon 42,4 Mrd. Euro beim verarbeitenden Gewerbe, 37,6 Mrd. Euro bei Dienstleistungen und 2,5 Mrd. Euro bei anderen Wirtschaftszweigen wie Energiewirtschaft, Baugewerbe usw.). Die wichtigsten inländischen Lieferbranchen für die Automobilindustrie sind in Tab. 3.4 angegeben. Hinzu kommen die hier nicht erfassten Bezüge von Investitionsgütern.

Konjunkturell erreichte die deutsche Automobilindustrie in den Herbstmonaten des Jahres 2007 den Höhepunkt des derzeitigen Zyklus. Bereits im ersten Quartal dieses Jahres, also schon deutlich vor dem massiven Ausbruch der weltweiten Finanzmarkturbulenzen, setzte dann ein heftiger und

stetiger Abschwung ein, der sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage betrifft. So sank der Auftragseingang der deutschen Automobilindustrie vom November 2007 bis September 2008 saisonbereinigt um 12,0%. Da das Produktionsvolumen im gleichen Zeitraum nur um 3,1% zurückgegangen wurde, kann es nicht überraschen, dass sich die Branche kurzfristig zu Anpassungsmaßnahmen des Produktionsvolumens in Form verlängerter Werksferien zur Jahreswende gezwungen sieht. Ein Ende der Talfahrt ist vorerst nicht in Sicht. Aus den vorgenannten Gründen wird die Schwäche der

Automobilindustrie erhebliche Konsequenzen für die verbundenen Branchen und damit für die deutschen Konjunkturperspektiven insgesamt haben.

Das Image der Branche wird durch die weltweit operierenden oder vernetzten großen Automobilproduzenten geprägt. Sechs von ihnen können als unabhängig europäisch determinierte Unternehmen charakterisiert werden. Das sind in alphabetischer Reihenfolge: BMW, Daimler, Fiat, Renault, PSA und Volkswagen.¹⁴ Drei davon haben ihren Firmensitz in Deutschland. Hinzu kommen die europäischen Subsidiaries der beiden US-amerikanischen Giganten General Motors (GM Europe) und Ford (Ford Europe) mit ihren deutschen Töchtern Opel und Fordwerke. Alle diese Hersteller sind – ebenso wie ihre japanischen Konkurrenten – global ausgerichtet und durch weltweit vernetzte Konzernstrukturen geprägt, wobei sich die internationale Arbeitsteilung innerhalb der Konzerne und die Konzentration bestimmter Funktionen in regionalen Schwerpunkten durchaus recht unterschiedlich darstellen.

Die vernetzten Konzernstrukturen und die konjunkturelle Bedeutung der Automobilindustrie bergen in der aktuellen Krisensituation eine besondere politische Brisanz. Der weltweite Einbruch der Nachfrage nach Personenkraftwagen, der in den USA mit einem Minus der Verkäufe von 12,0% im zweiten und 18,2% im dritten Quartal 2008¹⁵ recht heftig ausfiel, führte zu einer drastischen Verschärfung der schon längere Zeit schwelenden Krise der drei US-amerikanischen Hersteller General Motors (GM), Ford und Chrysler. Insbesondere GM werden akute Liquiditätsprobleme nachgesagt, die schon kurz-

Tab. 3.2
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2006	2007	2008 ^{a)}	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{b)}				
Private Konsumausgaben	1,0	-0,4	-0,1	0,6	0,0
Konsumausgaben des Staates	0,6	2,2	2,5	2,0	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	7,7	4,3	4,6	-4,9	-0,1
Ausrüstungen	11,1	6,9	5,6	-10,0	-1,4
Bauten	5,0	1,8	3,7	-1,6	0,8
Sonstige Anlagen	8,0	8,0	6,3	2,5	0,9
Inländische Verwendung	2,1	1,1	1,6	-0,1	0,4
Exporte	12,7	7,5	4,0	-5,7	0,5
Importe	11,9	5,0	4,6	-1,3	1,9
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,5	1,5	-2,2	-0,2
Erwerbstätige ^{c)} (1 000 Personen)	39 097	39 768	40 337	40 018	39 433
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 487	3 776	3 266	3 471	3 971
Arbeitslosenquote ^{d)} (in %)	10,3	8,7	7,5	8,0	9,2
Verbraucherpreise ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	2,3	2,6	0,9	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)} in Mrd. Euro	-35,9	-4,2	1,8	-34,1	-72,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-1,5	-0,2	0,1	-1,4	-2,9

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Preisbereinigte Angaben. – ^{c)} Inlandskonzept. – ^{d)} Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ^{e)} Verbraucherpreisindex (2000 = 100). – ^{f)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Prognose des ifo Instituts.

¹⁴ Hinzu kommen noch die reinen Nutzfahrzeugproduzenten wie z.B. MAN und einige kleinere Spezialisten wie z.B. der Sportwagenproduzent Porsche.

¹⁵ Oktober 2008: -31,9%; Angaben einschließlich »light duty«-Fahrzeuge.

Tab. 3.3
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^{a)}
 Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2006				2007				2008				2009			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV ^{b)}	I ^{b)}	II ^{b)}	III ^{b)}	IV ^{b)}
Private																
Konsumausgaben	0,7	0,4	0,1	1,4	-2,1	0,7	0,3	-0,2	-0,3	-0,6	0,3	0,4	0,5	0,3	-0,2	-0,3
Öffentlicher Konsum	0,4	-0,4	0,5	0,4	1,5	0,0	0,4	0,1	1,1	0,9	0,8	0,1	0,7	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen	1,9	6,2	-0,2	2,2	1,2	1,6	1,5	3,8	1,6	0,5	-0,5	-2,8	-4,2	-4,0	-1,8	-0,5
Bauten	-3,6	8,1	1,9	2,0	-0,2	-3,5	0,6	0,4	5,5	-3,4	0,3	0,0	-0,5	-0,2	0,0	0,2
Sonstige Anlagen	1,4	1,9	1,5	2,1	-0,9	5,8	2,3	1,8	-1,6	3,5	2,6	0,2	0,0	0,1	0,1	0,2
Vorratsinvestitionen ^{c)}	0,2	-0,3	0,2	-2,2	2,2	-0,8	0,4	-0,7	0,8	-0,4	0,9	-0,7	0,0	0,1	0,2	0,2
Inländische																
Verwendung	0,5	1,2	0,5	-0,9	1,4	-0,6	0,9	-0,4	1,6	-1,0	1,3	-0,7	0,0	0,0	0,0	0,1
Außenbeitrag ^{c)}	0,4	0,3	0,2	1,9	-0,9	0,9	-0,3	0,7	0,0	0,5	-1,7	-0,3	-0,6	-0,4	-0,3	-0,4
Exporte	4,2	2,4	2,8	6,3	-1,3	1,4	1,7	1,3	2,5	-0,2	-0,4	-3,0	-2,0	-1,1	-0,6	-0,5
Importe	3,8	1,7	2,6	2,3	0,8	-0,5	2,7	-0,3	3,1	-1,4	3,8	-2,7	-0,8	-0,2	0,1	0,3
Bruttoinlandsprodukt	0,8	1,5	0,7	1,1	0,4	0,4	0,6	0,3	1,4	-0,4	-0,5	-0,9	-0,7	-0,4	-0,3	-0,2

^{a)} Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, in Vorjahrespreisen. – ^{b)} Schätzungen des ifo Instituts. – ^{c)} Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, ab viertem Quartal 2008: Schätzungen des ifo Instituts.

fristig zu ernststen Konsequenzen führen könnten. Bei Chrysler dürfte die Dringlichkeit für derartige Maßnahmen ähnlich hoch sein. Seit Anfang Dezember läuft in Washington die zweite Runde der Verhandlungen über staatliche Finanzhilfen, die alle drei Unternehmen beantragt haben, wobei der insgesamt geforderte Betrag von 34 Mrd. Dollar wohl nicht in voller Höhe bereitgestellt werden dürfte.

Für die deutsche GM-Tochter Opel ergibt sich aus dem engen Konzernverbund das Problem, dass möglicherweise dringend erforderliche Mittel zur mittelfristigen Liquiditätssicherung für Opel von GM nicht oder nicht in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden können. Dies wiederum könnte die Entwicklungsarbeiten zur Anpassung der Modellpalette an die Markterfordernisse schwerwiegend beeinträchtigen. Unter diesem Aspekt hat Opel als erster der großen Hersteller in Deutschland nach öffentlicher Förderung (Kreditbürgschaften) durch die Bundesregierung und

die Regierungen der vier Länder, in denen Opel Produktionsstätten hat, nachgesucht.¹⁶ Die Anträge sind noch in der Prüfung. Strukturelevante Markteingriffe sind allerdings grundsätzlich problematisch, insbesondere dann, wenn sie in einem Markt erfolgen, der durch Überkapazitäten gekennzeichnet ist.

Exporte im Sog der globalen Rezession

Die Exporte sind nach der Jahreswende 2007/2008 saison- und kalenderbereinigt nochmals kräftig gestiegen. Seitdem sind sie leicht zurückgegangen, im dritten Quartal 2008 um 0,4%. Schlechter noch entwickelten sich zuletzt die Warenexporte (-1,4%); die Dienstleistungsexporte sind dagegen wegen höherer Transithandelerträge kräftig gestiegen (6,4%). Maßgeblich für den spürbaren Rückgang der Warenexporte war das Minus bei Kraftwagen und Kraftwagen teilen, auf dieses Segment entfällt gut ein Fünftel der Warenausfuhr. Hier setzt sich ein Abwärtstrend fort, der vor gut einem Jahr begonnen hat und nun deutlich an Dynamik hinzugewinnt. Aber auch der Export von Maschinen war im dritten Quartal rückläufig. Dass die Warenexporte nicht schon im dritten Quartal noch deutlicher ins Minus geraten sind, liegt vor allem an der chemischen Industrie, die immer noch hohe Exportzuwachsraten verzeichnen konnte. Alles in allem kann sich die Exportwirtschaft einer immer schwächer werdenden Weltkonjunktur nicht entziehen. Die Entwicklung ist umso gravierender, als das deutsche Exportsortiment zu gut drei Viertel aus Investitions- und Vorleistungsgütern besteht, aus Produkten also, die bei einer globalen Rezession kaum nachgefragt werden. Schon im laufenden Jahr hat die Ausfuhr in die USA abgenommen und in die EU-15-

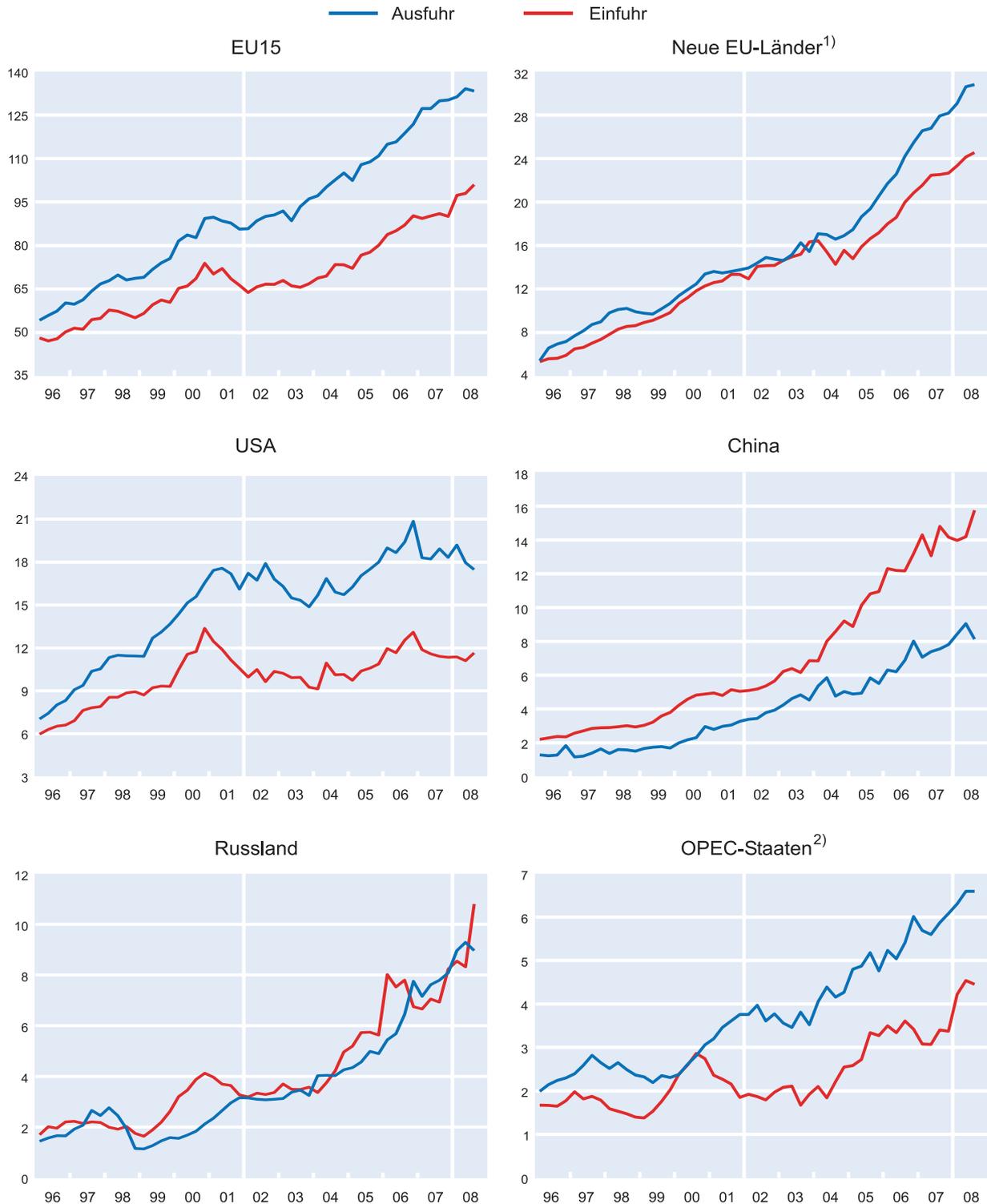
Tab. 3.4
Wichtige inländische Lieferbranchen für die Automobilindustrie

Branche	Volumen (in Mrd. €)
Metallindustrie	6,9
Metallwarenindustrie	11,4
Elektrotechnik und Elektronik	6,9
Kunststoff- und Gummiwarenindustrie	7,4
Maschinenbau	3,4
Möbelindustrie (Sitzmöbel)	2,0
Chemische Industrie	1,9
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	12,4
Handel	7,5
Verkehr	5,6
Ohne Lieferbeziehungen innerhalb der Automobilindustrie (z.B. zwischen Kraftwagenherstellern und sektorinternen Teileproduzenten) und ohne Importe.	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Input-Output-Rechnung 2005.

¹⁶ Die Vereinbarkeit mit EU-Recht ist allerdings problematisch, da die Schwierigkeiten nicht von der europäischen (deutschen) Tochter, sondern von der amerikanischen Mutter ausgehen.

Abb. 3.9
Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen
 Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro



1) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Slowenien, Malta, Zypern, Bulgarien, Rumänien.

2) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Länder nur unterdurchschnittlich expandiert (vgl. Abb. 3.9). Dem gegenüber konnten zwar noch deutliche Zuwächse in den neuen EU-Mitgliedsländern, OPEC-Staaten, Russland und China realisiert werden, jedoch waren schon bei Russland und China im dritten Quartal deutliche Bremsspurten in der Dynamik zu erkennen.

Im Prognosezeitraum wird sich die Ausfuhr deutlich abschwächen. Vor allem die ifo Exporterwartungen und die Auftragseingänge aus dem Ausland deuten darauf hin, dass die Exporte sowohl im aktuellen als auch im nächsten Quartal massiv sinken werden. Auch im weiteren Verlauf des Jahres 2009 werden sich die Exporte nicht erholen, da sich mit den USA, der EU und China die wichtigsten Handelspartner im Abschwung befinden. Ausgehend von einer sehr schwachen Exporttätigkeit zum Jahresende hin wird die reale Ausfuhr im Jahr 2008 um 4,0% zunehmen. Im Jahr 2009 wird mit einem Rückgang der Exporte um 5,7% gerechnet; im Jahr 2010 dürften die Ausfuhr um 0,5% moderat steigen (vgl. Abb. 3.10).

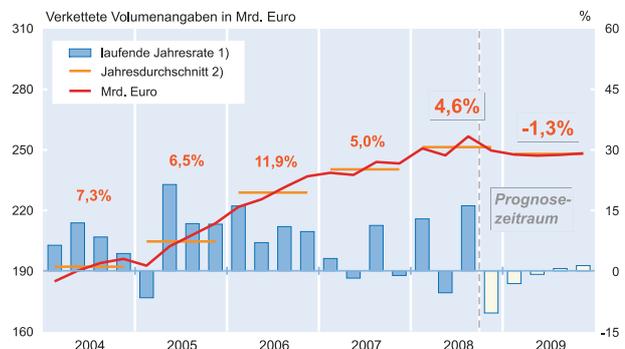
Die Importe expandierten im laufenden Jahr wie schon 2007 unter kräftigen Schwankungen. Zuletzt sind die Einfuhren kräftig gestiegen, was sich in den Monatsdaten vom Juli bereits andeutete. Ein Großteil dieses Zuwachses kann durch einen höheren Import von Energie erklärt werden, jedoch legten auch die Importe für Güter der Informationstechnologie und der Chemie kräftig zu. Im laufenden Quartal dürften die Importe im Gefolge der deutlich schwächeren Export- und Investitionsnachfrage kräftig sinken. Im Jahresdurchschnitt 2008 ergibt sich aber immer noch ein Plus von 4,6% (vgl. Abb. 3.11).

Für den weiteren Prognosezeitraum werden sich die zunächst stark abschwächenden Investitionen und die einbrechenden Exporte deutlich auf die Einfuhr auswirken. Einzig die vergleichsweise stabile Konsumententwicklung wird die Importe etwas stützen. Alles in allem werden die Importe im

Abb. 3.11

Reale Importe

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala), 2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

Jahr 2009 durchschnittlich um 1,3% abnehmen. Im Jahr 2010 werden sie um 1,9% zunehmen. Der Außenbeitrag liefert damit in den beiden kommenden Jahren einen negativen Wachstumsbeitrag (vgl. Tab. 3.5).

Die Einfuhrpreise sind im Verlauf des Jahres 2008 drastisch gestiegen. Ausschlaggebend hierfür war die Verteuerung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, insbesondere von Rohöl. Seit dem Spätsommer sind die Preise für Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel wieder deutlich gefallen. In den folgenden Monaten dürften die Importpreise aufgrund einer sich deutlich abschwächenden Weltkonjunktur zunächst sinken und ab Mitte des kommenden Jahres bei der hier unterstellten Konstanz der Rohstoffpreise und des Eurokurses wieder leicht ansteigen.

Auch die Ausfuhrpreise erhöhten sich im Verlauf dieses Jahres deutlich. Trotz schlechterer Exportaussichten konnten die Produzenten die im ersten Halbjahr 2008 gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten zumindest teilweise auf die Preise ihrer Endprodukte überwälzen. Dazu hat auch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar beigetragen. Für den Prognosezeitraum wird – unter der Annahme eines konstanten Wechselkurses – mit einem Anstieg der Ausfuhrpreise gerechnet. Die Terms of Trade werden sich 2008 deutlich verschlechtern und ab dem Jahr 2009 wieder verbessern.

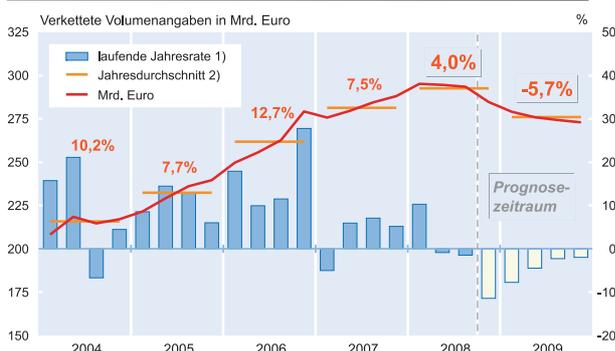
Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen wurden im ersten Halbjahr 2008 nochmals merklich erhöht. Die Unternehmen lasteten ihre Kapazitäten bis in den Sommer hinein deutlich überdurchschnittlich aus und verfügten trotz sich abschwächenden Auftragseingängen über ein Polster an Bestellungen. Zudem regte die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen die Unternehmen zum Jahresende 2007 zu Be-

Abb. 3.10

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala), 2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

Tab. 3.5
Wachstumsbeiträge zur Veränderung des realen BIP
 (in Prozentpunkten)

	2007	2008 ^{a)}	2009 ^{a)}	2010 ^{a)}
Konsumausgaben	0,2	0,4	0,7	0,3
Private Konsumausgaben	-0,2	0,0	0,4	0,0
Konsumausgaben des Staates	0,4	0,4	0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	0,9	-0,9	0,0
Ausrüstungen	0,5	0,4	-0,8	-0,1
Bauten	0,2	0,4	-0,2	0,1
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,0	0,0
Vorratsveränderungen	0,1	0,2	0,1	0,1
Inländische Verwendung	1,1	1,5	-0,1	0,4
Außenbeitrag	1,4	0,0	-2,2	-0,6
Exporte	3,4	1,9	-2,7	0,2
Importe	-2,0	-1,8	0,6	-0,8
Bruttoinlandsprodukt ^{b)}	2,5	1,5	-2,2	-0,2

^{a)} Schätzungen des ifo Instituts. – ^{b)} Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2008, 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

stellungen von Investitionsgütern an, deren Produktion und Auslieferung aber erst 2008 vorgenommen werden konnte. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests sind die Produktionspläne in der Industrie aber seit dem Spätsommer verstärkt abwärts gerichtet, und die Unternehmen beurteilen in der Oktoberumfrage ihre Produktionskapazitäten im Hinblick auf die erwartete Nachfrage vorwiegend als zu groß. Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal 2008 bereits rückläufig waren, wird sich die negative Tendenz daher im vierten Quartal verstärken. Im Jahresdurchschnitt resultiert 2008 aber dennoch ein Plus von 5,6%.

Die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen haben sich im bisherigen Jahresverlauf zunehmend verschlechtert. Im ifo Konjunkturtest berichten die Befragungsteilnehmer von einer zunehmend restriktiveren Kreditvergabe durch die Banken. Betroffen von der ungünstigeren Vergabepolitik sind dabei insbesondere die großen Unternehmen. Das ifo Institut berichtet über diese Entwicklung monatlich unter dem Namen »Kredithürde«. Der Bank Lending Survey der EZB bei den kreditvergebenden Banken bestätigt die Unternehmensbewertungen. Die Finanzinstitute gaben in der Oktoberumfrage der EZB an, dass sie die Kreditstandards im dritten Quartal verschärft haben. Darüber hinaus erwarten sie eine nochmals restriktivere Vergabepolitik im Schlussquartal 2008. Zudem erhöhten sich die Risikoprämien für Unternehmensanleihen seit dem Frühjahr deutlich, was die Finanzierungsbedingungen für Investitionsprojekte ebenfalls verschlechterte.

Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen wird 2009 anhalten. Die Auftragspolster der Unternehmen sind teilweise deutlich abgeschmolzen, und die Unternehmen erwarten eine weitere Verschlechterung der Geschäftssituation, so dass die Investitionsausgaben deutlich zurückgefahren werden. In diese Richtung weisen auch die ifo Konjunktur-

testergebnisse für die Leasingbranche, die gute Indikatoren für die gesamtwirtschaftliche Investitionsneigung sind. Sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen haben sich in diesem Bereich erheblich verschlechtert. Erst im Jahr 2010 werden sich die Ausrüstungsinvestitionen wieder fangen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die internationale Konjunkturentwicklung sich ebenfalls stabilisiert. Stützend dürften dann die kräftigen Zinssenkungen der EZB wirken. Die im Maßnahmenpaket der Bundesregierung enthaltene Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für die Jahre 2009 und 2010, mit einem Satz von jeweils 25%, wirkt ebenfalls stützend, kann aber den Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen 2009 nicht verhindern. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen 2009 im Jahresdurchschnitt um 10%

sinken (vgl. Abb. 3.12) und 2010 nochmals um 1,4% zurückgehen.

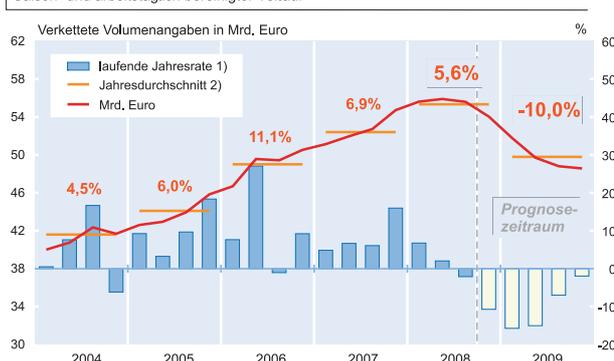
Bauinvestitionen sinken

Die Investitionen in Bauten wurden zu Beginn dieses Jahres – begünstigt durch die milde Witterung – kräftig ausgeweitet. Nach einem Rückschlag im zweiten Vierteljahr stiegen die Bauinvestitionen im dritten Quartal nur noch minimal an. Im Schlussquartal 2008 werden die Bauinvestitionen stagnieren. Insgesamt ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2008 eine Zunahme der Bauinvestitionen um 3,7%.

Im Wohnungsbau war die Entwicklung 2008 gedämpft. Die Auftragsbestände und die Auftragseingänge deuten derzeit auf einen wenig dynamischen weiteren Verlauf hin, das Genehmigungsvolumen für neue Wohngebäude stabilisierte sich bis zum Sommer auf niedrigem Niveau. Zwar stei-

Abb. 3.12

Reale Investitionen in Ausrüstungen
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

Tab. 3.6
Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

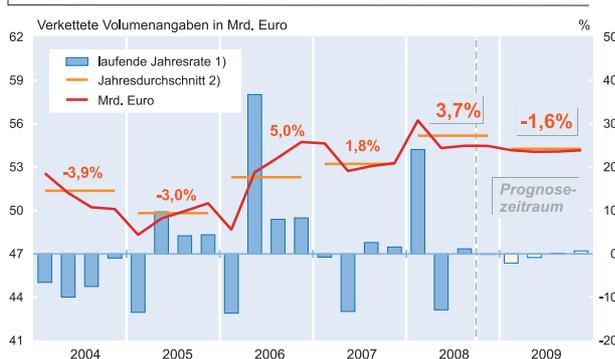
	2007	2008	2009	2010
Bauten	1,8	3,7	- 1,6	0,8
Wohnbauten	0,3	1,2	- 1,3	0,8
Nichtwohnbauten	3,8	6,9	- 2,1	0,6
Gewerblicher Bau	3,4	8,2	- 5,6	- 2,2
Öffentlicher Bau	4,7	3,7	6,9	7,3
Ausrüstungen	6,9	5,6	- 10,0	- 1,4
Sonstige Anlagen	8,0	6,3	2,5	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	4,6	- 4,9	- 0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2008, 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

gen 2009 die Realeinkommen der privaten Haushalte, doch erhöht sich auf der anderen Seite auch das Risiko der Arbeitslosigkeit. Insbesondere das Ausbaugewerbe wird von umfangreichen Baumaßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung profitieren. Den Umfang der Fördermittel zur Gebäudesanierung hat die Bundesregierung noch einmal deutlich aufgestockt. Zusätzliche Gelder werden auch für Zinszuschüsse im Rahmen des Programms »Seniorenrechtliches Wohnen« bereitgestellt. Die Wohnungsbauinvestitionen werden 2009 dennoch im Durchschnitt um 1,3% sinken, nachdem 2008 ein Anstieg um 1,2% zu verzeichnen war. 2010 werden die Wohnungsbauinvestitionen wieder um 0,8% zulegen (vgl. Tab. 3.6).

Die Entwicklung im Wirtschaftsbau war im ersten Halbjahr 2008 dynamisch. Zwar bremste die Expansion im zweiten Halbjahr ab, dennoch werden die Wirtschaftsbauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2008 um reichlich 8% über dem Niveau des Vorjahres liegen. Die bis zum Sommer aufgelaufenen Auftragsbestände waren hoch, nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests haben sie sich aber im November merklich reduziert. Aufgrund der allgemeinen Konjunkturentwicklung wird es im gewerblichen Bau in den nächsten Monaten zu massiven Rückstellungen von Projekten kommen. Zudem ist zunächst mit einer weiteren Ver-

Abb. 3.13
Reale Bauinvestitionen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

schlechterung der Kreditfinanzierungsbedingungen zu rechnen. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden 2009 um 5,6% und 2010 um 2,2% sinken.

Die öffentlichen Bauinvestitionen expandierten 2008 deutlich und werden 2009 noch kräftiger zunehmen. Die Finanzlage in den Kommunen ermöglicht die Realisierung von Neubauvorhaben sowie von Sanierungsmaßnahmen. Die Mehreinnahmen durch die Anhebung der LKW-Maut fließen teilweise in Bauprojekte. Zudem sieht das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zusätzliche

Investitionen in die Infrastruktur vor. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden nach 3,7% in 2008 in 2009 um 6,9% expandieren. Im Jahr 2010 folgt eine weitere Steigerung um 7,3%.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen 2009 insbesondere aufgrund des Rückgangs der gewerblichen Bauinvestitionen um 1,6% im Jahresdurchschnitt sinken. 2010 ergibt sich ein Plus von 0,8%.

Privater Konsum: Verbraucher treten auf die Bremse

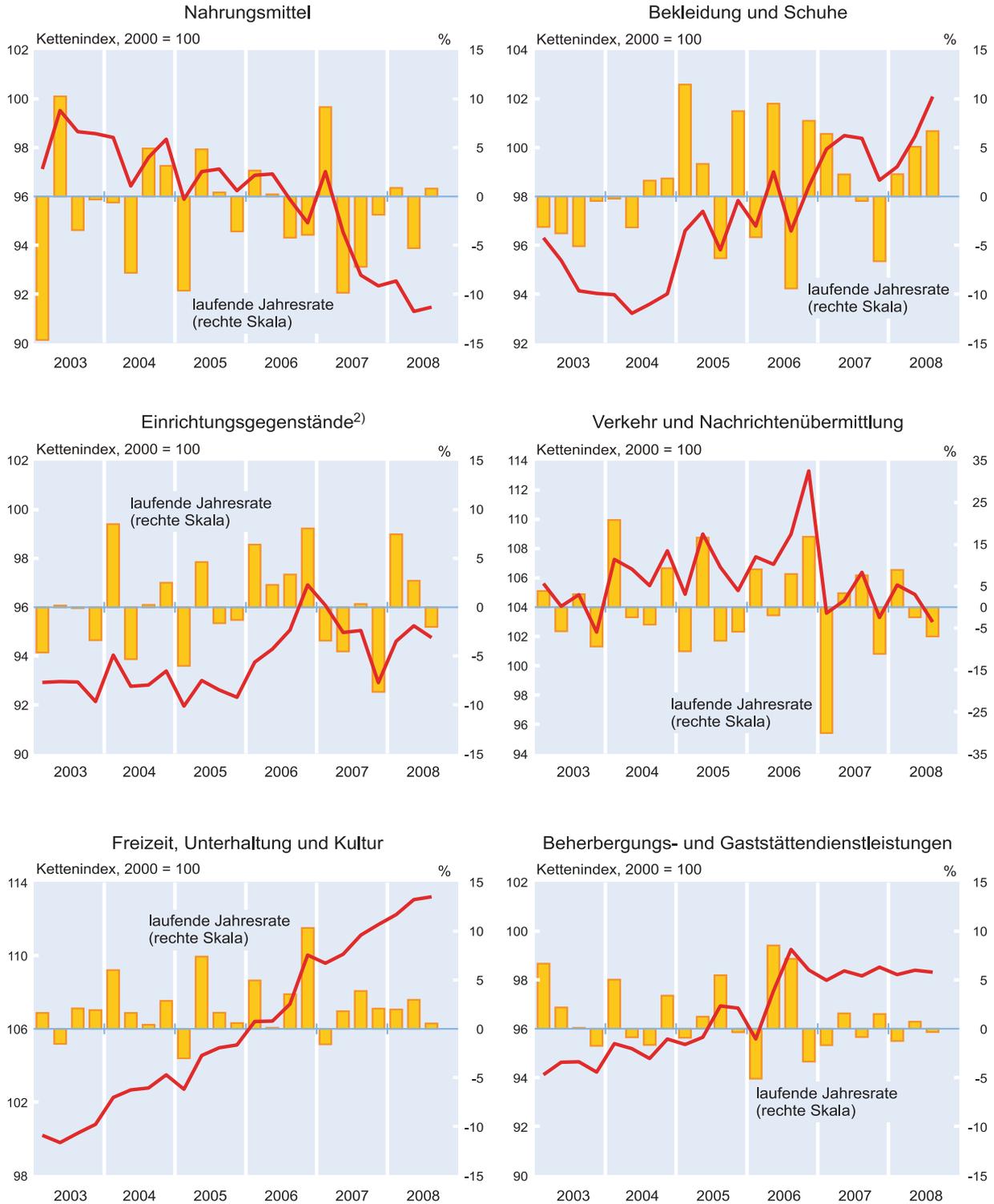
Der reale private Konsum hat auch in diesem Jahr nicht zulegen vermocht; das Vorjahresniveau dürfte 2008 knapp unterschritten worden sein (- 0,1%). In den Sommermonaten haben die Verbraucher vor allem bei langlebigen Gebrauchsgütern wie Pkw und Einrichtungsgegenständen gespart; der Neuwagenmarkt ist zuletzt regelrecht eingebrochen. Im Plus blieb dagegen die Nachfrage nach kurzlebigen Gebrauchsgütern wie Schuhen und Bekleidungsartikeln sowie nach Gütern und Dienstleistungen der Unterhaltungs- und Freizeitparte (vgl. Abb. 3.14). Seit dem Spätsommer gab es zwar eine deutliche Entlastung der Verbraucherbudgets durch rapide sinkende Öl- und Kraftstoffpreise¹⁷; die hierdurch freigewordenen Mittel dürften aber angesichts des eingetrübten Konsumklimas in erster Linie gespart und nicht verausgabt worden sein. Außerdem haben Aktienbesitzer zuletzt kräftige Vermögensverluste erlitten.

Von der Entwicklung der nominalen Einkommen her wäre dieses Jahr durchaus Spielraum für eine Ausweitung des Konsums gegeben gewesen. So expandierten die Bruttolöhne 2008 bei steigender Beschäftigung und höheren ta-

¹⁷ Jedes Prozent mehr Preisniveaustabilität bedeutet für die privaten Haushalte im Jahr 2008 einen Kaufkraftgewinn von 15 1/2 Mrd. Euro; auf ein Quartal bezogen also knapp 4 Mrd. Euro. Im Durchschnitt des dritten Quartals 2008 hat die durchschnittliche Inflationsrate 3,1% betragen; im Durchschnitt des vierten Quartals dürfte sie aufgrund des Ölpreissturzes nur noch bei 1,7% gelegen haben. Daraus ergibt sich für das Jahresendquartal ein Kaufkraftplus in Höhe von 5 1/2 Mrd. Euro.

Abb. 3.14

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszweck¹⁾ seit 2003



1) Saisonbereinigt Census X-12-ARIMA.

2) Einschließlich Geräte für den Haushalt.

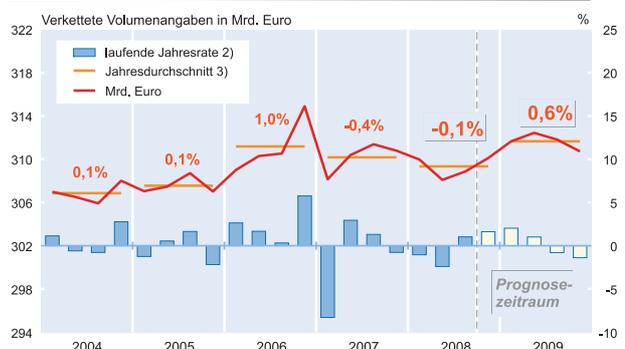
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

riflichen Abschlussätzen mit 4,1% merklich rascher als im vergangenen Jahr (+ 3,4%). Netto fiel die Zunahme mit 3,2% allerdings etwas gedämpfter aus. Zwar wurde der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung im Januar von 4,2 auf 3,3% gesenkt; dafür erhöhte sich aber der Beitragssatz in der Pflegeversicherung ab Juli von 1,7 auf 1,95% (für Kinderlose von 1,95 auf 2,2%). Zudem wirkte die volle Progression des Einkommensteuertarifs. Die monetären Sozialleistungen sind – nach Rückgang im vergangenen Jahr – wieder etwas ausgeweitet worden (+ 0,5%). So wurden die Altersrenten stärker als 2007 angehoben; zudem nahmen die Ausgaben für das Elterngeld zu, der Berechtigtenkreis für den Kinderzuschlag wurde ausgeweitet, und das Bafög wurde erhöht. Insgesamt stiegen die verfügbaren Einkommen 2008 um 2,5%, real allerdings nur um 0,4%. Auch die Sparquote ist im Verlauf von 2008 erheblich gestiegen; im Jahresdurchschnitt dürfte sie bei 11,5% gelegen haben, nach 10,8% im vergangenen Jahr. Hierzu hat einmal beigetragen, dass die staatliche Förderung für die private Altersvorsorge (»Riesterrente«) nochmals ausgeweitet wurde. Außerdem sind im Jahresendquartal 2008 die im Zuge der sinkenden Ölpreise freigewordenen Mittel wohl vorrangig gespart worden.

Im Prognosezeitraum wird die Konsumententwicklung alles in allem schwach bleiben; zeitweilig werden die realen Verbrauchsausgaben sogar sinken. Zwar werden die Tariflöhne im nächsten Jahr auf Stunden- wie auf Monatsbasis im ähnlichen Tempo wie in diesem Jahr steigen. Da aber wegen der Rezession Arbeitsvolumen und Beschäftigung sinken, werden die Löhne und Gehälter in der Summe brutto deutlich schwächer als in diesem Jahr expandieren (+ 1,1%). Netto beläuft sich der Zuwachs sogar nur auf 0,8%. Zwar gilt 2009 wieder die alte Pendlerpauschale, was einschließlich der Rückerstattungen aus 2007 und 2008 die Budgets der rund 20 Mill. betroffenen Pendler um 6,25 Mrd. Euro entlastet, und der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung wird um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Allerdings wird der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung im Zuge der Einführung des Gesundheitsfonds um 0,6 Prozentpunkte steigen. Zudem greift die Steuerprogression weiter voll. Die monetären Sozialleistungen werden dagegen um 2,8% steigen. So wird zum Jahresanfang das Kindergeld erhöht. Für die ersten beiden Kinder gibt es monatlich 10 Euro mehr, für das dritte Kind und jedes weitere steigt der Anspruch um 16 Euro. Zudem wird das zuletzt 2001 angepasste Wohngeld angehoben. Die monatlichen Wohngeldzahlungen steigen im Durchschnitt von 90 Euro auf rund 140 Euro, und die bisher unberücksichtigten Heizkosten werden in pauschalierter Form in die Wohngeldberechnung einbezogen. Die gesetzlichen Altersrenten steigen zur Jahresmitte aufgrund der diesjährigen kräftigen durchschnittlichen Bruttolohnentwicklung und der Aussetzung der »Riesterterre« in der Rentenformel sogar um 2,75%. In Westdeutschland gab es eine höhere Rentenan-

Abb. 3.15

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
2) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
3) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

passung zuletzt vor 15 Jahren, in Ostdeutschland vor sechs Jahren. Schließlich steigen im Zuge der konjunkturellen Verschlechterung die Zahlungen an Arbeitslose. Dagegen werden die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen rezessionsbedingt sehr gedämpft zunehmen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen 2009 um 2,0% zulegen, real jedoch nur um 1,3%.

Die Sparquote dürfte im Verlauf des Jahres 2009 etwas sinken; aufgrund des hohen Stands im Winterhalbjahr 2008/09 wird sie im Jahresdurchschnitt aber um _ Prozentpunkt über dem diesjährigen Niveau liegen. Insgesamt wird der reale private Konsum um 0,6% steigen (vgl. Abb. 3.15). Im Jahr 2010 dürfte der reale Konsum bei noch weitergehendem Beschäftigungsabbau und niedrigeren tariflichen Abschlussätzen und etwas sinkender Sparquote stagnieren.

Verbraucherpreise steigen stark verlangsamt

Die Lebenshaltungskosten wurden im Verlauf des Jahres 2008 von der Entwicklung der Rohölpreise dominiert. In den Sommermonaten war die Inflationsrate im Gefolge stark steigender Ölnotierungen bis auf 3,3% geklettert. Im November – der Ölpreis je Barrel war, nach historischem Höchststand im Juli, inzwischen wieder auf 50 US-Dollar gefallen – sank sie auf 1,4%. Im Jahresdurchschnitt 2008 dürfte die Preissteigerungsrate 2,6% betragen haben.

Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist¹⁸, ist alles in allem na-

¹⁸ Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

hezu konstant geblieben. Sie betrug im Oktober 2,1%; das ist nur unwesentlich höher als im Jahresdurchschnitt 2007. Hier macht sich noch immer die Verteuerung von Nahrungsmitteln bemerkbar. Nimmt man die Nahrungsmittel (ohne Saisonwaren) bei der Berechnung der Kerninflation zusätzlich heraus, so hätte sich die Preissteigerungsrate im Oktober für den verbleibenden Warenkorb, auf den 64,5% aller Verbrauchsausgaben entfallen, auf 1,8% belaufen (vgl. Tab. 3.7). Von einer Inflation (dauerhaftes Steigen aller Preise in einem Tempo, das deutlich über dem Inflationsziel der EZB von knapp 2% liegt) kann gegenwärtig ebenso wenig die Rede sein wie von einer Deflation (dauerhaftes Sinken aller Preise).

Im Prognosezeitraum wird die Teuerung alles in allem moderat ausfallen, die deutsche Wirtschaft gerät in eine temporäre Phase sinkender Inflationsraten, d.h. es herrscht Disinflation. Die stark gesunkenen Öl- und Kraftstoffpreise werden die Preisentwicklung anderer Energieträger dämpfen; kurzfristig ist allerdings bei Gas und auch bei Strom noch mit weiteren Preisanhebungen zu rechnen. Der Teuerungs-

schub bei Nahrungsmitteln dürfte zudem auslaufen. Alles in allem wird sich das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2009 voraussichtlich um rund 1% erhöhen. Die monatlichen Inflationsraten dabei werden aufgrund von Basiseffekten teilweise sogar unter deutlich die 1-Prozentmarke fallen, ab Herbst jedoch wieder die 1-Prozentmarke überschreiten. Im Jahr 2010 ist mit einer Preissteigerungsrate um 1½% zu rechnen. Zum einen gibt es keine dämpfenden Basiseffekte aus dem Vorjahr mehr, zum anderen dürften die zwischenzeitlich deutlich gestiegenen Lohnstückkosten allmählich in den Preisen weitergegeben werden.

Reallöhne nehmen 2009 beschleunigt zu

Die lebhafte Nachfrage nach Arbeitskräften hat bis zum dritten Quartal 2008 auch zu überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen geführt. So lag der Tariflohn je Stunde um 3% über dem Vorjahresniveau. Etwas weniger als der Tariflohn hat der Effektivlohn je Beschäftigten zugelegt; dieser ist binnen Jahresfrist um gut 2,2% gestiegen. Je Stunde gerechnet

Tab. 3.7
Entwicklung des Verbraucherpreisindex^{a)}

	Wägungsschema in Promille	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
		2006	2007	2008 (Oktober)
Kerninflation ^{b)}	718,08	0,8	2,0	2,1
davon:				
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	73,08	0,8	3,5	5,1
darunter:				
Brot, Getreideerzeugnisse	16,44	0,6	3,2	7,2
Molkereiprodukte, Eier	14,44	0,0	5,9	4,5
Speisefette und -öle	2,55	0,8	10,5	-3,1
Andere Waren und Dienste	645,00	0,8	1,8	1,8
Übrige Lebenshaltung	281,92	3,6	3,1	3,1
davon:				
Saisonabhängige Nahrungsmittel	16,91	6,8	5,8	0,9
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	57,43	9,1	2,9	10,3
Heizöl	9,21	10,9	-1,5	22,6
Kraftstoffe	35,37	5,5	4,1	2,7
Gas	12,85	17,6	2,7	21,4
Güter mit administrierten Preisen	207,58	1,9	3,0	1,1
darunter:				
Strom	24,61	3,9	6,9	6,4
Umlagen für Fernwärme u.Ä.	12,36	15,2	3,3	14,2
Telefondienstleistungen	27,12	-3,1	-0,3	-3,6
Gesundheitspflege	40,27	0,5	0,8	1,7
Beiträge zur Krankenversicherung	9,39	2,2	2,1	4,8
Kraftfahrzeugsteuer	6,50	1,1	3,6	0,0
Lebenshaltung insgesamt	1 000,00	1,6	2,3	2,4
davon: ^{c)}				
Kerninflation	-	0,5	1,4	1,5
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	-	0,1	0,3	0,4
Andere Waren und Dienste	-	0,5	1,2	1,2
Übrige Lebenshaltung	-	1,0	0,9	0,9
Saisonabhängige Nahrungsmittel	-	0,1	0,1	0,0
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	0,5	0,2	0,6
Güter mit administrierten Preisen	-	0,4	0,6	0,2

a) Verbraucherpreisindex, 2005 = 100. – b) In der Abgrenzung des ifo Instituts. – c) Inflationsbeiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Kasten
Verbraucherpreisniveau und Inflationsrate

Die Veränderung des Verbraucherpreisniveaus wird üblicherweise mit Hilfe der Inflationsrate gemessen. Hierbei wird das Preisniveau in einem Monat t zum Preisniveau des vergleichbaren Vorjahresmonats $t - 12$ in Beziehung gesetzt. Die Entwicklung der Inflationsrate wird deshalb nicht nur von der aktuellen Preisdynamik im laufenden Jahr beeinflusst, sondern immer auch von den Preisbewegungen im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Abbildung 3.16 zeigt diesen Sachverhalt exemplarisch auf. Die Inflationsrate ergibt sich approximativ aus dem Vorjahresabstand der logarithmierten Verbraucherpreisniveaus^{a)}, wobei zur erhöhten Anschaulichkeit die Preisniveaus vorab saisonbereinigt wurden. Der Vorjahresvergleich wird hierdurch nicht beeinflusst.

Am aktuellen Rand zeigt sich, dass der Rückgang der Inflationsrate in den vergangenen Monaten von 3,3% in der Spitze auf nur noch 1,4% (November 2008) nicht allein daraus resultierte, dass das aktuelle Verbraucherpreisniveau aufgrund des Ölpreisverfalls deutlich gesunken ist, sondern auch daraus, dass ein Jahr zuvor das Preisniveau aufgrund der Verteuerung von Energie besonders kräftig gestiegen war, mithin also ein kräftiger Basiseffekt zum Tragen kam. Die Abbildung zeigt zudem, dass von der Preisentwicklung aus dem Vorjahr in den kommenden Monaten keine Akzeleration bei der Inflationsrate angelegt ist.

^{a)} Es gilt der Zusammenhang: $\text{Inflationsrate } P_t/P_{t-12} \cdot 100 - 100 \approx (\ln(p_t) - \ln(p_{t-12})) \cdot 100$.

waren die Bruttolöhne um 2,6% über dem Vorjahreswert, so dass die Lohndrift weiterhin negativ blieb. Die Lohnkosten je Stunde lagen durch die Senkung der Lohnnebenkosten nur um knapp 2,2% über dem Vorjahreswert.

Unter anderem in der Chemieindustrie liegt für 2009 bereits ein Tarifabschluss vor. Dort erfolgt im zweiten Quartal eine Stufenerhöhung um 3,3%. Die Löhne in der Metallindustrie steigen um 4,2%, und im öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden) werden die Löhne im ersten Quartal um 2,8% angehoben. Alles in allem ist hier unterstellt, dass die Tariflöhne im nächsten Jahr um durchschnittlich 2,6% steigen (2008: 2,5%). 2010 wird sich der Tariflohnanstieg deutlich verlangsamen, so dass nur noch ein Plus von schätzungsweise 1/2% verbleibt. Effektiv werden die Löhne im Prognosezeitraum hinter den Tariflöhnen zurückbleiben; sie steigen um 2,2% in diesem und rund 2% im nächsten Jahr. 2010

werden die Effektivlöhne dann näherungsweise stagnieren. Aufgrund der geringen Teuerung steigen die tariflich gezahlten Reallohne 2009 somit schätzungsweise um 1 1/2%. Die Entwicklung der Lohnkosten dürfte in diesem Jahr den Arbeitsmarkt zusätzlich leicht belastet haben. Im nächsten Jahr setzt sich dies fort, und die Lohnkosten je Stunde steigen dann um etwa 3 1/2%, nach 2,2% in diesem Jahr. 2010 dürfte keine Zunahme der Lohnkosten mehr erfolgen.

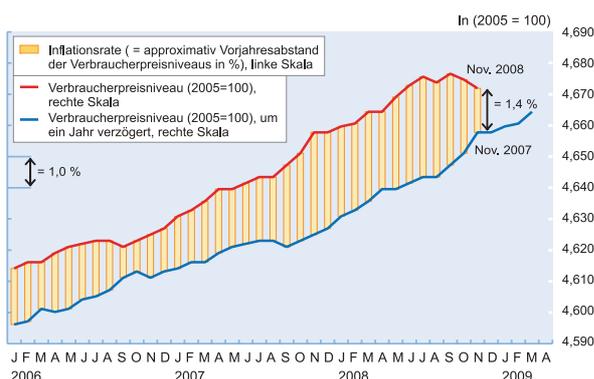
Arbeitsmarkt in der Krise:
Kurzarbeit und aktive Arbeitsmarktpolitik werden ausgeweitet

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt war bis zum Herbst weiterhin kräftig. Dabei stieg die Erwerbstätigkeit vom Jahresende 2007 bis zum Oktober um 457 000. Der Auf-

schwung führte erneut zu einer deutlichen Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die bis zum September um 400 000 zulegte. Auch die Zahl der geleisteten Stunden stieg im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte deutlich um 1,7% annualisiert (vgl. Abb. 3.17). Im dritten Quartal dieses Jahres kam es dann zu einem leichten Rückgang der geleisteten Stunden. Die bis zum November robuste Arbeitsmarktlage ist bemerkenswert, da die gesamtwirtschaftliche Produktion bereits seit dem Frühjahr zurückgegangen ist. Die Einschränkung der Produktion ging mit einer deutlichen Reduktion der Arbeitsproduktivität einher; eine Entwicklung, die bislang so nicht beobachtet wurde.

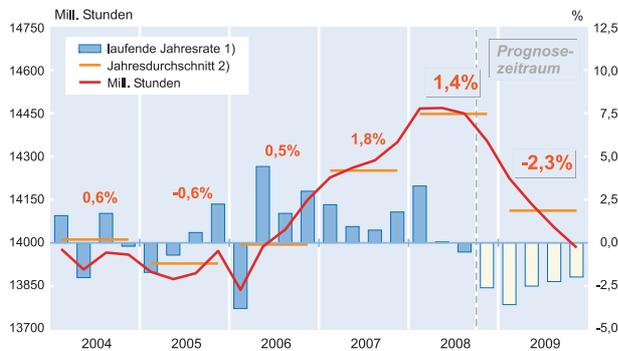
Gleichzeitig mit dem Aufbau der Erwerbstätigkeit wurde die Arbeitslosigkeit weiter abgebaut. Vom Jahresende 2007 bis November 2008 reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf um 347 000. Dabei wurde die Zahl der Arbeitslosen sogar dadurch angehoben, dass einige Begünstigungsregelungen für ältere Arbeitslose ausliefen: Personen, die das 58. Lebensjahr vollendet haben und ohne Beschäftigung sind, werden seit diesem Jahr grundsätzlich als arbeitslos gezählt.¹⁹ Im Aufschwung ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen ebenfalls deutlich gesunken und liegt im November um 236 000 unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Ihr Anteil an der Gesamtheit der Arbeitslosen beträgt nunmehr 35,6%; das sind 3,6 Prozentpunkte weniger als im

Abb. 3.16
Entwicklung von Verbraucherpreisniveau¹⁾ und Inflationsrate



¹⁾ Saisonbereinigt und logarithmiert.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

¹⁹ Zum Ende des Jahres 2007 lief die Regelung aus, nach der Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind, unter erleichterten Bedingungen Arbeitslosengeld erhalten und damit nicht in der Statistik erfasst werden (§ 428 SGB III). Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit betrifft dies jeden Monat etwa 10 000 Personen. (Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht November 2008). Gleichzeitig wurden aber Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung älterer Arbeitsloser eingeführt. Außerdem fällt ein Arbeitsloser, der älter als 58 ist und sich ein Jahr erfolglos um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bemüht hat, wieder aus der Statistik heraus.

Abb. 3.17**Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland**
Saisonbereinigter Verlauf

1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

Abb. 3.18**ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft**
Saisonbereinigte Werte

1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Vorjahresmonat. Die Zahl der nicht als arbeitslos registrierten Arbeitsuchenden – also der Personen, die in unsicheren Erwerbsverhältnissen leben – hat im selben Zeitraum lediglich stagniert.

Im Prognosezeitraum sorgt das rezessive gesamtwirtschaftliche Umfeld für einen Einbruch bei der Arbeitsnachfrage. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer (vgl. Abb. 3.18) befindet sich auf dem tiefsten Stand seit drei Jahren. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Reallöhne einen negativen Effekt auf die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ausübt.

In den kommenden Quartalen wird dann das geleistete Arbeitsvolumen deutlich sinken; im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte ein Rückgang von 2,3% zu verzeichnen sein, nach einem Anstieg 2008 von 1,4% (arbeitstäglich bereinigt: 1,1%). Da die Unternehmen jedoch Fachkräfte halten wollen und außerdem viele Arbeitnehmer dem Kündigungsschutz unterliegen, wird zunächst die durchschnittliche Arbeitszeit reduziert werden. Hierbei werden Arbeitszeitkonten für einen Überstundenabbau genutzt. Des Weiteren werden vermehrt Betriebe Kurzarbeit beantragen, so dass die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr zunächst schwächer zurückgeht als das Arbeitsvolumen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt 2008 noch um 568 000 über dem Vorjahr (vgl. Abb. 3.19). Allerdings sinkt sie im kommenden Jahr dann um 180 000 (0,7%), was im Verlauf einem Rückgang um 535 000 Personen entspricht. Besonders bei der Leiharbeit dürften Stelleneinbußen zu verzeichnen sein, da nach dem starken Anstieg der vergangenen Jahre nun eine Gegenbewegung stattfindet, bei der zunächst viele der schätzungsweise 275 000 ungelernen Leiharbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.²⁰ Allerdings dürfte der Rückgang durch einen verstärkten Einsatz der Förderinstrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik abgemildert werden; im Jahr

2009 dürften etwa 130 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich hiervon profitieren (vgl. Tab. 3.8). Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung wird nach einem recht deutlichen Rückgang im vierten Quartal weiter sinken und im nächsten Jahr um 100 000 unter dem Vorjahr liegen. Die Zahl der Selbständigen steigt in diesem Jahr nur leicht um 8 000, da die Zahl der geförderten Selbständigen während des gesamten Jahres 2008 deutlich zurückgeht. Im nächsten Jahr verlangsamt sich zwar der Rückgang der geförderten Selbständigkeit. Insgesamt sinkt die Zahl der Selbständigen jedoch um 35 000, da viele Selbständige in der Rezession ihr Gewerbe nach dem Wegfall der staatlichen Förderung nicht mehr aufrechterhalten können. Die Beschäftigung in Ein-Euro-Jobs wird im Zuge der schlechten Arbeitsmarktlage zunehmend an Bedeutung gewinnen. Alles in allem sinkt die Erwerbstätigkeit im Jahr 2009 um 0,8% oder 315 000 Personen, nach einem Anstieg um 579 000 in diesem Jahr. Im Verlauf von 2009 ergibt sich ein Rückgang der Erwerbstätigkeit um etwa 660 000 (vgl. Abb. 3.20). Bei anhaltender Unterauslastung der Kapazitäten nimmt die Erwerbstätigkeit auch 2010 weiter ab und liegt dann um 585 000 Personen unter Vorjahresniveau.

Entgegengesetzt zum Aufbau der Erwerbstätigkeit nimmt die Arbeitslosigkeit 2008 um 510 000 ab, was im Verlauf einem Rückgang um 300 000 entspricht (vgl. Abb. 3.21). Im nächsten Jahr dreht sich das Bild, da die Zahl der Arbeitslosen aufgrund der Unterauslastung der Kapazitäten dann spürbar steigt. Allerdings dürften die Ausweitung von Kurzarbeit, geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Weiterbildungsmaßnahmen im kommenden Jahr den Anstieg der Arbeitslosenzahlen abmildern. Hinzu kommt, dass – wie schon in diesem Jahr – demographische Faktoren entlastend wirken und ein Teil der Personen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, in die stille Reserve abwandern dürften.²¹ Trotz dieser tendenziell entlastenden Faktoren wird die

²⁰ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitnehmerüberlassung 1. Halbjahr 2008.

²¹ Vgl. IAB (2008), »Demnach reduziert sich das Angebot an Arbeitskräften 2009 um 130 000«, Kurzbbericht 20, Nürnberg.

Tab. 3.8
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland					
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	55 712	55 975	57 003	57 779	56 446
Erwerbstätige Inländer	38 757	39 024	39 694	40 272	39 957
Arbeitnehmer	34 397	34 630	35 243	35 813	35 533
darunter:					
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 237	26 366	26 942	27 511	27 331
darunter					
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^{a)}	154	180	208	237	367
marginal Beschäftigte	5 798	5 887	5 923	5 928	5 838
darunter:					
Minijobs	4 771	4 819	4 861	4 873	4 773
Ein-Euro-Jobs ^{b)}	218	309	301	292	317
Selbständige	4 360	4 394	4 451	4 459	4 424
darunter:					
geförderte Selbständige ^{c)}	322	300	237	180	135
Pendlersaldo	94	73	74	65	61
Erwerbstätige Inland	38 851	39 097	39 768	40 337	40 018
Arbeitslose	4 861	4 487	3 776	3 266	3 471
Arbeitslosenquote ^{d)}	11,1	10,3	8,7	7,5	8,0
Arbeitslosenquote BA ^{e)}	11,7	10,8	9,0	7,8	8,3
Erwerbslose ^{f)}	4 573	4 250	3 602	3 132	3 332
Erwerbslosenquote ^{g)}	10,6	9,8	8,3	7,2	7,7
Weiterbildungsmaßnahmen ^{h)}	183	202	208	230	275
Kurzarbeit	126	67	68	82	207

^{a)} Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – ^{b)} Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – ^{c)} Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – ^{d)} Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – ^{e)} Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – ^{f)} Definition der ILO; Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – ^{g)} Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – ^{h)} Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, Förderung der beruflichen Weiterbildung.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit, 2008; 2008 und 2009: Prognose des ifo Instituts.

Arbeitslosigkeit aufgrund des massiven Produktionsausfalls 2009 um 205 000 höher liegen als in diesem Jahr. Im Verlauf entspricht das einem Anstieg um 540 000. Im Jahr 2010 setzt sich diese Entwicklung fort, und die Zahl der Arbeitslosen liegt dann um eine halbe Million Personen über Vorjahresniveau.

Staatshaushalt: ab 2009 wieder Defizite

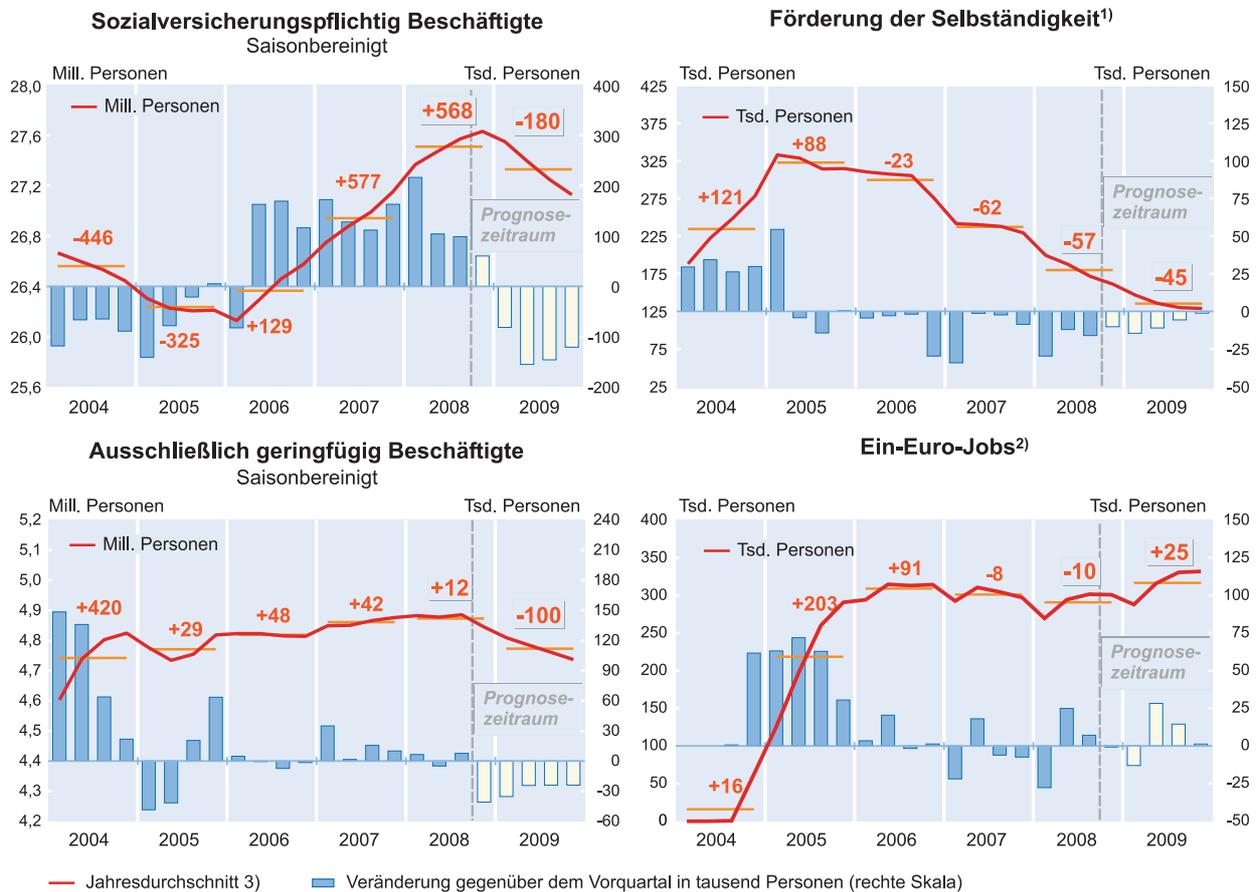
Nachdem der Finanzierungssaldo des Staates von 2003 (– 4,0% des Bruttoinlandsprodukts) bis 2008 (geschätzt + 0,1%) kontinuierlich besser geworden ist, ist für die Jahre 2009 und 2010 ein Rückschlag zu erwarten. Ursache ist insbesondere die verschlechterte gesamtwirtschaftliche Situation, wobei die Finanzpolitik allerdings schon vorher einen graduellen Kurswechsel von der Konsolidierung hin zur Ausweitung von Leistungen vollzogen hat.

Die gesamten staatlichen Einnahmen steigen 2008 um 2,8%. Größten Anteil am Zuwachs haben die Steuern, die – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – um 3,4% zulegen. Der Anstieg der Steuereinnahmen wird

wesentlich von der Entwicklung der Steuern vom Ertrag getragen, welche sich trotz der konjunkturellen Situation sogar besser entwickeln als prognostiziert. Vor allem die noch sehr gute Lage auf dem Arbeitsmarkt sorgt für hohe Steuereinnahmen (Lohnsteuer: + 7,8%). Auch die veranlagte Einkommensteuer (nahezu + 30%), und die Gewerbesteuer (+ 5,2%) steigen im Vergleich zum Vorjahr erheblich. Ursächlich hierfür sind insbesondere hohe Nachzahlungen für die beiden Vorjahre aufgrund von Veranlagungs- und Zahlungsverzögerungen. Auch die Zinsabschlagsteuer steigt deutlich (+ 22%), während das Aufkommen der Körperschaftsteuer infolge der Unternehmensteuerreform 2008 um ein Viertel sinkt (Zahlenangaben für alle Einzelsteuern nach Kassenstatistik).

Die Sozialversicherungsbeiträge an den Staat erhöhen sich infolge der kräftig steigenden Lohnsumme mit 1,9% so stark wie seit über einem Jahrzehnt nicht mehr, wobei sich allerdings die einzelnen Sozialversicherungszweige sehr unterschiedlich entwickeln. Höhere Beitragssätze führen bei der Pflegeversicherung (+ 9%) und der Krankenversicherung (+ 4%) zu den stärksten Zuwachsraten, aber auch die gesetzliche Rentenversicherung nimmt um rund

Abb. 3.19
Ausgewählte Komponenten der Erwerbstätigkeit



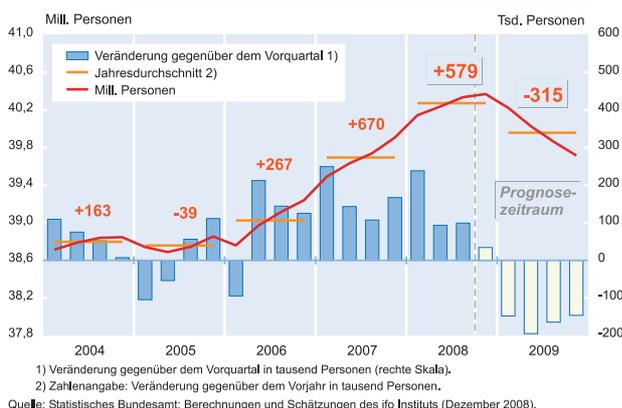
1) Existenzgründungszuschuss, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss.
2) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung.
3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

3% mehr ein als im Jahr 2007. Die Arbeitslosenversicherung dagegen muss einen Rückgang der Beitragseinnahmen um nahezu 18% hinnehmen. Dieser hat seine Ursache

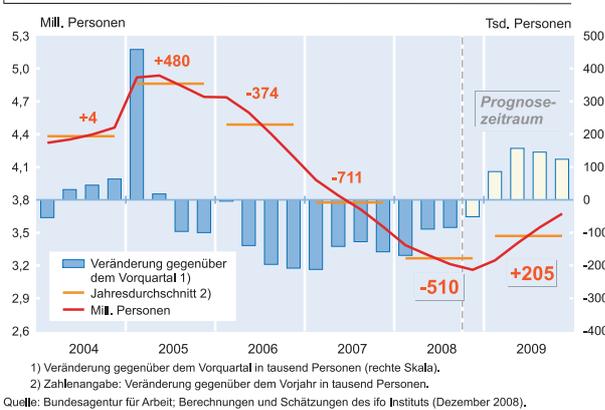
in der Senkung des Beitragssatzes von 4,2 auf 3,3% zum Jahresbeginn.

Abb. 3.20
Erwerbstätige
Inländerkonzept, saisonbereinigter Verlauf



Die Staatsausgaben nehmen im Jahr 2008 um 2,3% zu. Weil das (nominale) Bruttoinlandsprodukt stärker wächst, sinkt die Staatsquote weiter. Über einen Zeitraum von fünf Jahren ist sie um 4,5 Prozentpunkte kleiner geworden (vgl. Abb. 3.22), aber das Tempo hat sich nun deutlich verlangsamt. Zwar ist für die größte Ausgabenkategorie, die monetären Sozialleistungen, nur ein bescheidener Zuwachs von 0,4% zu konstatieren, verglichen mit Rückgängen um 1,8% (2007) bzw. 0,8% (2006) zeigt sich nun aber wieder eine spürbare Ausgabendynamik. Die Hälfte dieses Ausgabenzuwachses ist politisch gewollt, denn das Aussetzen der »Riester-Treppe« bei der Berechnung des Anpassungssatzes der gesetzlichen Renten (inklusive der Folgewirkungen bei anderen Sozialleistungen) ist allein für 0,9 Mrd. Euro oder 0,2% aller monetären Sozialleistungen verantwortlich. Die Arbeitnehmerentgelte steigen deutlich, hier ist es mit + 2,1%

Abb. 3.21
Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



sogar die größte Zunahme seit 1995. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die kräftige Tarifierhöhung für Arbeitnehmer bei Bund und Kommunen, die sich im Jahresdurchschnitt unter Berücksichtigung der Einmalzahlungen im Jahr 2007 auf 4% beläuft. Freilich expandieren andere Ausgabenposten noch viel stärker. So steigen die sozialen Sachleistungen – insbesondere wegen der Ausgabenentwicklung bei der gesetzlichen Krankenversicherung – um knapp 5%, die Vorleistungen – u.a. wegen höherer Militärausgaben – um rund 5 1/2%, die Bruttoinvestitionen um gut 7 1/2% und die sonstigen laufenden Transfers sogar um nahezu ein Zehntel. Bei der letztgenannten Größe ist der Anstieg im Wesentlichen auf höhere Leistungen an die EU (so genannte Eigenmittel auf Basis des Bruttonationaleinkommens) und eine Zahlung von mehr als 1 Mrd. Euro an die deutsche Post infolge eines Gerichtsurteils zurückzuführen. Lediglich die Vermögensübertragungen erreichen nicht das Vorjahresniveau. Das liegt zum einen an der hier verbuchten Eigenheimzulage, die nach ihrer Abschaffung im Jahr 2006 nur noch für Altfälle gilt und dementsprechend die Zahlungen sukzessive geringer werden. Zum anderen liegt es an einem Basiseffekt, denn im Jahr 2007 wurden im Zuge der Risikoabschirmung für die IKB mehr als 8 Mrd. Euro zu Lasten des Staates verbucht. Für derartige Ausgaben werden hier in den Jahren 2008 und 2009 jeweils rund 7 Mrd. Euro veranschlagt.

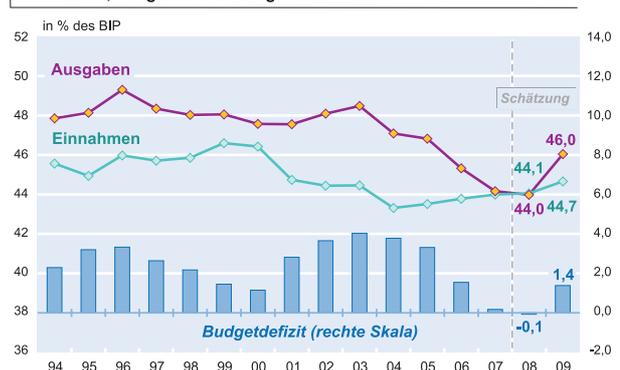
Der Finanzierungssaldo des Staates beläuft sich im Jahr 2008 auf rund 2 Mrd. Euro. Während die Gebietskörperschaften weiterhin einen kleinen Fehlbetrag verzeichnen (– 4 Mrd. Euro nach – 14,6 Mrd. Euro im Jahr 2007), verbuchen die Sozialversicherungen in der Summe einen Überschuss von reichlich 6 Mrd. Euro, der allerdings erheblich geringer als im Vorjahr (10,4 Mrd. Euro) ist. Den größten Anteil daran hat die Rentenversicherung, deren Einnahmen die Ausgaben – in der Abgrenzung der VGR – um etwa 3 1/2 Mrd. Euro übertreffen. Diese Überschüsse füllen die Schwankungsreserve auf, die aber immer noch deutlich klei-

ner als 1,5 Monatsausgaben ist, der Schwellenwert um eine Absenkung des Beitragssatzes zu beschließen. Trotz der beitragsatzbedingt niedrigeren Einnahmen der Arbeitslosenversicherung wird auch dieser Zweig einen Finanzierungsüberschuss realisieren können, der allerdings mit rund 1 1/2 Mrd. Euro bei weitem nicht an die Werte der Vorjahre (2007: 6,7 Mrd. Euro, 2006: 7,7 Mrd. Euro) heranreicht. Die hier angesammelten Rücklagen werden nun zu einer weiteren Beitragssatzsenkung genutzt: Zum Jahresbeginn 2009 wird er auf 2,8% vermindert. In der gesetzlichen Krankenversicherung werden sich Einnahmen und Ausgaben etwa die Waage halten, während die Pflegeversicherung infolge des zur Jahresmitte um 1/4 Prozentpunkt angehobenen Beitragssatzes erstmals seit 2002 wieder einen Überschuss verbuchen kann.

Im Jahr 2009 wird sich nach der hier vorgelegten Prognose die Finanzlage des Staates deutlich verschlechtern. Konjunkturbedingt sind sowohl Einnahmehausfälle als auch höhere Ausgaben zu erwarten. Der Anstieg der Ausgaben wird mit knapp 4% so groß sein wie seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr, während auf der Einnahmenseite nur ein Zuwachs um 0,6% abzusehen ist.

Die Steuereinnahmen werden 2009 in Abgrenzung der Kassenstatistik spürbar zurückgehen (– 1,4%). Die weniger ungünstige Entwicklung nach VGR-Systematik (– 0,3%) ergibt sich aus einer geänderten EU-Finanzierung. Eine Verlagerung von den Eigenmitteln aus dem Umsatzsteueraufkommen hin zu jenen, die sich am Bruttonationaleinkommen orientieren, führt nämlich dazu, dass ein höherer Anteil der Mehrwertsteuereinnahmen beim deutschen Staat bleibt, was die Steuereinnahmen insgesamt (in VGR-Abgrenzung) um etwa 5 Mrd. Euro anhebt. Während die Umsatzsteuer (knapp + 2%) und die Lohnsteuer (knapp + 1/2%) voraussichtlich weiterhin leicht steigen werden, sinken die gewinnabhängigen Steuern (veranlagte Einkommensteuer – 22%, Körperschaftsteuer – 10%, Gewerbesteuer – 6%). Ursächlich für die Entwicklung der gewinnabhängigen Steu-

Abb. 3.22
Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates¹⁾



1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in Abgrenzung der VGR; 1995 und 2000 ohne Sondereffekte.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dezember 2008).

ern im Jahr 2009 ist neben der konjunkturellen Lage auch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung, wonach die Abschreibungsregeln geändert werden, und nicht zuletzt die Pendlerpauschale.

Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen werden in etwas vermindertem Tempo um 1,4% steigen. Dieser Zuwachs geht über die Steigerungsrate der Bruttolöhne und -gehälter, die die wichtigste Basis für die Sozialversicherungsbeiträge darstellt, spürbar hinaus. Dies liegt daran, dass der nun zu leistende höhere Beitrag zur Krankenversicherung (inklusive des zusätzlichen Beitragssatzes 15,5% nach durchschnittlich 14,9% im Jahr 2008) sich stärker bemerkbar macht als die gleichzeitige Reduzierung des Satzes bei der Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte. Der Grund hierfür ist, dass Krankenversicherungsbeiträge nicht nur auf die Arbeitslöhne, sondern auch auf viele Sozialleistungen zu zahlen sind, insbesondere auf die gesetzlichen Renten und die Lohnersatzleistungen Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II. Schließlich steigen auch die Beitragseinnahmen der Pflegeversicherung überdurchschnittlich, weil der höhere Beitragssatz nun für ein volles Jahr wirkt.

Von den anderen Einnahmeposten fallen die Verkäufe (+ 4,4%) und die Vermögenseinkommen (- 5,9%) durch große Veränderungsraten auf. Diese resultieren im ersten Fall aus der Mauterhöhung, im letzteren Fall aus den zu erwartenden niedrigeren Ausschüttungen staatlicher Unternehmen (insbesondere im Bankensektor).

Die Beschleunigung des Ausgabenanstiegs hat viele Ursachen. Bei den monetären Sozialleistungen (+ 3,0%) fällt ins Gewicht, dass nun mit dem kräftigen Umschwung bei der Beschäftigungsentwicklung die Kosten der Arbeitslosigkeit spürbar zunehmen, dass das Kindergeld erhöht wird und dass die Rentenerhöhung im Gefolge der Lohnsteigerungen des Jahres 2008 (und wegen des neuerlich ausgesetzten »Riesterfaktors«) zwischen 2¹/₂ und 3% liegen dürfte. Unter anderem wegen höherer Ausgaben für die Krankenhäuser und die niedergelassenen Ärzte steigen die sozialen Sachleistungen beschleunigt (+ 5,8%). Bei den Investitionsausgaben (+ 8,9%) machen sich die neuen Konjunktur stützenden Maßnahmen der Regierung bemerkbar, bei den sonstigen laufenden Transfers (+ 9,4%) die oben erwähnte Neugestaltung der EU-Finanzierung. Auch die Arbeitnehmerentgelte steigen beschleunigt (+ 2,9%), weil neben tariflichen Einkommenssteigerungen in einigen Bereichen auch Personalausweitungen zu erwarten sind.

Insgesamt errechnet sich für die Bilanz der staatlichen Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2009 ein Defizit in der Größenordnung von 34 Mrd. Euro oder 1,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abb. 3.22). Beim Anstieg der Quoten ist zu berücksichtigen, dass die geänderte EU-Finanzierung sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Aus-

gabenseite rein buchungstechnisch zu einer Ausweitung im Ausmaß von rund 0,2 Prozentpunkten des BIP führt. Angesichts der verschlechterten Arbeitsmarktlage kommt 2009 auch die Sozialversicherung als Ganzes in die roten Zahlen (- 3¹/₂Mrd. Euro). Die Arbeitslosenversicherung wird zirka 4¹/₂ Mrd. Euro aus ihren Rücklagen verwenden müssen, um den Ausgabenüberschuss zu finanzieren.

Die beschriebene gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 mit einem nochmaligen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts und einer weiteren Eintrübung auf dem Arbeitsmarkt lässt erwarten, dass das Budgetdefizit des Staates (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) erneut um rund 1¹/₂ Prozentpunkte steigt. Das Steueraufkommen wird zum zweiten Mal in Folge sinken, da sich die neuen Abschreibungsregeln aus dem Maßnahmenpaket »Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung« vor allem in den Jahren ab 2010 niederschlagen werden, hinzu kommen erhebliche Steuerausfälle durch die verbesserte Berücksichtigung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen als Vorsorgeaufwendungen. Damit erreicht Deutschland nahezu wieder die Maastricht-Grenze für das Budgetdefizit (3%). Der Maastricht-Grenzwert für den staatlichen Schuldenstand (höchstens 60% des Bruttoinlandsprodukts) wird mit voraussichtlich 68% (2008: 63¹/₂%, 2009: 65¹/₂%) auch weiterhin nicht eingehalten.

Zur Finanzpolitik

Seit der Finanzkrise im Oktober ist eine Diskussion darüber entbrannt, mit welchen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der sich weltweit dramatisch abkühlenden Konjunktur zu begegnen ist. Da die Transmission geldpolitischer Impulse aufgrund des angeschlagenen Bankensystems gestört sein dürfte, konzentrieren sich die aktuellen Forderungen auf die Ausgestaltung einer expansiven Finanzpolitik. Weitgehend unstrittig ist, dass zur Stabilisierung der Konjunktur kurzfristig ein Staatsdefizit in Kauf genommen werden sollte. Entsprechend hat sich die Bundesregierung auch bereits entschlossen, das für 2011 anvisierte Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts auszusetzen. Als Folge der beschlossenen Maßnahmen und der konjunkturellen Budgeteffekte wird selbst ohne ein weiteres Konjunkturprogramm das Staatsdefizit im Jahr 2010 auf voraussichtlich knapp 3% des Bruttoinlandsprodukts steigen. Falls sich aber weiterer Handlungsbedarf ergibt, stellt sich die Frage nach Umfang, Art und Terminierung der einzusetzenden Instrumente. Eine Kernfrage ist dabei, ob eine expansive Fiskalpolitik in der aktuellen Situation über Steuersenkungen oder Ausgabenerhöhungen erfolgen und wie solche Maßnahmen ausgestaltet werden sollten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der kontraktive Nachfrageschock, unter dem die deutsche Wirtschaft gegenwärtig

leidet, im Ausland entstanden ist. Folglich sind die Exporte und die exportinduzierten Investitionen primär betroffen. Der deutschen Finanzpolitik bleibt daher eine ursachenadäquate Reaktion verwehrt, denn zumindest sie allein kann die weltweite Nachfrage nach deutschen Gütern nicht stimulieren.

Was bleibt, ist eine Anregung der Inlandsnachfrage. Hierbei ist zunächst ein Strukturproblem zu beachten. Das aktuelle Wegbrechen der deutschen Exportmärkte trifft tendenziell andere Branchen als diejenigen, die durch ein Konjunkturprogramm begünstigt werden. Daher könnte eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung – sofern sie im nationalen Alleingang durchgeführt wird – nicht verhindern, dass exportorientierte Firmen in Schwierigkeiten geraten und Beschäftigte entlassen. Die Hoffnung muss vielmehr darin bestehen, dass der Arbeitskräftebedarf der stimulierten Branchen ausreichend schnell für Entlastung am Arbeitsmarkt sorgt. Die Erfahrung mit solchen strukturellen Verschiebungen legt allerdings nahe, dass mit keinen allzu schnellen und durchgreifenden Beschäftigungserfolgen gerechnet werden darf.

Dennoch mag es angesichts des Tempos des gegenwärtigen Abschwungs und der Gefahr einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale, aber auch aufgrund des innen- und außenpolitischen Drucks angebracht erscheinen, ein weiteres Konjunkturprogramm aufzulegen. Hierfür wird in Wissenschaft und Öffentlichkeit eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen diskutiert.

Denkbar wäre eine Stärkung der privaten Nachfrage mit Hilfe von temporären Erleichterungen bei den direkten Steuern. Die Befürworter solcher Maßnahmen hoffen, auf diese Weise die Binnennachfrage durch höhere Kaufkraft zu stärken, durch die Terminierung aber sicherzustellen, dass sich das strukturelle Defizit nicht erhöht. Dies ist bedeutsam, da die Erwartung mittel- und langfristig steigender Steuerlasten den positiven Impuls zunichte machen kann.

Natürlich würde auch eine auf einen längeren Zeitraum ausgelegte Entlastung geeignet sein, einen Nachfrageimpuls auszulösen, denn sie erhöht das permanente Einkommen und verbessert die Planungssicherheit. Vorstellbar wäre beispielsweise, den Anstieg der Einkommensteuerbelastung zurückzuführen, der sich in den letzten Jahren im Zuge der so genannten »kalten Progression« eingestellt hat. Auch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags käme in Betracht. Dass sich aus solchen steuerlichen Entlastungen Nachfrageimpulse ergeben, setzt allerdings eine glaubwürdige Strategie voraus, die eine mittelfristige Rückführung der Staatsausgaben erwarten lässt. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass die Verringerung der Budgetdefizite in den vergangenen Jahren zu einem guten Teil über die Einnahmeseite erfolgt ist. So liegt der Anstieg des Mehrwert-

steuersatzes noch nicht lange zurück. Es dürfte von daher schwer sein, die Steuerzahler davon zu überzeugen, dass die Ausgaben in der Zukunft wirklich so zurückgeführt werden, dass die Steuerlast dauerhaft niedrig bleibt. Vor dem Hintergrund der bescheidenen Erfahrungen mit der Einschränkung der Staatsausgaben könnte man zwar argumentieren, dass nur durch eine dauerhafte Senkung der Steuerbelastung mittelfristig der notwendige Konsolidierungsdruck entfaltet wird. Um die konjunkturelle Wirksamkeit von Steuererleichterungen nicht durch eine Verunsicherung der Steuerpflichtigen zu gefährden, wäre jedoch heute schon eine Konzeption einzufordern, die mittelfristig die Gegenfinanzierung beinhaltet.

Ein zweiter Ansatzpunkt an der Einnahmeseite bezieht sich auf die so genannten automatischen Stabilisatoren. Insbesondere im Bereich der Einkommensteuern und Unternehmenssteuern führt das Anknüpfen der Besteuerung an Erfolgsgrößen dazu, dass der Staat einen Teil des unternehmerischen Risikos übernimmt. Führt eine Investition nämlich zu geringerem Erfolg als ursprünglich erwartet, fallen auch die Steuerlasten geringer aus. Dies ist insbesondere in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld wichtig. Verschiedene Elemente im Steuersystem, insbesondere die im Zuge der zurückliegenden Unternehmensteuerreformen eingeführten Beschränkungen beim Zins- und Verlustabzug und die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer haben aber die Risikoteilung zu Lasten der Unternehmen verändert. Auch hier wären Korrekturen angebracht. In Anbetracht des Erfordernisses schnell zu handeln, erscheint es aber sinnvoll, temporär die Steuerbelastung zurückzuführen, beispielsweise durch die schon beschlossenen Sonderabschreibungen oder auch durch Investitionszulagen, die auch Unternehmen erreichen, die keine Gewinne machen. Auch könnten einzelne Beschränkungen der Verlustverrechnung und des Zinsabzugs vorübergehend ausgesetzt werden.

Im Bereich der indirekten Steuern wird vor allem eine temporäre Senkung des Mehrwertsteuersatzes diskutiert. Dadurch wird der Konsum in der Gegenwart günstiger als in der Zukunft, was zu einem Vorziehen von Käufen führen dürfte. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme setzt allerdings voraus, dass die Verkaufspreise auch schnell und in entsprechendem Umfang gesenkt werden. Die Erkenntnisse der makroökonomischen Forschung lassen diesbezüglich einige Zweifel aufkommen, denn Preise reagieren zumindest in bestimmten Gütergruppen mit Verzögerung auf Änderungen der Rahmenbedingungen. Darüber hinaus könnten Ankündigungseffekte dazu führen, dass sich die Konsumenten in Erwartung einer kommenden Steuersatzsenkung kurzfristig mit Käufen zurückhalten und damit den Abschwung verschärfen. Schließlich lässt die Erfahrung mit der vergangenen Mehrwertsteuererhöhung erwarten, dass der größte Vorzieheffekt kurz vor dem Auslaufen der Maßnahme einsetzen würde, nicht jedoch direkt nach ihrem Inkrafttreten.

Bei einer einnahmeseitig ansetzenden Fiskalpolitik – selbst bei einer Senkung des Mehrwertsteuersatzes – besteht allerdings die Gefahr, dass ein Teil des Nachfrageimpulses in der Ersparnis versickert, wenn sich die Haushalte und Unternehmen trotz eines verbesserten realen Einkommens mit dem Kauf von Gütern und Diensten zurückhalten. Gerade in einem besonders unsicheren konjunkturellen Umfeld, wie es gegenwärtig zu verzeichnen ist, könnte dies der Fall sein. Insbesondere eine bloße Rückgewähr staatlicher Einnahmen beispielsweise durch Steuerschecks impliziert dann eine Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen, da die Erhebung der Steuern vor allem durch Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen erhebliche volkswirtschaftliche Zusatzkosten mit sich bringt.

Unter den gegebenen Bedingungen könnten daher fiskalpolitische Programme auf der Ausgabenseite des Staatshaushaltes wirksamer sein. Der Sachverständigenrat hat in seinem Herbstgutachten, ähnlich wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in der Gemeinschaftsdiagnose, auf die Möglichkeit solcher Maßnahmen hingewiesen. So könnten wachstumsfördernde Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, welche ohnehin geplant sind, zügig durchgeführt werden. Würde es sich tatsächlich um ein reines Vorziehen von Ausgaben handeln, wäre die mittelfristige Haushaltskonsolidierung dadurch nicht gefährdet. Sollten dagegen zusätzliche oder gar dauerhafte Verpflichtungen eingegangen werden, so ist eine Gegenfinanzierung wie im Fall der dauerhaften Steuererleichterungen einzufordern. Ein Nachteil staatlicher Investitionsprogramme könnte allerdings darin bestehen, dass kurzfristig durchführbare Maßnahmen von zu geringem Umfang sind, um konjunkturelle Wirksamkeit zu entfalten. Auch wäre sicherzustellen, dass Mitnahmeeffekte bei den Gebietskörperschaften begrenzt sind und tatsächlich auch zusätzliche Investitionen getätigt werden.

Die Diskussion zeigt, dass es kein fiskalpolitisches Instrument gibt, das den anderen in jeder Hinsicht überlegen ist. Die Kombination aus einem schnell wirkenden staatlichen Investitionsprogramm und einer dauerhaft wirkenden Erleichterung bei den direkten Steuern mit verbindlicher, aber zeitlich versetzter Gegenfinanzierung könnte eine sinnvolle Kompromisslösung darstellen. Dagegen sind branchenspezifische Subventionen (etwa durch die Reduktion der Kfz-Steuer oder durch auf bestimmte Sektoren begrenzte »Schutzschirme«) grundsätzlich abzulehnen, weil sie die wirtschaftlichen Entscheidungen von Haushalten und Unternehmen besonders stark verzerren. Es darf nicht aus den Augen verloren werden, dass Unternehmenspleiten nicht zuletzt aus Anreizgesichtspunkten untrennbar zur Marktwirtschaft dazu gehören.

Die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber weiteren vorschnellen fiskalpolitischen Interventionen ist angesichts der gegenwärtig noch guten Beschäftigungslage

und der zu erwartenden Dauer der Rezession zu begrüßen. Man wäre jetzt aber gut beraten, entsprechende Maßnahmen auszuwählen und vorzubereiten, damit sie im richtigen Zeitpunkt – speziell dann, wenn sich die Arbeitsmarktsituation deutlich verschlechtert – schnell und zielgerichtet durchgeführt werden können.

Eine für die Fiskalpolitik wichtige Problematik ist die internationale Koordination. Bei einer Importquote von 40% ist speziell bei einer einnahmeseitig ansetzenden Fiskalpolitik mit hohen Sickerverlusten ins Ausland zu rechnen. Andererseits könnten die deutschen Exporte von Konjunkturprogrammen im Ausland erheblich profitieren. Andere europäische Länder stehen im Prinzip vor dem gleichen Dilemma. Dies macht eine auf europäischer Ebene koordinierte Finanzpolitik erforderlich. Ohne eine belastbare Abstimmung zwischen den Mitgliedsländern, die die Maßnahmen im Umfang und ebenso in der Terminierung koordiniert, bestehen – auch aufgrund der genannten Strukturprobleme einer inländischen Nachfragepolitik – erhebliche Bedenken gegen fiskalpolitische Maßnahmen. Auch aus diesem Grund ist ein Verzicht der Bundesregierung auf vorschnelle Aktionen zu begrüßen, welche die strategische Situation Deutschlands möglicherweise beeinträchtigen könnten. Umso mehr ergibt sich aber das Erfordernis, eine geeignete Koordination der Maßnahmen sicherzustellen.

Anhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2007 (1)	2008 (2)	2009 (2)	2008		2009 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	1,7	1,4	-0,8	1,6	1,3	-0,2	-1,4
Arbeitszeit	0,4	-1,0	-1,4	-0,5	-1,4	-0,6	-2,1
Arbeitstage (3)	-0,3	0,9	-0,1	0,8	1,0	-1,7	1,3
Arbeitsvolumen	1,8	1,4	-2,3	1,8	0,9	-2,4	-2,2
Produktivität (4)	0,6	0,2	0,1	0,8	-0,5	-0,6	0,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,5	1,5	-2,2	2,6	0,5	-3,0	-1,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1809,4	1854,7	1890,7	900,5	954,2	917,6	973,1
Private Konsumausgaben 5)	1373,7	1401,6	1420,1	683,1	718,4	691,1	729,0
Konsumausgaben des Staates	435,6	453,1	470,6	217,3	235,8	226,5	244,1
Bruttoanlageinvestitionen	453,5	479,9	458,9	230,8	249,1	219,3	239,6
Ausrüstungen	189,4	198,5	176,8	96,3	102,2	85,7	91,1
Bauten	236,4	253,0	253,8	121,0	132,0	119,8	133,9
Sonstige Anlagen	27,7	28,4	28,3	13,6	14,8	13,8	14,5
Vorratsveränderungen 6)	-10,9	-5,4	5,0	3,0	-8,4	8,2	-3,2
Inländische Verwendung	2251,9	2329,2	2354,6	1134,3	1194,9	1145,1	1209,5
Außenbeitrag	171,0	158,6	114,6	96,1	62,5	66,2	48,4
Exporte	1137,2	1196,1	1136,5	598,6	597,4	564,6	571,9
Importe	966,2	1037,4	1021,9	502,5	534,9	498,4	523,5
Bruttoinlandsprodukt	2422,9	2487,8	2469,2	1230,4	1257,4	1211,3	1257,9

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,6	2,5	1,9	2,7	2,3	1,9	2,0
Private Konsumausgaben 5)	1,4	2,0	1,3	2,4	1,7	1,2	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,4	4,0	3,9	3,6	4,4	4,2	3,5
Bruttoanlageinvestitionen	7,2	5,8	-4,4	7,1	4,6	-5,0	-3,8
Ausrüstungen	6,3	4,9	-10,9	7,7	2,3	-11,0	-10,9
Bauten	8,1	7,0	0,3	7,2	6,8	-1,0	1,4
Sonstige Anlagen	5,1	2,5	-0,3	3,0	2,0	1,5	-1,9
Inländische Verwendung	2,8	3,4	1,1	3,5	3,4	0,9	1,2
Exporte	8,0	5,2	-5,0	7,2	3,2	-5,7	-4,3
Importe	4,9	7,4	-1,5	7,1	7,7	-0,8	-2,1
Bruttoinlandsprodukt	4,4	2,7	-0,7	3,8	1,6	-1,6	0,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1651,0	1659,8	1676,0	811,8	847,9	819,8	856,2
Private Konsumausgaben 5)	1239,8	1238,8	1246,8	605,8	633,0	609,2	637,6
Konsumausgaben des Staates	411,4	421,5	429,9	206,3	215,2	211,0	219,0
Bruttoanlageinvestitionen	452,3	473,2	450,2	228,0	245,2	214,7	235,5
Ausrüstungen	209,6	221,3	199,2	106,7	114,6	95,9	103,2
Bauten	212,9	220,7	217,1	106,5	114,2	102,6	114,4
Sonstige Anlagen	32,7	34,8	35,6	16,4	18,4	17,2	18,5
Inländische Verwendung	2078,3	2111,3	2109,5	1036,9	1074,4	1033,9	1075,6
Exporte	1125,7	1170,6	1104,3	588,2	582,4	549,0	555,3
Importe	961,3	1005,3	991,9	489,3	516,0	483,5	508,4
Bruttoinlandsprodukt	2241,7	2275,9	2224,8	1134,3	1141,6	1100,1	1124,7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0,2	0,5	1,0	0,5	0,5	1,0	1,0
Private Konsumausgaben 5)	-0,4	-0,1	0,6	0,0	-0,2	0,6	0,7
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,5	2,0	2,1	2,8	2,3	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	4,6	-4,9	6,3	3,1	-5,8	-4,0
Ausrüstungen	6,9	5,6	-10,0	8,8	2,7	-10,1	-9,9
Bauten	1,8	3,7	-1,6	4,2	3,2	-3,7	0,2
Sonstige Anlagen	8,0	6,3	2,5	7,2	5,5	4,7	0,5
Inländische Verwendung	1,1	1,6	-0,1	1,6	1,6	-0,3	0,1
Exporte	7,5	4,0	-5,7	6,6	1,5	-6,7	-4,6
Importe	5,0	4,6	-1,3	4,9	4,3	-1,2	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,5	-2,2	2,6	0,5	-3,0	-1,5

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2007 (1)	2008 (2)	2009 (2)	2008		2009 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,4	2,0	1,0	2,1	1,8	0,9	1,0
Private Konsumausgaben 5)	1,7	2,1	0,7	2,3	1,9	0,6	0,7
Konsumausgaben des Staates	0,2	1,5	1,8	1,5	1,5	1,9	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	1,1	0,5	0,8	1,5	0,9	0,1
Ausrüstungen	-0,6	-0,7	-1,0	-1,1	-0,4	-1,0	-1,0
Bauten	6,3	3,2	2,0	2,9	3,6	2,8	1,2
Sonstige Anlagen	-2,7	-3,6	-2,8	-3,9	-3,4	-3,1	-2,5
Inländische Verwendung	1,7	1,8	1,2	1,9	1,8	1,2	1,1
Exporte	0,5	1,1	0,7	0,6	1,6	1,1	0,4
Importe	-0,1	2,7	-0,2	2,1	3,2	0,4	-0,7
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,1	1,5	1,2	1,1	1,5	1,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1761,2	1826,4	1848,4	894,9	931,5	910,7	937,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	225,3	229,5	232,0	110,8	118,7	113,2	118,8
Bruttolöhne und -gehälter	958,2	996,2	1007,1	471,3	524,9	482,6	524,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	577,7	600,7	609,2	312,8	287,9	314,9	294,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	344,2	336,5	296,0	161,8	174,6	126,2	169,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2105,4	2162,8	2144,4	1056,7	1106,1	1037,0	1107,4
Abschreibungen	358,8	363,8	370,0	182,2	181,6	185,9	184,2
Bruttonationaleinkommen	2464,2	2526,7	2514,4	1238,9	1287,7	1222,8	1291,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1827,1	1878,5	1853,5	914,9	963,6	891,4	962,1
Arbeitnehmerentgelte	1183,6	1225,7	1239,1	582,0	643,6	595,8	643,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	643,5	652,8	614,4	332,9	320,0	295,6	318,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,1	3,7	1,2	3,9	3,5	1,8	0,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,2	1,8	1,1	1,6	2,1	2,2	0,1
Bruttolöhne und -gehälter	3,4	4,0	1,1	3,9	4,1	2,4	-0,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,6	2,3	1,9	2,1	2,5	2,5	1,4
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,2	1,4	1,6	1,1	1,8	2,5	0,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,4	4,0	1,4	4,9	3,0	0,7	2,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	10,6	-2,3	-12,0	4,5	-7,8	-22,0	-2,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,3	2,7	-0,9	4,0	1,5	-1,9	0,1
Abschreibungen	4,6	1,4	1,7	0,6	2,2	2,0	1,4
Bruttonationaleinkommen	4,3	2,5	-0,5	3,5	1,6	-1,3	0,3
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,5	2,8	-1,3	4,4	1,4	-2,6	-0,2
Arbeitnehmerentgelte	3,0	3,6	1,1	3,4	3,7	2,4	0,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,5	1,4	-5,9	6,1	-3,0	-11,2	-0,4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	996,1	1017,1	1031,9	488,7	528,3	499,0	532,9
Nettolöhne und -gehälter	623,4	642,5	647,7	300,7	341,8	307,9	339,8
Monetäre Sozialleistungen	449,3	451,5	464,3	226,7	224,9	231,0	233,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	76,7	77,0	80,1	38,7	38,3	40,0	40,1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	577,7	600,7	609,2	312,8	287,9	314,9	294,3
Sonstige Transfers (Saldo)	-59,2	-65,2	-57,1	-32,2	-33,0	-27,9	-29,2
Verfügbares Einkommen	1514,5	1552,6	1584,0	769,4	783,2	785,9	798,1
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	26,3	31,1	32,3	15,1	16,0	15,8	16,5
Private Konsumausgaben 5)	1373,7	1401,6	1420,1	683,1	718,4	691,1	729,0
Sparen	167,1	182,1	196,2	101,3	80,7	110,6	85,5
Sparquote 7)	10,8	11,5	12,1	12,9	10,1	13,8	10,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	1,4	2,1	1,5	1,9	2,3	2,1	0,9
Nettolöhne und -gehälter	3,0	3,1	0,8	2,8	3,3	2,4	-0,6
Monetäre Sozialleistungen	-1,7	0,5	2,8	0,2	0,8	1,9	3,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-3,8	0,3	4,0	-0,6	1,3	3,3	4,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,4	4,0	1,4	4,9	3,0	0,7	2,2
Verfügbares Einkommen	1,6	2,5	2,0	2,8	2,2	2,2	1,9
Private Konsumausgaben 5)	1,4	2,0	1,3	2,4	1,7	1,2	1,5
Sparen	5,1	8,9	7,8	7,9	10,2	9,2	6,0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2007 (1)	2008 (2)	2009 (2)	2008		2009 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	576,3	596,0	594,3	297,6	298,4	296,2	298,1
Sozialbeiträge	399,9	407,6	415,3	197,1	210,5	203,0	212,4
Vermögenseinkünfte	18,0	18,5	17,4	11,4	7,1	10,9	6,6
Sonstige Übertragungen	13,9	14,5	14,2	7,3	7,2	6,8	7,4
Vermögensübertragungen	10,9	11,3	11,2	5,5	5,8	5,4	5,8
Verkäufe	46,6	47,8	49,9	22,5	25,3	23,5	26,4
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1065,9	1096,0	1102,7	541,5	554,5	545,8	556,9
Ausgaben							
Vorleistungen	101,9	107,6	110,2	48,9	58,7	50,2	60,0
Arbeitnehmerentgelte	168,0	171,6	176,5	81,8	89,8	84,3	92,2
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	67,4	69,5	72,5	34,2	35,3	35,7	36,8
Subventionen	27,1	26,6	26,8	12,9	13,6	12,7	14,1
Monetäre Sozialleistungen	418,4	420,2	432,7	211,1	209,2	215,3	217,4
Soziale Sachleistungen	178,3	187,0	198,0	91,8	95,3	97,5	100,5
Sonstige Transfers	36,4	39,8	43,5	20,4	19,4	22,8	20,7
Vermögenstransfers	38,5	34,9	36,3	17,2	17,7	18,2	18,2
Bruttoanlageinvestitionen	35,6	38,4	41,8	16,9	21,5	17,8	23,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,5	-0,6	-0,8	-0,7	-0,8
Ausgaben insgesamt	1070,1	1094,2	1136,8	534,5	559,7	553,8	583,0
Finanzierungssaldo	-4,2	1,8	-34,1	6,9	-5,2	-8,0	-26,1

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	8,6	3,4	-0,3	4,2	2,6	-0,5	-0,1
Sozialbeiträge	0,0	1,9	1,9	1,4	2,4	3,0	0,9
Vermögenseinkünfte	2,9	2,8	-5,9	5,5	-1,3	-4,7	-7,7
Sonstige Übertragungen	-1,6	4,3	-1,7	10,0	-0,8	-6,2	2,8
Vermögensübertragungen	17,4	3,6	-0,5	17,0	-6,7	-2,4	1,2
Verkäufe	4,3	2,4	4,4	2,2	2,7	4,3	4,5
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	4,9	2,8	0,6	3,3	2,4	0,8	0,4
Ausgaben							
Vorleistungen	4,1	5,6	2,3	4,9	6,2	2,5	2,2
Arbeitnehmerentgelt	0,3	2,1	2,9	1,9	2,4	3,1	2,7
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	3,2	3,2	4,3	3,0	3,4	4,3	4,3
Subventionen	1,4	-1,9	0,7	2,1	-5,5	-1,8	3,1
Monetäre Sozialleistungen	-1,8	0,4	3,0	0,2	0,7	2,0	4,0
Soziale Sachleistungen	3,8	4,9	5,8	4,7	5,1	6,3	5,4
Sonstige Transfers	3,0	9,3	9,4	13,0	5,7	11,8	6,8
Vermögenstransfers	26,4	-9,3	4,0	9,7	-22,3	5,5	2,5
Bruttoanlageinvestitionen	9,2	7,7	8,9	7,3	8,0	5,6	11,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	1,7	2,3	3,9	2,8	1,7	3,6	4,2
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-0,2	0,1	-1,4	0,6	-0,4	-0,7	-2,1

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).